

Nationalsozialismus in Wien: Machtübernahme, Herrschaftssicherung, Radikalisierung 1938/39

Botz, Gerhard

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Botz, G. (2016). Nationalsozialismus in Wien: Machtübernahme, Herrschaftssicherung, Radikalisierung 1938/39. *Historical Social Research, Supplement*, 28, 241-315. <http://dx.doi.org/10.12759/hsr.suppl.28.2016.241-315>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Nationalsozialismus in Wien. Machtübernahme, Herrschaftssicherung, Radikalisierung 1938/39 [1978/2008]

Gerhard Botz*

Abstract: »National Socialism in Vienna. Seize of Power, Consolidation, and Radicalisation, 1938/39«. The question of how National Socialism came to power in Vienna has been an absolute taboo in Austrian History for a long time. SS-Terror and the pressure of *Reichsdeutsche* corresponded with the enthusiastic assistance of Austrian Nazis and a rebellious *Kleinbürger* movement – being torn between storms of enthusiasm and anti-Jewish-pogroms. This article integrates the results of Gerhard Botz's large monograph of 1978, which has been revised and extended several times since then. The example of Vienna in 1938/39 shows how of the Nazi's seize of power and consolidation went hand in hand with daily mechanisms of surveillance and rewards, conviction and persecution of individuals and groups. Hitler himself interfered often in Viennes anti-Jewish and other racial matters as well in many decisions on city planning, architecture and music, he displayed a real love-hate relationship with the city where he had spent several years of his youth.

Keywords: Vienna, National Socialism, Urban History, Austria, „Anschluss“, Hitler.

1. Wissenschaftsgeschichtlicher Kontext und erkenntnisleitendes Interesse

In der historischen (westlichen) Forschung über den Nationalsozialismus sind in den letzten Jahrzehnten unterschiedliche Perspektiven und Interpretationsrichtungen zur Geltung gekommen.¹ Bis in die 1960er Jahre dominierte die vorrangige Darstel-

* Bei diesem Text handelt es sich um eine stark gekürzte und überarbeitete Fassung von Gerhard Botz. 2008 [1978]. *Nationalsozialismus in Wien. Machtübernahme, Herrschaftssicherung, Radikalisierung 1938/39*, Frankfurt a. M.: Campus. Ein ausführliches Quellen- und Literaturverzeichnis findet sich ebd.

¹ Ich folge hier ergänzend auch: Ian Kershaw: *Der NS-Staat* Geschichtsinterpretationen und Kontroversen im Überblick, Reinbek bei Hamburg 1994; Georg G. Iggers: *Geschichtswissenschaft im 20. Jahrhundert*, Göttingen 2007; Sven Reichardt: Was mit dem Faschismus passiert ist, in: *Neue politische Literatur*, 49.3 (2004), S. 385-406; Hans Mommsen: *Forschungskontroversen zum Nationalsozialismus*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 14-15/2007, S. 14-21; Nicolas Berg: *Zeitgeschichte und generationelle Deutungshoheit*, in: Norbert Frei

lung der für die Zeitgenossen schwer fassbaren Gräueltaten der nationalsozialistischen Diktatur² und der beginnenden Bestandsaufnahme dessen, was an politischem Widerstand geleistet worden war,³ was jedoch infolge der Quellenlage und infolge von weithin noch bestehenden antidemokratischen und „paranazistischen“ Vorurteilen allzu leicht verdrängt wurde. Es ging damit bei den „Gründervätern“⁴ der oft von „Außenseiterpositionen“ her entstehenden neueren Zeitgeschichtsforschung, die noch funktional oder als „(Mit-)Täter“ involviert oder (in Deutschland und Österreich seltener) aktiv im antifaschistischen Kampf gegen den Nationalsozialismus beteiligt gewesen sein konnten (und oft waren), um ein Distanz-Gewinnen von der Vergangenheit, die so oder so noch ihre eigene war. Die traditionelle, etablierte Neuzeithistorie dagegen ging den einfacheren Weg der Enthaltensamkeit von „schwierigen Themen“ und „heißen Eisen“. Staatspolitische Stabilisierung und Elitenlegitimation in den staatlichen Neubildungen der Bundesrepublik Deutschland (und der DDR) wie auch in Österreich, aber auch in vielen anderen Ländern Europas mit (teil-)kollaborativer Vergangenheit stand nicht selten gedanken- und forschungsleitend im Hintergrund. Der Nationalsozialismus wurde dabei isolierend nationalstaatlich und in Diskontinuität zur eigenen historischen Tradition interpretiert, auf das Wirken dämonisierter Führerpersönlichkeiten⁵ reduziert oder als Katastrophe oder Albtraum erfahren, aus dem man endlich erwacht sei.⁶

Eine substantielle und kritische Auseinandersetzung mit dem „Endlösung“ genannten Massenmord an den Juden erfolgte zunächst – weitgehend übersehen oder abgewertet – nur im Ausland.⁷

(Hg.): Martin Broszat, *Der „Staat Hitlers“ und die Historisierung des Nationalsozialismus*, Göttingen 2007, S. 161–180.

² Vgl.: Georg G. Iggers: *Deutsche Geschichtswissenschaft. Eine Kritik der traditionellen Geschichtsauffassung von Herder bis zur Gegenwart*, München 1971; Bernd Faulenbach (Hg.): *Geschichtswissenschaft in Deutschland. Traditionelle Positionen und gegenwärtige Aufgaben*, München (1974); Hans Mommsen: *Nationalsozialismus*, in: C. D. Kernig (Hg.): *Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft. Eine vergleichende Enzyklopädie*, Bd. 4, Freiburg 1971, Spalten 695 ff.; dazu: Walter Laqueur (Hg.): *Fascism. A Reader's Guide*, London 1976 (vor allem die Beiträge von J. Linz/H. Mommsen und F. L. Carsten).

³ Vgl. etwa: Hans Rothfels: *Die deutsche Opposition gegen Hitler. Eine Würdigung*, 2. Aufl., Frankfurt a. M. 1969; Gerhard Ritter: *Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung*, München 1964; wichtig: Eugen Kogon: *Der SS-Staat. Das System der deutschen Konzentrationslager*, Frankfurt/Main 1946.

⁴ Erika Weinzierl, von Ernst Hanisch als „Mutter Courage“ der österreichischen Zeitgeschichte bezeichnet, ist als Absolventin des Österreichischen Instituts für Geschichtsforschung und erste Zeitgeschichte-Professorin in mehrfacher Hinsicht eine Ausnahme.

⁵ Vgl. etwa: Alan Bullock: *Hitler. Eine Studie über Tyrannei*, 2 Bde. (Fischer Bücherei, 583/4, 585/6), Frankfurt a. M. 1964; Werner Maser: *Adolf Hitler. Legende, Mythos, Wirklichkeit*, München 1971; dagegen: Joachim C. Fest: *Hitler. Eine Biographie*, Frankfurt a.M. (1973).

⁶ Vgl. dazu den Bezug auf die in den 1970er Jahren in Österreich noch vorhandene Befindlichkeit im Nachwort Karl R. Stadlers in diesem Buch.

⁷ Vgl.: Gerald Reitlinger: *Die Endlösung. Hitlers Versuch der Ausrottung der Juden Europas 1939–1945*, Berlin (1953); Leon Poliakov und Josef Wulf: *Das Dritte Reich und die Juden. Dokumente und Aufsätze*, Berlin (1955); ähnlich bei: Raul Hilberg: *The Destruction of the European Jews*, Chicago, Ill. 1961.

Ab den späten 1960er Jahren kam es nicht nur in der BRD, vor allem ausgehend von der neuen Politikwissenschaft, zu verstärkten Forschungsanstrengungen zur Erfassung von Ursachen des Demokratie-Zusammenbruchs, von Ablauf und Hintergründen der Machtübernahme und der Mechanismen des etablierten Regimes – Anstrengungen, die zum Teil unter Rückgriff bzw. Rezeption auf ältere angelsächsische (oder eher auf deutsch-amerikanische), zu „Klassikern“ werdende Arbeiten⁸ bahnbrechende Ergebnisse zeitigten (K. D. Bracher). Vielfach waren diese Bemühungen jedoch am vordergründig Politischen und am normativ-formal gesehenen Gesamtsystem ausgerichtet; viele Arbeiten dieser Richtung gingen fast unvermeidlich in Dokumentensammlungen oder Forschungsdetails unter. Theoretisch waren sie oft – der im Westen dominierenden antikommunistischen Perspektive des „Kalten Krieges“ entsprechend – einem zum allumfassenden Erklärungsansatz überzogenen Totalitarismus-Modell verpflichtet,⁹ das sechs Merkmale „totalitärer Herrschaft“ postulierte: umfassende welterklärende Ideologie; eine einzige, hierarchisch-oligarchische und mit der Staatsbürokratie verschmelzende Massenpartei; drückendes Terrorsystem; Monopol der Massenmedien und der Propaganda; Monopol der Kontrolle über die bewaffnete Macht; zentrale Wirtschaftslenkung.¹⁰ Dagegen wurden im Bereich des Sowjetkommunismus die alten Dogmen vom Faschismus im „Monopolkapitalismus“ und „Zeitalter des Imperialismus“ lange noch weiter gepflogen.

Doch in dem Maß, in dem eine neue Generation von Historikern, die zwar zum Teil ideologisch noch vom Nationalsozialismus geprägt, daran aber nur noch als HJ, einfacher Pg, Soldat oder Flakhelfer funktional beteiligt gewesen war, Chancen bekam, in die neuen akademischen Positionen der Zeitgeschichte einzurücken, wandelte sich das Herangehen an die NS-Vergangenheit in der Bundesrepublik Deutschland ab den späten 1960er Jahren¹¹ und mit einiger Verzögerung auch in Österreich. Das „Pathos der Nüchternheit“ eines Martin Broszat,¹² das später in das geschichtstheoretische Programm der „Historisierung des Nationalsozialismus“¹³ überging, brachte unter der neuen strukturfunktionalistischen Perspektive¹⁴ ein bedeutendes Fortschreiten der empirischen Forschung (H. Mommsen, W. Schieder). Das anfangs noch wirksame generalisierende Totalitarismuskonzept wich einer

⁸ Franz L. Neumann: *Behemoth. The Structure and Practice of National Socialism 1933-1944*, 2. Aufl., New York 1944; Ernst Fraenkel: *Der Doppelstaat* (1940), Frankfurt a. M. 1974.

⁹ Etwa: Hannah Arendt: *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*, Frankfurt a. M. (1955).

¹⁰ Carl Joachim Friedrich und Zbigniew Brzezinski: Die allgemeinen Merkmale der totalitären Diktatur, in: Bruno Seidel und Siegfried Jenker (Hg.): *Wege der Totalitarismusforschung*, Darmstadt 1974, S. 610 f.

¹¹ Vgl.: Nicolas Berg: *Der Holocaust und die westdeutschen Historiker. Erforschung und Erinnerung*, Göttingen 2003, S. 568.

¹² Norbert Frei: Nach Broszat, in: Frei, Broszat, S. 9.

¹³ Martin Broszat und Saul Friedländer: Um die „Historisierung des Nationalsozialismus“. Ein Briefwechsel, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 36.3 (1988), S. 301-303; dazu generell die Beiträge in: Frei, Broszat.

¹⁴ Vgl.: Uta Gerhardt (Hg.): *Talcott Parsons on National Socialism*, New York, N.Y. 1993.

weniger monolithischen, ja sogar polyzentrischen Interpretation des Dritten Reiches, ob diese Hitler noch eine zentrale Rolle beimaß oder nicht.¹⁵

Parallel und in kritischer Distanz dazu erwachte ein verstärktes Interesse insbesondere an ebenso generalisierenden neomarxistischen Konzeptionen zur Einordnung der unübersehbar werdenden Vielfalt des aufgearbeiteten Quellenbefundes. Es nahm seinen Ausgang bei dem geschichtswissenschaftlichen Außenseiter Ernst Nolte und dann im Umfeld der Studentenbewegung, beschränkte sich jedoch (politisch) bei Weitem nicht darauf, wie prominente liberale oder konservative Vertreter dieser Richtung in den USA, in England oder in Italien belegen.¹⁶ Damit wurde auch eine Eingliederung der überaus zahlreich gewordenen Einzeldarstellungen in den Erklärungsrahmen des Faschismus als internationale Erscheinung sowie eine Bezugnahme auf das im Faschismus als prototypisch aufgefasste Zusammenwirken von Ökonomie und Politik möglich (R. Kühnl). So fruchtbar und notwendig dieser Ansatz zeitweise auch war,¹⁷ er blieb über längere Zeit hinweg weder von der Gefahr einer Überbewertung eines einzigen, wenngleich wichtigen gesellschaftlichen Sektors, der Wirtschaft, noch vor dem Fehler vorschneller Verallgemeinerungen einer spezifischen Form des Faschismus – meist des deutschen Nationalsozialismus – zu *dem* Faschismus schlechthin gefeit. Bloße Paraphrasierung „klassischer“ marxistischer Faschismustheorien aus den 1920er und 1930er Jahren musste auf Dauer der empirischen Vielfalt Gewalt antun.

Ich selbst (geb. 1941) positioniere mich, wie wohl manche andere der „zweiten Generation“ der österreichischen Zeitgeschichtler auch, altersmäßig zwischen den oben genannten österreichischen und deutschen Historikern der älteren und jüngeren „Erlebnis- und Akteursgenerationen“ der NS-Zeit einerseits und der jüngeren Studentengeneration der späten 1960er Jahre andererseits und verstehe mich als von mehreren historiografiegeschichtlichen Schichten beeinflusst. Zunächst an der Wiener Universität in den frühen 1960er Jahren eine Zeitgeschichte der ersten

¹⁵ Vgl. etwa: Karl Dietrich Bracher, Wolfgang Sauer und Gerhard Schulz: Die national sozialistische Machtergreifung, Köln 1962; Karl Dietrich Bracher: Die deutsche Diktatur. Entstehung, Struktur, Folgen des Nationalsozialismus, Köln 1969; Martin Broszat: Der Staat Hitlers. Grundlegung und Entwicklung seiner inneren Verfassung, München 1969; Hans Mommsen: Beamtentum im Dritten Reich, Stuttgart 1966.

¹⁶ Zur Breite des Spektrums etwa: Ernst Nolte: Der Faschismus in seiner Epoche, München 1963; Wolfgang Abendroth (Hg.): Faschismus und Kapitalismus. Theorien über die sozialen Ursprünge und die Funktion des Faschismus, Frankfurt a. M. 1967; Reinhard Kühnl: Formen bürgerlicher Herrschaft. Liberalismus – Faschismus, Reinbek bei Hamburg 1971; Eugen Weber: Varieties of Fascism. Doctrines of Revolution in the Twentieth Century, New York 1964; Stuart J. Woolf (Hg.): The Nature of Fascism, London 1968; Renzo de Felice: Le interpretazioni del fascismo, Rom 1972.

¹⁷ Wolfgang Schieder: Faschismus, in: Kernig, Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft, Bd. 2, Spalte 474. Zu einem damaligen Überblick siehe etwa: Gerhard Schulz: Faschismus – Nationalsozialismus. Versionen und theoretische Kontroversen 1922-1972, Frankfurt a. M. (1974); Helga Grebing: Aktuelle Theorien über Faschismus und Konservatismus. Eine Kritik, Stuttgart 1974; A. James Gregor: Interpretations of Fascism, Morristown, N. J. 1974; Henry A. Turner Jr. (Hg.): Reappraisals of Fascism, New York, N.Y. 1975; Wolfgang Wippermann: Faschismustheorien. Zum Stand der gegenwärtigen Diskussion, Darmstadt 1976, 7. Aufl., 1997; Richard Saage: Faschismustheorien, 4. Aufl., Baden-Baden 1997.

Stunde (Ludwig Jedlicka) studierend hatte ich die Möglichkeit, von Anfang an die Vorlesungen Friedrich Heers zu hören,¹⁸ die ein Kontrastprogramm zu der soliden, selbst um ihre Anerkennung kämpfenden Fachzeitgeschichte boten¹⁹ und zur Anregung zu weiteren zeitgeschichtlichen Forschungen werden konnten.²⁰ Dazu begann ab 1968 meine universitäre Tätigkeit im Umfeld des aus der englischen Emigration zurückgekehrten Karl R. Stadler an der Hochschule (Universität) für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften in Linz, woraus sich wesentliche geografische und disziplinäre Erweiterungen des Horizonts ergaben. So ist diese Skizze der Entwicklung der historisch(-sozialwissenschaftlich)en Forschung als Beschreibung der wissenschaftsgeschichtlichen Kontexte zu verstehen, in denen diese Studie entstand und in denen sie sich in den 1970er Jahren weiterentwickeln konnte.

Im Lauf der 1970er Jahre zeichnete sich in der Nationalsozialismus- und Faschismusforschung ein neuerlicher Wandel der beiden einflussreich gewordenen Forschungsrichtungen ab. Während die neomarxistischen, in Österreich stark „austromarxistisch“ geprägten Perspektiven schwächer wurden, wandte sich die fast hegemonial gewordene bundesdeutsche strukturgeschichtlich orientierte Geschichtsforschung verstärkt den bisher wenig beachteten Ergebnissen und Methoden der Jahrzehnte lang fast parallel zur Geschichtsforschung verlaufenen soziologischen Arbeiten zu. Ein Teil der neueren Fachhistorie begann sich als „historische Sozialwissenschaft“²¹ zu verstehen (H.-U. Wehler, J. Kocka) und verstärkt interdisziplinär zu öffnen. Für die Zeitgeschichte ergab sich daraus zunehmend eine Öffnung zu anderen geschichtswissenschaftlichen Teildisziplinen, besonders zur Sozialgeschichte. Mit der Übernahme „neuer Methoden“, seien es zunächst Quantifizierung, Makroanalyse und kausalanalytische Verfahren, dann auch qualitativ-sozial- und kulturwissenschaftliche Methoden und Theorien, entstand eine (hier nicht weiter zu erörternde) Richtung historischer Forschung,²² die „historische

¹⁸ Gedruckt vor allem vorliegend: Friedrich Heer: *Gottes erste Liebe. 2000 Jahre Judentum und Christentum*, München 1967; Friedrich Heer: *Der Glaube des Adolf Hitler. Anatomie einer politischen Religiosität*, München 1968.

¹⁹ Vgl. einen Aspekt bei: Oliver Rathkolb: Ludwig Jedlicka: Vier Leben und ein typischer Österreicher, in: *Zeitgeschichte*, 32.6 (2005), S. 351-370.

²⁰ Siehe: Gerhard Botz: Friedrich Heer aus zeitgeschichtlicher Sicht, in ders., Johanna Heer, Frederic Morton und Gertrude Schneider (Hg.): *Zur Aktualität des Denkers Friedrich Heer*, Wien 1997, S. 29-47.

²¹ Dieses Verhältnis von Geschichte und systematischen Sozialwissenschaften beruhte auf Gegenseitigkeit, siehe etwa: Hans-Ulrich Wehler (Hg.): *Geschichte und Soziologie*, Köln 1972; Peter Christian Ludz (Hg.): *Soziologie und Sozialgeschichte. Aspekte und Probleme* (Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 6/1972), Opladen 1973.

²² Vgl. etwa: Konrad H. Jarausch (Hg.): *Quantifizierung in der Geschichtswissenschaft. Probleme und Möglichkeiten*, Düsseldorf 1976; Gerhard Botz u.a. (Hg.): „Qualität und Quantität“. *Zur Praxis der Methoden der historischen Sozialwissenschaft*, Frankfurt am Main, 1988. Exemplarische Studien siehe: Michael H. Kater: *The Nazi Party. A Social Profile of Members and Leaders 1919-1945*, Cambridge, Mass. 1983; Jürgen Falter: *Hitlers Wähler*, Darmstadt 1991; Stein Ugelvik Larsen, Bernt Hagtvet und Jan Petter Myklebust (Hg.): *Who were the Fascists. Social Roots of European Fascism*, Bergen 1980; Detlef Mühlberger (Hg.): *The Social Bases of European Fascist Movements*, London 1987.

Sozialwissenschaft“ und die Gesellschaftsgeschichte,²³ deren Hauptvertreter Hans-Ulrich Wehler und Jürgen Kocka wurden. Damit kamen auch makroanalytische, gesamtgesellschaftliche Betrachtungsweisen, allgemeine gesellschaftliche Theorien und abstrakte Erklärungsmodelle zum Tragen, denen eine immanente Tendenz zu historischem Determinismus und Kausaldenken innewohnte, wie ihre (späteren) geschichtswissenschaftlichen Kontrahenten meinten.

Denn die geschichtswissenschaftliche Entwicklung schlug im Verlauf der 1980er Jahre neuerlich einen anderen Pfad ein – oder genauer: Sie verlief stärker denn je nun auf mehreren Bahnen gleichzeitig weiter. Damit verschob sich das Interesse auf – generalisierend gesagt – „neohistoristische“ theoretische Untermauerungen und auf praktisch fruchtbare Arbeiten zu „Alltagsgeschichte“ und „kleinen Sozialsystemen“ (A. Lüdtkke, H. Medick), Erfahrungsgeschichte (L. Niethammer), Biografien und Lebenslaufforschung (A. v. Plato), zunehmend auch auf Frauengeschichte, wobei der Oral History zunächst eine Bahnbrecherrolle zukam. Insbesondere auch das von Broszats Bayern-Studie entwickelte, den traditionellen politischen Widerstands- und Oppositionsbegriff überwindende strukturgeschichtliche Konzept von der „Resistenz“ erwies sich als gesellschaftsgeschichtlich ungemein fruchtbar. Dieser Begriff meinte nicht den politischen Widerstand direkt, sondern eine gewisse soziale Widerständigkeit und ein (unbewusstes) Nicht-Nachgeben angesichts des Sogs der NS-Ideologie und -Politik. In einem zunehmenden Maß lenkte dieses neue historische Paradigma die Forschungsinteressen auch auf neue, bisher als „geschichtsunwürdig“ erachtete, „unpolitische“ Themenbereiche und differenzierte damit auch die traditionelle wie die sozialgeschichtliche Politikgeschichte.

In einer anderen, gegensätzlichen historiografischen Strömung standen gerade die von der Struktur- und Alltagsgeschichte eher vernachlässigten Aspekte des strategischen politischen Handelns von Einzelpersonen (wie etwa Hitlers) und die Einflussnahmen politischer Exponenten und Eliten im Vordergrund des historischen Erklärens, wobei traditionell-historische Methoden und Analysen schriftlicher Quellen bevorzugt wurden (E. Jaeckel, A. Hillgruber, K. Hildebrand). Die in den 1980er Jahren in der Bundesrepublik Deutschland mit mehr oder weniger politisch-weltanschaulichen Begleittönen geführten Historikerkontroversen zwischen den genannten Richtungen – zugespitzt: „struktur-funktionalistische“ versus „intentionalistisch-personalistische“ Positionen – signalisierten eine theoretisch-methodologische und thematische Vielfalt in der Geschichtsforschung wie kaum je zuvor. Der Konflikt blieb im Grunde genommen ungelöst; erst nach einem späten Aufflackern in der Goldhagen-Debatte²⁴ und in den weitaus fruchtbareren Auseinandersetzungen um die Ausstellungen „Verbrechen der Wehrmacht“²⁵ zeichneten sich einige weitere Drehungen der „Schraube des historiografischen Fortschritts“ ab: Einerseits resul-

²³ Vgl. für Österreich: Ernst Hanisch: Der lange Schatten des Staates, österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert, Wien 1994.

²⁴ Daniel Jonah Goldhagen: Hitlers willige Vollstrecker. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust, Berlin 1996; vgl. auch: Julius H. Schoeps (Hg.): Ein Volk von Mördern?, Hamburg 1996.

²⁵ Christian Hartmann u.a. (Hg.): Verbrechen der Wehrmacht Bilanz einer Debatte, München 2005; Hannes Heer u.a.: Wie Geschichte gemacht wird. Zur Konstruktion von Erinnerungen an Wehrmacht und Zweiten Weltkrieg, Wien 2003.

tierte dies in der Erreichung einer (vorläufigen) Synthese des erstgenannten Konfliktfeldes in der Erklärungsfigur des „charismatischen Führers“ Hitler, dem die anderen Akteure des Dritten Reiches „zuarbeiteten“ (Ian Kershaw), andererseits knüpfte man auch in der deutschen Geschichtsforschung an frühere angelsächsische (Ch. Browning) oder im eigenen Land entstandene, aber übergangene Pionierarbeiten²⁶ an und kam zu einer kritischeren Durchleuchtung der Rolle der Wehrmacht. Seither machte sich auch eine zunehmende Sensibilität für subtilere, aber nichtsdestoweniger regimefunktionale Formen der (Mit-)Täterschaft im Dritten Reich auf allen Ebenen der Involvierung (K. H. Pohl, M. Wildt)²⁷ und selbst bei einer partiellen NS-Distanz bemerkbar, die wiederum mit einer Generationenabläse im Personal der Zeitgeschichtsforschung zusammenfiel, in der nun die eindeutig „Nachgeborenen“ und in einem nennenswerten Umfang Frauen in Erscheinung traten (G. Bock).²⁸ Frauengeschichte, dann zu Geschlechtergeschichte erweitert, hat damit begonnen, die bisherige (selbstverständliche) männerzentrierte Sicht²⁹ auf den Nationalsozialismus – welcher ich im Übrigen noch verpflichtet bin – gegen den Strich zu bürsten.³⁰

Seit den 1990er Jahren, nicht zuletzt auch als Folge des Kollaps des Kommunismus und der damit für die deutsche Zeitgeschichte grundlegend geänderten geschichtsmethodischen, forschungspolitischen und -perspektivischen Lage, aber auch mit dem Auftauchen neuer, ins Innere der Macht neue Einblicke gebender Archivquellen (siehe Goebbels- und Himmler- „Tagebücher“) wurde die jüngste Wendung der paradigmatischen Forschungsansätze beschleunigt, die von einer ganzen Abfolge von „turns“ seit der „linguistischen Wende“ und dem Bodengewinn der neuen Kulturgeschichte auf internationaler Ebene ausging. Dies ging auch an der Zeitgeschichte der NS-Thematik nicht vorüber. Sie wurde seither stark von Themen wie „kollektive Erinnerung“ und „Gedächtnisorte“, politischen Symbolen³¹ und Ge-

²⁶ Manfred Messerschmidt: Die Wehrmacht im NS-Staat. Zeit der Indoktrination, Hamburg 1969; Christian Streit: Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941-1945, Stuttgart 1978.

²⁷ Vgl. auch: Alf Lüdtke: Funktionseliten: Täter, Mit-Täter, Opfer?, in: ders. (Hg.): Herrschaft als soziale Praxis. Historische und anthropologische Studien, Göttingen 1991, S. 559-590; Harald Welzer: Täter. Wie aus ganz normalen Menschen Massenmörder werden, Frankfurt a. M. 2005.

²⁸ Vgl.: Margit Reiter: Die Generation danach. Der Nationalsozialismus im Familiengedächtnis, Innsbruck 2006.

²⁹ Vgl.: Ernst Hanisch: Männlichkeiten. Eine andere Geschichte des 20. Jahrhunderts, Wien 2005, S. 12 ff., 71 ff.

³⁰ Vgl.: Ingrid Bauer: Eine frauen- und geschlechtergeschichtliche Perspektivierung des Nationalsozialismus, in: Emmerich Tálos u.a. (Hg.): NS-Herrschaft in Österreich. Ein Handbuch, Wien 2002, S. 2002, S. 409-443; Insa Eschebach, Sigrid Jacobeit und Silke Wenk (Hg.): Gedächtnis und Geschlecht Deutungsmuster in Darstellungen des nationalsozialistischen Genozids, Frankfurt a. M. 2002; Johanna Gehmacher und Gabriella Hauch (Hg.): Frauen- und Geschlechtergeschichte des Nationalsozialismus. Fragestellungen, Perspektiven, neue Forschungen, Innsbruck 2007; siehe auch: Helga Amesberger, Katrin Auer und Brigitte Halbmayr: Sexualisierte Gewalt. Weibliche Erfahrungen in NS-Konzentrationslagern, Wien 2004.

³¹ Vgl.: Aleida Assmann und Ute Frevert: Geschichtsvergessenheit – Geschichtsversessenheit. Vom Umgang mit deutschen Vergangenheiten nach 1945, Stuttgart 1999; Norbert Frei: Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, München

schichtpolitik geprägt, sodass manchmal der Eindruck entstehen konnte, die so genannte „Realgeschichte“ des Nationalsozialismus und des Genozids sei etwas Sekundäres geworden. Historiografiegeschichtlich ebenfalls ertragreich versprechen die „neue Tätergeschichte“ und die Wissenschaftsgeschichte zu werden, während die neu aufgelebte Restitutionsproblematik eine Vielzahl von Einzelstudien und neuen Erkenntnissen zu „Arisierung“, Konzentrationslagern und Judenverfolgung, aber auch zu der bislang überall vernachlässigten wirtschaftsgeschichtlichen Bedeutung und Verfolgungserfahrung der rund 6 Millionen „Sklavenarbeiter“, Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter im Dritten Reich (U. Herbert) thematisierte. (Ein großer Teil dieser radikalsten Formen der Verfolgung und Ausbeutung muss in diesem Buch außer Betracht bleiben, da sie sich erst während des Krieges entwickelten.) Geschichtswissenschaftlich erkannte man nun erst richtig die ganze Palette der von Verfolgung, physischer Beeinträchtigung und Vernichtung betroffenen Menschenkategorien, die sich aus der Werthierarchie des Nationalsozialismus ergaben und für viele Roma und Sinti (M. Zimmermann), Homosexuelle, körperlich und geistig Behinderte, „Asoziale“ und „Fremdvölkische“ (D. Peukert) zum Todesurteil wurden.

Damit trat der fast ubiquitäre Verfolgungs- und Diskriminierungscharakter des NS-Regimes stärker, als bisher gesehen wurde, aber auch der Konsens- und Belohnungscharakter der „Volksgemeinschaft“³² ins Blickfeld der Forschung. Die Debatten um Götz Alys Arbeiten³³ signalisieren, dass sich damit möglicherweise ein neuerliches Um-Akzentuieren der Geschichte des NS-Regimes anbahnt. Vorher war jedoch auch die Zeit für eine Reihe großer Synthesen des Nationalsozialismus und des Judenmords gekommen, die sich in Büchern deutscher, angelsächsischer und anderer Historiker niederschlugen (etwa H.-U. Thamer, H.-U. Wehler, I. Kershaw, M. Burleigh, H. Friedlander und S. Friedländer), während gleichzeitig vor allem in angelsächsischen Ländern eine neue vergleichende Faschismusforschung entstand (nach J. Linz, S. U. Larsen und St. Payne nun vor allem R. Eatwell, R. Griffin, E. Gentile, J. Borejsza und R. O. Paxton).

So interessant und erhellend diese neuen Forschungsperspektiven und -ansätze sind, so sehr sollten sie in den scheinbar banalen Rahmen der Politik, der staatlich sanktionierten Normen und des – wie immer auch mit-bedingten – politischen Handelns eingebunden sein, insbesondere wenn es sich um eine so tief greifende Diktatur wie jene des Nationalsozialismus handelt. Solches intendiert auch die vorliegende Untersuchung. Zum Großteil wurden ihre Forschungen in publizistischen und Archiv-Quellen bereits in den 1960er und 1970er Jahren durchgeführt. Damit ergab sich auch das arbeitstechnische und methodisch-theoretische Problem, mit dem sich jedes längere Zeit in Anspruch nehmende Forschungsvorhaben kon-

1996; Peter Reichel: Politik mit der Erinnerung, München 1995; Gerhard Paul: Aufstand der Bilder. Die NS-Propaganda vor 1933, Berlin 1990.

³² Vgl.: Franz Janka: Die braune Gesellschaft. Ein Volk wird formatiert, Stuttgart 1997.

³³ Etwa: Götz Aly: Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus, Frankfurt am Main 2006; ders.: „Endlösung“. Völkerverschiebung und der Mord an den europäischen Juden, Frankfurt am Main 1995; ders. und Susanne Heim: Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung, Frankfurt am Main 1993.

frontiert sieht, nämlich dass die Ergebnisdarstellung konzeptionell relativ festgelegt bzw. heterogen ist.

Bei den oben skizzierten Phasen der neueren geschichtswissenschaftlichen Entwicklung handelt es sich um die idealtypische Zuspitzung eines teilweise zeitlichen Überlappens und Nebeneinanders unterschiedlicher internationaler historiografischer Strömungen. Auch die konkrete Forschungssituation Österreichs, wo die wissenschaftliche Beschäftigung mit Zwischenkriegszeit und Nationalsozialismus vergleichsweise spät in Gang gekommen ist, ist davon im Großen und Ganzen gekennzeichnet. Die Erklärung für die späte Beschäftigung mit der NS-Zeit hierzulande ist eine zweifache: Zum einen hat die innenpolitische Situation eine kritische Erforschung der jüngsten Vergangenheit, die das staatspolitisch notwendige Streben nach einem grundlegenden Konsens der großen politischen „Lager“ und die Integration der vielen Nazis zu gefährden schien, zunächst überhaupt und dann lange weitgehend blockiert. Zum anderen wurde die Periode der nationalsozialistischen Herrschaft in Österreich als etwas nicht zur österreichischen Geschichte Gehörendes, sondern als etwas von außen Hereingebrochenes betrachtet und damit aus dem Wahrnehmungsbereich vieler Historiker wie der breiten Öffentlichkeit und der Schulen ausgeklammert, wie es noch der Fall war, als das Projekt begann, aus dem dieses Buch hervorgegangen ist. Damit konnte desto ungestörter manche apologetische Geschichtslegende gedeihen, etwa die zur Lebenslüge gewordene These, Österreich und die Österreicher seien nichts anderes als „Hitlers erstes Opfer“³⁴ gewesen.

Erst im Frühjahr 1978 zeichnete sich aus Anlass des 40. Jahrestages des „Anschlusses“ eine gewisse Wandlung der österreichischen Geschichtspolitik ab, eine erste Serie von Publikationen und Veranstaltungen war zu verzeichnen. Ein weiteres Dezennium später, 1988, standen einander in Österreich immer noch, wenngleich erstmals annähernd gleichgewichtig, dieselben Positionen – Österreich(er) als „Opfer“ versus „(Mit-)Täter“ des Nationalsozialismus – gegenüber, doch führte die Enthüllung der verschwiegenen Kriegsvorgänge von Bundespräsident Kurt Waldheim ab 1987/88 auch zu einer offenen und heftigen Diskussion der verdrängten NS-Vergangenheit Österreichs³⁵, machte das Weiterleben des mentalen und politischen NS-Erbes, insbesondere eines latenten Antisemitismus, bewusst³⁶ und förderte damit auch die Verbreitung eines neuen (selbst-)kritischen Geschichtsbewusstseins in Österreich.³⁷ So wurden gerade 50 Jahre nach dem „Anschluss“ im Feld der Widerstands- und Verfolgungsforschung und der Geschichte des Anti-

³⁴ Vgl.: Susanne Frölich-Steffen: Die österreichische Identität im Wandel, Wien 2003, S. 123 ff.; Heidemarie Uhl: Vom Opfermythos zur Mitverantwortungsthese: NS-Herrschaft. Krieg und Holocaust im „österreichischen Gedächtnis“, in: Christian Gerbel u.a. (Hg.): Transformationen gesellschaftlicher Erinnerung, Wien 2005, S. 50-85; auch: Gerhard Botz: Österreichische Lebenslüge. „Opfer des Nationalsozialismus“, historische Tatsachen, Funktionen, Innsbruck 2008 (in Vorbereitung).

³⁵ Nunmehr: Barbara Tóth und Hubertus Czernin (Hg.): 1986. Das Jahr, das Österreich veränderte, Wien 2006.

³⁶ Vgl.: Ruth Wodak u.a. (Hg.): „Wir sind alle unschuldige Täter!“ Diskurshistorische Studien zum Nachkriegsantisemitismus, Frankfurt am Main 1990.

³⁷ Vgl.: Gerhard Botz und Gerald Sprengnagel (Hg.): Kontroversen um Österreichs Zeitgeschichte. Verdrängte Vergangenheit, Österreich-Identität, Waldheim und die Historiker, 2. Aufl., Frankfurt a. M. 2008.

semitismus neue Impulse gesetzt und eine wachsende Anzahl von Veröffentlichungen erschien.³⁸

Fast noch termingerech zu der nächsten magischen runden Jahreszahl der österreichischen Zeithistorie, 1998, begannen – auf einige Jahre sich ausdehnend – ein neuer Schub und eine geänderte Akzentsetzung der zeitgeschichtlichen Erforschung von NS-bezogenen Themen, ausgelöst und weithin getragen von dem Wiederaufrollen der unzulänglich gelösten Entschädigungsfrage und den dafür eingerichteten Historikerkommissionen. Neben einer oft erdrückenden Fülle von neuen Quellen, Erinnerungserzählungen und Einzelstudien lag der Schwerpunkt nun (oft einseitig und eng) gerade auf den Themen „Arisierungen“ und Restitution sowie KZ-Strukturen und -Erinnerungen; aber es erfolgte auch erstmals die forschende Einbeziehung neuer Opferkategorien und Dimensionen der Diskriminierung und Verfolgung sowie der zivilen und militärischen Täter im Nationalsozialismus.³⁹

Welche Aspekte mit der nächsten runden Jahreszahl des „Anschlusses“, der auch als symbolischer „Erinnerungsort“ für die gesamte NS-Periode in Österreich gilt, in Konkurrenz mit anderen Gedächtnis-Anlässen – 1848, 1918, 1933, 1968 etc. – im Vordergrund stehen werden, ist nicht genau vorherzusehen. Es scheint jedoch, als könnte es auch in der österreichischen Geschichtskultur zu einer neuen Phase der „Historisierung des Nationalsozialismus“ kommen, die darauf gründen kann, dass sich erst in jüngster Zeit in der breiten medialen Öffentlichkeit und in der Politik, wohl auch in großen Bereichen der privaten und halbprivaten „kollektiven Erinnerungen“ (vor allem bei den „Nachgeborenen“) ein breiterer Konsens über die negative Bewertung des Nationalsozialismus und seiner Politik – abgesehen von Inseln verharmlosender oder apologetischer Erinnerungen – herausgebildet zu haben scheint. War es zu dem Zeitpunkt, als dieses Buch zum ersten Mal erschien, nur gegen beträchtliche Widerstände (und Missverständnisse) möglich, vom „Anschluss“ (statt von „Okkupation“), von der Massenzustimmung (statt von der Unterdrückung) oder von der Sozialpolitik (statt von der „sozialen Demagogie“) des Nationalsozialismus zu schreiben oder etwa einen Begriff wie „Juden“ statt des latent antisemitischen von den „jüdischen Mitbürgern“ zu verwenden, so dürfte es nun auch außerhalb eines spezialisierten Kreises von Rezipienten und der Fachwissenschaft möglich sein, Dokumente des Nationalsozialismus distanziert-kritisch zu „lesen“, ohne dass sie unbedingt durch moralisierende Klarstellungen und Epitheta „richtiggestellt“ zu werden brauchten. Dem entspricht auch eine jüngst feststellbare Tendenz, Originalquellen aus Archiven und Texte aus Zeitungen, aber auch filmische Dokumente oder Erinnerungsinterviews nicht mehr unbedingt kommentieren und

³⁸ Stellvertretend für viele seien nur genannt: Hanisch, Schatten; Emmerich Tálos u.a. (Hg.): NS-Herrschaft; Emmerich Tálos und Wolfgang Neugebauer (Hg.): Austrofaschismus. Politik – Ökonomie – Kultur, 5. Aufl., Wien 2005; Hermann Hagspiel: Die Ostmark. Österreich im Großdeutschen Reich 1938 bis 1945, Wien 1995; Stourzh/Zaar, Österreich; sowie eine Reihe von grundlegenden Publikationen nicht-österreichischer Historiker (vor allem von B. F. Pauley und E. B. Bukey) sowie die fortgeführten bundesländerweisen Dokumentationen des DÖW (Hg.): Widerstand und Verfolgung in [...], Wien 1975 ff.

³⁹ Siehe dazu und zum Vorigen: Gerhard Botz: Nachhall und Modifikationen, in: Botz/Sprengnagel, Kontroversen.

wertend kontextualisieren zu müssen⁴⁰, um der Unterstellung einer Verharmlosung des Nationalsozialismus zu entgehen. Vielleicht wird es auch nun möglich sein, die Kernkapitel dieses Buches, die eben schon ihre eigene „Geschichte“ haben, selbst historisierend zu lesen.

Dass solche „Historisierungen“ vielleicht schon möglich sind, ist wohl nicht zuletzt – trotz aller Rückschläge und eigener Überschätzungen – auch eine Folge von mehrere Jahrzehnte langen Bemühungen um eine Zeitgeschichte in aufklärerischer Absicht.⁴¹ Ebendies war (und ist) das erkenntnisleitende Interesse und forschungstreibende Motiv des vorliegenden Buches, nämlich – gegen manche geschichtstheoretischen Skeptiker – dem Wiederauftreten ähnlicher historischer Erscheinungen wie der nationalsozialistischen Diktatur entgegenzuwirken. Nicht eine bloß mahnende Vergegenwärtigung der gewesenen Unterdrückung und Verfolgung und der offenen oder vorsichtig verdeckten Handlungen einer heroischen Opposition scheint dabei der am ehesten erfolgversprechende Weg der Umsetzung historischen Wissens in politisch relevante Erfahrung zu sein, sondern eine kritische, auch sich selbst „historisierende“ Erhellung der gesamten nationalsozialistischen Politik und Gesellschaft.⁴² Das sozusagen alltägliche Funktionieren des Diktatorsystems mit seinen widersprüchlichen Mechanismen der Kontrolle, Unterdrückung, Belohnung und Überzeugung des Einzelnen und ganzer sozialer Gruppen kann dabei im Vordergrund stehen, da es subjektive Anknüpfungspunkte ermöglicht. Auch vermag die Erklärung der Motivationen und Verhaltensformen der Nationalsozialisten und des breiten nicht-oppositionellen Bevölkerungsteils zu einer Ursachenanalyse und somit möglicherweise zu einer Vermeidungsstrategie (bei aller prinzipiellen Offenheit des politischen Handelns) vorzustoßen. Allerdings kann Geschichtswissenschaft weniger als je zuvor „gültige Wertmaßstäbe für das gegenwärtige Handeln“ bereitstellen.⁴³ Schon durch eine Relativierung antidemokratischer und fremdenfeindlicher politisch-sozialer Strukturen, Vorstellungen, Haltungen und kultureller Normen wäre der gesellschaftliche Auftrag einer sich als kritisch verstehenden historischen Wissenschaft erfüllt.

2. Zeitgeschichtliche Stadtgeschichte

Als Mitte der 1960er Jahre dieses Forschungsprojekt begann, existierte praktisch keine Stadtgeschichte, die sich mit der NS-Periode befasst hätte, weder in Österreich noch in Deutschland. Es gab zwar eine lange Tradition innovativer mittelalterlicher und frühneuzeitlicher Stadtgeschichte, die auf lokaler Ebene oft zwecks

⁴⁰ Siehe etwa die aktuellen Publikationsprojekte: NachRichten. Österreich in der Presse: Sammeledition vom Anschluss zur Befreiung 1938–45 (London – Wien), Teil 1 ff.(2008) und die DVD-Edition der „Ostmark-Wochenschauen“, Filmarchiv Austria, Wien 2007 f.

⁴¹ Ernst Hanisch: Zeitgeschichte als politischer Auftrag, in: Zeitgeschichte, 13.1 (1985), S. 81–91; Jürgen Kocka: Geschichte und Aufklärung, Göttingen 1989.

⁴² Ich verstehe dies so wie die meisten Autoren in: Dan Diner (Hg.): Ist der Nationalsozialismus Geschichte? Zu Historisierung und Historikerstreit, Frankfurt am Main 1987.

⁴³ Hans Mommsen: Die Herausforderung durch die modernen Sozialwissenschaften, in: Faulenbach, Geschichtswissenschaft, S. 140.

liebevoller Identitätspflege der eher ländlichen „Heimat“ und der kleinen, (scheinbar) überschaubaren Räume in den Städten betrieben wurde. Aus einer bürgerlichen und kleinbürgerlichen Befindlichkeit, die im rasanten Wandel der Städte und der gesamten Gesellschaft verunsichert war, ergaben sich ab dem späten 19. Jahrhundert der Blick zurück in eine verklarte Vergangenheit und die politische Intention des Konservierens bzw. Kontinuitäten-Konstruierens. Allerdings erschien es gerade in den um Integration ringenden Nationalstaaten, als täte auch ein Zuviel an gegenwartsnäherer Lokalgeschichte der machtpolitischen Vereinheitlichungspolitik nicht gut.

Stadtgeschichte machte daher meist halt vor gegenwartsnahen und konfliktreichen Epochen, die schließlich das Aufgabenfeld der entstehenden Zeitgeschichte wurden. War diese nicht zuletzt auch aus staatspolitischen Gründen zur innenpolitischen Rekonstruktion und identitätspolitischen Stabilisierung der nachkatastrophischen Gesellschaften (Mittel-)Europas nach 1918, 1933/1938 und 1945 von oben her institutionalisiert worden, so machte die stadtgeschichtliche Forschung – von wenigen Ausnahmen abgesehen⁴⁴ – meist lange vor der Zwischenkriegszeit halt, auch dann noch, als auf der Ebene gesamtstaatlicher Politik bereits grundlegende Arbeiten gemacht wurden. Einerseits war für den am Handeln auf den obersten Ebenen der Politik (im Rahmen von Staaten wie international) ausgerichteten Blick kein erforschungswürdiges Thema auf den regionalen und lokalen Ebenen erkennbar⁴⁵; die „große“, vor allem universitäre (Welt-, National-, Ideen- usw.) Geschichte grenzte sich demonstrativ von der oft tatsächlich autodidaktisch und „unwissenschaftlich“ betriebenen Orts-, Stadt- und Landesgeschichte ab, die ihren Platz bestenfalls im Grundschulunterricht hatte.

Andererseits hätte die Beschäftigung mit der „heißen“ Geschichte der 1920er und 1930er Jahre und des Nationalsozialismus die noch weiterbestehenden (oft mühsam überdeckten) Konflikte und Betroffenheiten aufgerührt. Die Generationen der Zeitgenossen und Akteure lebten noch, ja befanden sich gerade auf den unteren staatlichen Ebenen, auf denen personell kaum eine Diskontinuität eingetreten war, in Amt und Würden oder in Geschäft und Politik; in einem sozialen Raum, in dem oft jeder jeden kannte, und dies über einige Generationen hinweg, gerieten zeitgeschichtliche Streitfragen leicht auch zu inner- und zwischenfamiliären Konflikten. Gerade bei frühen Projekten der „Mündlichen Geschichte“, die auch ein Brechen von Tabus und Geschichtsaufklärung intendierte, kam es in kleinräumigen, eng verflochtenen Gemeinschaften noch in den 1980er Jahren geradezu zu Explosionen von politisch und persönlich „offenen Rechnungen“.⁴⁶ Dies trifft nicht im selben Umfang für „anonyme“ Großstädte wie Wien zu, wo allerdings auch ein größerer geschichtspolitischer Legitimierungsdruck vorhanden war, Antworten auf Fragen

⁴⁴ Siehe etwa; Felix Czeike: Liberale, christlichsoziale und sozialdemokratische Kommunalpolitik (1861–1934). Dargestellt am Beispiel der Gemeinde Wien, Wien 1962.

⁴⁵ Michael Gehler; Zeitgeschichte im dynamischen Mehrebenensystem. Zwischen Regionalisierung, Nationalstaat, Europäisierung, internationaler Arena und Globalisierung, Bochum 2001, S. 208 ff.

⁴⁶ Dies konnte ich sowohl bei Oral-History-Projekten über den antinazistischen Widerstand im Ausseerland (siehe auch den Film „Der Igel“ von Ruth Beckermann, Filmladen Wien 1985, 37 min) und bei Ortsgeschichten von Studierenden der 1980er Jahre aus dem Hausruck-Viertel sehen.

nach der NS-Vergangenheit zu geben (siehe den Beginn der Forschungen zu diesem Buch). In einer „kleinen Stadt“ dagegen hatte man noch größere Widerstände zu überwinden, um an das eigene Umfeld kritische Fragen zu richten.⁴⁷ Der US-amerikanische Historiker W. S. Allen, der in den 1960er Jahren eine bahnbrechende Untersuchung über die Machübernahme in der niedersächsischen Kleinstadt Northeim durchführte, kam daher zu dem Schluss: „Kleinstädte haben auf der ganzen Welt zwei Dinge gemein: wenig private Abgeschlossenheit und viel Klatsch.“ Er anonymisierte daher nicht nur die befragten und erwähnten Personen, sondern auch die Stadt, die er zunächst als „Thalburg“ tarnte.⁴⁸

Weitere Studien über die gesamte NS-Herrschaft in Städten folgten daraufhin vielerorts.⁴⁹ So konnte es früher als irgendwo sonst in Österreich – hier schon 1965 – zu einer Initiative zur Erforschung der Wiener Stadtgeschichte während der NS-Zeit kommen.⁵⁰ Zehn Jahre später unterstützten (in manchen westösterreichischen Bundesländern prononcierte) wachsende föderalistische Bestrebungen einen Trend zur Wiederbelebung der Landesgeschichte unter dem Titel einer modernisierten Regionalgeschichte, während in Wien vom Archiv der Stadt Wien (unter der damaligen Direktion von Felix Czeike) wiederum die NS-Forschung (über Wien) forciert wurde.⁵¹ Dennoch ist bisher keine umfassende „Stadtbiografie“ Wiens während der NS-Zeit erschienen, allenfalls diese Studie, die zunächst über die gesamte Zeit bis 1945 monografisch angelegt war und sich schließlich auf die Zeit bis 1939 (bzw. einige Ausblicke bis 1945) beschränken musste.

Wiederum ein Dezennium später konnte ein deutscher regional- und lokalhistorisch arbeitender Zeitgeschichtler zu dem Schluss kommen: „Kaum ein Bereich der Zeitgeschichte hat in den letzten Jahrzehnten soviel Aufmerksamkeit erfahren, soviel Energie absorbiert und soviel unmittelbare politische Folgen gezeitigt wie die lokal- und regionalgeschichtliche Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und dem Widerstand, der ihm entgegengesetzt wurde.“⁵² Dies trifft, abgesehen von

⁴⁷ Detlef Schmiechen-Ackermann und Mathias Tullner: Stadtgeschichte und NS-Zeit in Sachsen-Anhalt und im regionalen Vergleich. Forschungsstand, Fragen und Perspektiven, in: Detlef Schmiechen-Ackermann und Steffi Kaltenborn (Hg.): Stadtgeschichte in der NS-Zeit. Fallstudien aus Sachsen-Anhalt und vergleichende Perspektiven, München 2005, S. 9.

⁴⁸ William Sheridan Allen: Das haben wir nicht gewollt! Die nationalsozialistische Machtergreifung in einer Kleinstadt 1930-1935, Gütersloh 1966, S. 11; ähnlich auch: Walter Struve: Aufstieg und Herrschaft des Nationalsozialismus in einer industriellen Kleinstadt. Osterode am Harz 1918-1945, Essen 1992, S. 22; siehe auch: Bernd Burkhardt: Eine Stadt wird braun. Die nationalsozialistische Machtergreifung in der schwäbischen Provinz, Hamburg 1980.

⁴⁹ Hans-Peter Görden: Düsseldorf und der Nationalsozialismus. Studie zur Geschichte einer Großstadt im „Dritten Reich“, Düsseldorf 1969; Hermann Meyerhoff: Herne 1933-1945. Die Zeit des Nationalsozialismus, Herne 1963; Struve, Aufstieg.

⁵⁰ Das Projekt wurde vor allem durch Gerhardt Kapner im Kulturreisort der Stadt Wien (unter der Leitung des Kulturressorts von Hans Mandl und Gertrude Sandner) initiiert und anfänglich finanziert und von Prof. Karl R. Stadler, damals Univ. Nottingham, geleitet.

⁵¹ Vgl.: Wien 1938 (Forschungen und Beiträge zur Wiener Stadtgeschichte, Bd. 2), Wien 1988.

⁵² Gerhard Paul: Zwischen Traditionsbildung und Wissenschaft. Tendenzen, Erträge und desiderata der lokal- und regionalgeschichtlichen Widerstandsforschung, in: Detlef Schmiechen-Ackermann (Hg.): Anpassung, Verweigerung, Widerstand, Berlin 1997, S. 30-45, hier S. 30.

Geschichten kleinerer Einheiten unterhalb der Millionenstädte, auch abgeschwächt für Österreich zu, wo unterdessen nicht wenige solche Studien erschienen sind, beispielsweise über Krems a.d. Donau, Scheibbs und St. Johann im Pongau.⁵³ Seit den 1990er Jahren hat sich der österreichische Schwerpunkt der stadtgeschichtlichen NS-Forschung nach Linz verlagert. Kaum eine andere – und noch dazu nach Berlin oder München in den Vorstellungen Hitlers und der stadtpolitisch tätigen Nationalsozialisten so zentrale – Stadt hat eine derart breite historische Bearbeitung der NS-Periode gefunden, angefangen von den exemplarischen und ausführlichen Studien E. B. Bukeys, F. Mayrhofer und W. Schusters⁵⁴ bis zu spezialisierteren Studien zur Zwangsarbeiter-, Wirtschafts-, Sozial- und Kunstpolitik.⁵⁵

Daneben etablierte sich in Österreich eine aktive Stadtgeschichtsforschung⁵⁶, die auch der Geschichte des Nationalsozialismus nicht mehr aus dem Weg geht.⁵⁷ Sie geht über die ältere Tendenz hinaus, Stadtgeschichte (im 20. Jahrhundert) auf das Feld der Kommunalpolitik im engeren Sinn auszurichten, und beschränkt sich nicht auf die mehr oder minder eigenverantwortliche Erbringung von Leistungen der Gemeinden auf den Gebieten der Verwaltung, Infrastruktursicherung und elementaren Daseinsvorsorge.⁵⁸ Ausgehend von dem Spannungsfeld, das sich daraus ergibt, dass sich in der Geschichte der modernen Stadt „mehrere Perspektiven zwischen Grundlagenforschung und Anwendungsbezügen, internationaler und interdisziplinärer Orientierung sowie zwischen Urbanisierungs- und Lokalgeschichte“

⁵³ Robert Streibel: Die Stadt Krems im Dritten Reich. Alltagschronik 1938-1945, Wien 1993; Klaus-Dieter Mulley: Nationalsozialismus im politischen Bezirk Scheibbs 1930-1945, Scheibbs 1988; Robert Stadler und Michael Mooslechner: St. Johann, Pg. 1938-1945, Salzburg 1986.

⁵⁴ Evan Burr Bukey: Patenstadt des Führers. Eine Politik- und Sozialgeschichte von Linz 1908-1945, Frankfurt a. M. 1993; Fritz Mayrhofer und Walter Schuster (Hg.): Bilder des Nationalsozialismus in Linz, Linz 1997; dieselben (Hg.): Nationalsozialismus in Linz, 2 Bde., Linz 2001.

⁵⁵ Oliver Rathkolb (Hg.): NS-Zwangsarbeit. Der Standort Linz der Reichswerke Hermann Göring AG, Berlin, 1938-1945, 2 Bde., Wien 2001; siehe auch: Walter Schuster und Wolfgang Weber (Hg.): Entnazifizierung im regionalen Vergleich, Linz 2004; Gabriella Hauch (Hg.): Industrie und Zwangsarbeit im Nationalsozialismus. Mercedes Benz – VW – Reichswerke Hermann Göring in Linz und Salzgitter, Wien 2003; Jost Dülffer, Jochen Thies und Josef Henke: Hitlers Städte. Baupolitik im Dritten Reich, Köln 1978; Helmut Fiereder: Die Reichswerke „Hermann Göring“ in Österreich (1938-1945), Salzburg 1983.

⁵⁶ In Deutschland vor allem um die „Die Alte Stadt. Zeitschrift für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie und Denkmalpflege“, Jg. 1 ff., Stuttgart 1974 ff. und „Pro Civitate Austriae“, N.F. (Wien) 1996 ff.

⁵⁷ Siehe Walter Schuster: österreichische Stadtgeschichtsforschung zum Nationalsozialismus. Leistungen – Defizite – Perspektiven, in: Pro Civitate Austriae, N.F., 5 (2000), S. 35-62; ders.: Aspekte nationalsozialistischer Kommunalpolitik, in: Mayrhofer / Schuster, Nationalsozialismus, Bd. 1, S. 197-326; auch: Fritz Mayrhofer (Hg.): Stadtgeschichtsforschung. Aspekte, Tendenzen, Perspektiven, Linz 1993.

⁵⁸ Siehe die bemerkenswerten Untersuchungen über die „vorfaschistische“ Periode Wiens: Czeike, Kommunalpolitik; und über die nationalsozialistische Kommunalpolitik in Deutschland: Horst Matzerath: Nationalsozialismus und kommunale Selbstverwaltung, Stuttgart 1970.

überkreuzen⁵⁹, wird zunehmend auch für Historiker, Soziologen, Kulturwissenschaftler oder Geografen, Ökologen und Stadtplaner die Stadt vieldimensional als international- und innenpolitischer Handlungsraum, als soziale Einheit, als Siedlungszusammenhang⁶⁰ in einem mehr oder weiten Umfeld gesehen⁶¹ oder auch als kultureller „Text“ gelesen⁶² – ein Anspruch, der allerdings für die Geschichte von (Groß-)Städten unter dem Nationalsozialismus noch nicht eingelöst zu sein scheint. Diese Neubestimmung weist unweigerlich auch gesellschaftspolitische Implikationen auf und dies bringt den Forscher oder die Forscherin, die über den relativ „kleinen Raum“ und in diesem mit seinen engen Verflechtungen, Abhängigkeiten und Rücksichten individuell oder institutionell arbeitet, oft in ein Naheverhältnis zu den „Landesfürsten“ oder „Stadtkaisern“ und zu ihren „Amtsdienern“; daher wäre immer auch ein Schuss von „Stadtgeschichte als Stadtkritik“⁶³ angebracht.

Wenn eine zeitgeschichtliche Stadtgeschichte nicht unbedingt so umfassend, dafür eher empirisch umsetzbar konzipiert zu sein hat⁶⁴, wird sie sich doch daran orientieren, dass die eingangs skizzierten inhaltlich-methodischen Neuorientierungen der neueren Geschichtsforschung in das regional- wie stadtgeschichtliche Arbeitsfeld aufgenommen werden. Allein die größere Nähe zu ihrem Gegenstand fördert bei der Stadt- und Lokalgeschichte eine Sichtweise, die sich auf das Wirken „einfacher“ Menschen und sonst anonymer Strukturen und ebenso auf die alltäglichen Sorgen, Bedürfnisse und Erwartungen der Bevölkerungsmehrheit richtet. Nicht die Handlungen einiger weniger und die Entscheidungen an den Spitzen des Staates kommen hier zunächst in den Blick, sondern eher der vielschichtige Mechanismus, über den sich gesellschaftliche Interessen in Politik umsetzen und in dem die Politik dem Einzelnen wiederum entgegentritt.

Damit überschneidet sich Stadtgeschichte mit der zeitgeschichtlichen Regionalgeschichte, die noch früher als jene eine Konjunktur erlebte. Früh erschienen solche Arbeiten über Oberösterreich (H. Slapnicka)⁶⁵, Salzburg (E. Hanisch)⁶⁶ und die Stei-

⁵⁹ Vgl.: Christoph Bernhardt: *Moderne Stadtgeschichte. Online-Guide*. In: Clio Online. Fachportal für die Geschichtswissenschaften: <<http://www.clio-online.de/site/langde/40208214/Default.aspx>> (10.12.2007).

⁶⁰ Horst Matzerath: *Nationalsozialistische Kommunalpolitik: Anspruch und Realität*, in: *Zeitschrift für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie und Denkmalpflege*, 5.1 (1978), S. 1-22.

⁶¹ Siehe etwa Reinhard Kannonier u.a. (Hg.): *Urbane Leitkulturen 1890-1914*. Leipzig, Ljubljana, Linz, Bologna, Wien 1995; Moritz Csáky (Hg.): *Kultur – Identität – Differenz*. Wien und Zentraleuropa in der Moderne, Innsbruck 2004.

⁶² Monika Sommer, Marcus Gräser und Ursula Prutsch (Hg.): *Imaging Vienna. Innensichten, Außensichten, Stadterzählungen*, Wien 2006; Renate Banik-Schweitzer (Hg.): *Urban Form. Städtebau in der postfordistischen Gesellschaft*, Wien 2003.

⁶³ Cord Meckseper: *Stadtgeschichte und Stadtentwicklung*, in: *Die Alte Stadt. Zeitschrift für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie und Denkmalpflege*, 1.2 (1974), S. 260; Hans-Georg Reuter: *Stadtgeschichtsschreibung im Wandel*, in: *Archiv für Kommunalwissenschaften*, 17. Jg., 1. Halbband (1978), S. 68-83, hier S. 82.

⁶⁴ Siehe die Themenhefte der „*Informationen zur modernen Stadtgeschichte*“ (Berlin), N.F. 1996 ff.

⁶⁵ Harry Slapnicka: *Oberösterreich, als es „Oberdonau“ hieß (1938-1945)*, Linz 1978.

⁶⁶ Ernst Hanisch: *Nationalsozialistische Herrschaft in der Provinz Salzburg im Dritten Reich*, Salzburg 1983; erw. und neu bearb. Aufl.: ders.: *Gau der guten Nerven. Die nationalsozialistische Herrschaft in Salzburg 1938-1945*, Salzburg 1997.

ermark (St. Kärner)⁶⁷. Während diese bundeslandbezogenen Darstellungen von einem Ensemble meist regional bzw. lokal festmachbarer historischer Abläufe und Strukturen ausgehen oder überhaupt auf die „Eigenart“ dieser „Einheiten“ fokussiert sind, haben regional basierte Studien zum Nationalsozialismus in Deutschland sich stärker auch auf thematisch begrenzte Längsschnitt- und Tiefenstudien zu einzelnen Problemerkreisen wie NSDAP, Machtübernahme, Industrieregionen oder Widerstand bezogen.⁶⁸ Österreichischer Bahnbrecher der neuen Regionalgeschichte war Ernst Hanisch und er meinte zu Recht: „Spitzenleistungen der neueren Sozialgeschichte sind fast durchwegs auf regionaler Basis gearbeitet“ worden; er bezog sich dabei vor allem auf die Arbeiten aus dem Umfeld der „Annales“⁶⁹, hätte jedoch dazu auch die nordamerikanische „New Urban History“⁷⁰ oder die seit den 1970er Jahren innovativ werdenden struktur- und alltagsgeschichtlichen Forschungen über das ganze Spektrum der NS-Geschichte nennen können, die eine Zeitlang auch als „leading edge“ der deutschen Zeitgeschichte galten. Hanisch hatte dabei schon eine Art „Totalgeschichte“ im Auge, die „das ‚Ganze‘ umfassen“ und – im Sinn von Max Weber bzw. Hans-Ulrich Wehler – „integrierte Analysen von Wirtschaft, Gesellschaft, Politik und Kultur, notwendigerweise jeweils modellhaft verdichtet und exemplarisch“⁷¹, liefern sollte.

Es ist allerdings schwer nachvollziehbar, wie über die folgenden vier historiografischen Optionen eine Grundsatzentscheidung – außer durch pragmatisch-kombinatorisches Vorgehen – getroffen werden könnte, nämlich:

- ob – wie bei der älteren Stadtgeschichte – von der Singularität der behandelten politisch-rechtlichen oder lebensweltlichen Einheit⁷² auszugehen sei⁷³,

⁶⁷ Stefan Kärner: Die Steiermark im Dritten Reich. 1938-1945. Aspekte ihrer politischen, wirtschaftlich-sozialen und kulturellen Entwicklung, Graz – Wien 1986.

⁶⁸ Vgl. etwa: Rudolf Heberle: Landbevölkerung und Nationalsozialismus. Eine soziologische Untersuchung der politischen Willensbildung in Schleswig-Holstein 1918 bis 1932, Stuttgart 1963; Jeremy Noakes: The Nazi Party in Lower Saxony 1921-1933, London 1971; Geoffrey Pridham: Hitler's Rise to Power. The Nazi Movement in Bavaria, 1923-1933, London 1973; Hans Mommsen, Dietmar Petzina und Bernd Weisbrod (Hg.): Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1974; Hans-Josef Steinberg: Widerstand und Verfolgung in Essen 1933-1945, Hannover 1969; Martin Broszat u.a. (Hg.): Bayern in der NS-Zeit, 6 Bde., München 1977-1983; Reinhard Mann: Protest und Kontrolle im Dritten Reich, Frankfurt a. M. 1987.

⁶⁹ Ernst Hanisch: Regionale Zeitgeschichte. Einige theoretische und methodologische Überlegungen, in: Zeitgeschichte 7.1 (1979), S. 39-60.

⁷⁰ Vgl.: Patrick J. Blessing: New Urban History in den Vereinigten Staaten, in: Wilhelm Heinz Schröder (Hg.): Moderne Stadtgeschichte, Stuttgart 1979, S. 15-34.

⁷¹ Hanisch, Zeitgeschichte, S. 43.

⁷² Vgl. noch: Wolfgang Köllmann: Sozialgeschichte der Stadt Barmen im 19. Jahrhundert, Tübingen 1960; Hans Herzfeld: Aufgaben der Geschichtswissenschaft im Bereich der Kommunalwissenschaften, in: Archiv für Kommunalwissenschaften, 1 (1962), S. 27 ff.

⁷³ Siehe die harsche, nicht unberechtigte Kritik an einem häufig gewordenen (etwa auch bei Lebensgeschichten auftretenden) Typus der „soundsovielten Studie, die für ein begrenztes lokales oder regionales Untersuchungsgebiet einmal mehr nachweist, dass beispielsweise die Machtdurchsetzung der Nationalsozialisten nicht ein punktuell politisches Ereignis, sondern ein länger wählender Prozess war...“ und „exemplarische Fragestellungen“ mit „neuen Forschungsstrategien“ fordert: Detlef Schmiechen-Ackermann: Großstädte im Nationalso-

- ob in einem systematischen Vergleich mit anderen Städten (oder kleinen Einheiten) eine überregionale Typenbildung anzuvisieren wäre oder – ob differenziertere bzw. neue Erkenntnisse über Machtbeziehungen⁷⁴ und Lebensverhältnisse, Widerstandsformen und politisch-soziale Milieus von großräumiger Geltung, etwa über den Nationalsozialismus⁷⁵, gewonnen werden sollen oder
- ob Stadtgeschichte überhaupt mit allgemeiner Sozialgeschichte zusammenfallen⁷⁶ bzw. als überschau- und empirisch bearbeitbares Feld einer historischen Sozialwissenschaft⁷⁷, allgemeinen Kulturgeschichte oder historischen Anthropologie⁷⁸ dienen soll; ob Stadt, Region, Gemeinde oder Stadtviertel eher unter den Aspekten übergreifender politik-, wirtschafts-, gesellschafts- und kulturgeschichtlicher Strukturen und Prozesse wie Migration, Urbanisierung, Klassen- und Ethnien-Bildung, soziale Integration oder Segregation, politische oder kulturelle Vereinheitlichung, Herrschaftsdurchsetzung, Demokratisierung, genozidale Politik oder Modernisierung zu betrachten sind.

Dasselbe gilt im Übrigen auch für die Regionalgeschichte, mit der eine Stadtgeschichte Wiens sich wegen der Größenordnung und politischen Bedeutung dieser politisch-gesellschaftlichen Einheit schon in vielem überlappt, ohne dass die urbanen Besonderheiten Wien ignoriert werden sollen. Im Sinn einer Kombination der ersten (singularisierenden) mit der dritten (verallgemeinernden) der oben genannten methodologisch-theoretischen Formen von zeitgeschichtlicher Stadtforschung erscheint es sinnvoll, zunächst eine solche in der durch politische und/oder funktionale Grenzen relativ klar definierten Stadt an sieben Eckpunkten auszurichten, die auch (zum Teil) in dieses Buch eingegangen sind. In einer Großstadt wie dem Wien der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts bieten sich für die historische Forschung folgende Punkte an:

zialismus: Stand, Probleme und Perspektiven der Forschung, in: Daniela Münkel und Jutta Schwarzkopf (Hg.): *Geschichte als Experiment. Studien zu Politik, Kultur und Alltag im 19. und 20. Jahrhundert*, Frankfurt a. M. 2004, S. 333-343, hier S. 336.

⁷⁴ Als ein frühes Beispiel siehe: Host Matzerath: *Oberbürgermeister im Dritten Reich*, in: Gerhard Hirschfeld und Lothar Kettenacker (Hg.): *Der „Führerstaat“. Mythos und Realität*, Stuttgart 1981, S. 228-269.

⁷⁵ Siehe den paradigmatischen Sammelband mit vielen weiterführenden Beiträgen: Horst Möller, Andreas Wirsching und Walter Ziegler (Hg.): *Nationalsozialismus in der Region. Beiträge zur regionalen und lokalen Forschung und zum internationalen Vergleich*, Oldenbourg 1996, vor allem den historiografischen Überblick (Teil I), Teil II über Partikularismus und zentralistische Tendenzen sowie Teil III über soziale Milieus.

⁷⁶ Stephan Thernstrom: *Reflexion on the New Urban History*, in: *Daedalus*, Bd. 100 (1971), S. 359 ff.; Stephan Thernstrom und Richard Sennett (Hg.): *Nineteenth-Century Cities. Essays in the New Urban History*, New Haven 1969.

⁷⁷ Stephan Thernstrom: *Reflexion on the New Urban History*, in: *Daedalus*, Bd. 100 (1971), S. 359 ff.; Stephan Thernstrom und Richard Sennett (Hg.): *Nineteenth-Century Cities. Essays in the New Urban History*, New Haven 1969.

⁷⁸ Vgl.: Hans Medick: *Weben und Überleben in Laichingen 1650-1900. Lokalgeschichte als allgemeine Geschichte*, Göttingen 1996; ders.: „Missionare im Ruderboot?“, in: Alf Lüdtke (Hg.): *Alltagsgeschichte. Zur Rekonstruktion historischer Erfahrungen und Lebensweisen*. Frankfurt a. M. – New York 1989, S. 48-84.

- 1) Stadt(-Bürgerschaft) als verfassungsrechtlich, durch Verflechtung von Eliten, Wirtschaftsbeziehungen, gesellschaftliche oder persönliche Bindungen etc. hergestellte politische Akteure, die (nicht aussichtslos) darauf ausgerichtet sind, irgendwie ein Mindestmaß an Selbstgestaltung, auch in noch so geringen Machtspielräumen diktatorisch-zentralistischer Regimes, umzusetzen;
- 2) die eigentliche Stadtverwaltung in Erfüllung von eigenständigen Aufgabenbereichen durch regelhaft (oder klientelistisch) handelnde Bürokratie und deren Personal;
- 3) das vertikale Beziehungsgefüge, das sich daraus ergibt, dass die Repräsentanten und Bürokraten in einer Stadt (einem Land bzw. einer Gemeinde) üblicherweise im mehrstufigen Staatsaufbau auch der Implementierung „oberer“ Politiken dienen und zugleich diese übergeordneten Zentralinstanzen (durch Willfährigkeit, Widerständigkeit oder Rückwirkungen) zu beeinflussen suchen;
- 4) das weite und vielschichtige Gebiet der materiellen Daseinsfürsorge und Leistungserbringung für die Angehörigen der Stadt oder eines mit ihr nicht territorial verbundenen Personenkreises;
- 5) der geografische Ort, an dem sich in Städten mit hochrangigen Kultur-, Verwaltungs- und Regierungsfunktionen üblicherweise konzentriert nationale und internationale Regierungspolitik abspielt und
- 6) wo sich in politisch „ranghohen“ (Haupt-) Städten meist die staatenpolitische Repräsentation und symbolische Politik-Inszenierung abspielen, was einen solchen Ort (durch historische Bezüge oder Konstrukte) zu einem hervorgehobenen „Erinnerungsort“ auflädt (siehe Wien, aber auch Salzburg); und schließlich
- 7) die Stadt bzw. die Metropole als Brennpunkt oder Knoten in (zentralistischen oder netzwerkartigen oder auch diffusen, transurbanen oder transnationalen) verflochtenen Umweltbeziehungen, wie sie sich aus Zu- und Abwanderung, Verkehr, wirtschaftlicher Arbeitsteilung, Bildungsfunktionen, „kultureller Ausstrahlung“ etc. ergeben.

3. Machtübernahme von unten, von oben und von außen (Zusammenfassung)

Die Vorgänge der ersten Woche nach dem 11. März 1938 waren wie im übrigen Österreich auch in Wien durch einen dreifachen Prozess der Machtübernahme gekennzeichnet: durch eine pseudo-revolutionäre Machtübernahme von unten, eine scheinlegale Machtergreifung von oben und eine übermächtige Intervention von außen.

1. Die „Revolution von unten“, am 11. März durch die Weisungen der Parteiführer im Deutschen Reich und in Österreich in Gang gesetzt, begann mit tumultösen, aber weitgehend unbewaffneten Straßendemonstrationen. Der bestehende österreichische Staatsapparat erwies sich demgegenüber durch die deutsche Einmarschdrohung und die vorausgehende nationalsozialistische Unterwanderung als völlig gelähmt, auch wenn er von seinem Potenzial an Gewaltmitteln her unter rein innenpolitischem Aspekt nicht völlig machtlos gewesen wäre. Auch wenn in den nächsten Tagen die Ereignisse von unten her eine gewisse Eigendynamik entfalteten,

kann man nur in einem sehr eingeschränkten Sinn von einem Aufstand der „illegalen“ Nationalsozialisten sprechen.

Ihrer sozialen Herkunft nach dürfte es sich bei den Hauptbeteiligten an diesen Vorgängen um Angehörige des unteren („neuen“) Mittelstands und zum Teil auch um in der SA stark vertretene arbeitslose Arbeiter gehandelt haben, die, wie in Buchkapitel III „Der Nationalsozialismus im Aufbau“ dargestellt, das Gros der Parteimitgliedschaft bildeten. Als politische Führer dieser „revolutionären Illegalen“ konnten in Wien immer noch die Vertreter der so genannten Leopold-Gruppe gelten, auch wenn Hitler kurz vor dem „Anschluss“ den Hauptmann a.D. Josef Leopold und seine engsten Vertrauten abgesetzt hatte. Im Wiener Rathaus erlangten sie mit Lahr und Gratzenberger für wenige Tage einigen Einfluss. Die „revolutionäre“ Energie dieser Leute wurde aus dem Gefühl der Rache und dem Bedürfnis nach Kompensation dessen getragen, was sie in der Zeit der Illegalität an tatsächlicher oder vermeintlicher Benachteiligung und Verfolgung erlitten hatten. Auf ihnen war in der Tat lange Zeit die Hauptlast des oft mit schweren persönlichen Opfern geführten nationalsozialistischen Kampfes gegen den „Ständestaat“ gelegen.

Ihre Aggressivität äußerte sich in „spontanen“, häufig von örtlichen Partei- und Formationsführern inszenierten Aktionen gegen Einrichtungen des alten Regimes und das Eigentum politischer Gegner, ebenso in Eingriffen in die staatlichen und kommunalen Verwaltungsstellen und in private Wirtschaftsbetriebe. Dabei waren meist nur Drohungen notwendig, um das kurzfristige Ziel zu erreichen: Entlassung missliebiger Personen, Auszahlung von Sonderzulagen oder Übergabe von Büroräumen. Sachbeschädigungen von nichtjüdischem Eigentum waren selten.

Mit ganzer Wucht aber entlud sich die jahrelange politisch-soziale Unzufriedenheit, die in Wien durch ein immer lebendiges Potenzial von Antisemitismus ihre Stoßrichtung erhielt, über den jüdischen Bevölkerungsteil. Anfangs wurden die brutale Beraubung, Beschimpfung und zerstörerische Demütigung, die tätlichen Angriffe, Verletzungen und Verhaftungen von Juden von den neuen Machthabern als ein Sicherheitsventil für unkontrollierbare „Umsturz“-Tendenzen geradezu gefördert. Der die Juden treffende pogromartige Zustand dauerte daher auch noch wochenlang an, als die übrigen Ein- und Übergriffe schon weitgehend eingedämmt wurden. Eine andere aggressivitätsableitende Funktion erfüllten in dieser Phase offensichtlich auch die ständigen Massenveranstaltungen bei Mitläufern und Aktivisten in gleicher Weise. Die einen wurden bei Appellen, Versammlungen, Aufmärschen und Demonstrationen emotionell in Begeisterungstürmen befriedigt und in die Parteiorganisation eingebunden, die anderen waren mit dem Organisieren dieser Veranstaltungen voll beschäftigt. Die Vorbereitung der „Volksabstimmung“ vom 10. April 1938 zeitigte Auswirkungen in derselben Richtung.

2. Hätte es nach dem „Anschluss“ keine anderen Kräfte der politischen Umgestaltung gegeben, wäre Österreich wohl monatelang im administrativen und wirtschaftlichen Chaos versunken. Nicht nur wegen des steuernden Eingreifens deutscher Zentralen kam es aber nicht dazu. Die Machtübernahme konnte auf Grund ihrer Vorgeschichte auch von oben her erfolgen, von jenen Positionen aus, in die die Nationalsozialisten in der Endphase des selbstständigen Österreich teils illegal, teils legal eingedrungen waren. Wie es am 11. März schon in der letzten legalen Bundesregierung in den Personen Seyss-Inquart und Glaise-Horstenau nationalsozialistische Stützpunkte gab, so waren auch wichtige Schaltstellen in der Staatspar-

tei des „Ständestaates“, in den Behörden, in der Wirtschaft und im kulturellen Sektor bereits unter nationalsozialistischem Einfluss. Dass es eine unter eng formalen Gesichtspunkten legal an die Macht gekommene NS-Bundesregierung schon gab, als der deutsche Einmarsch begann und die „Erhebung von unten“ erst angefangen hatte, muss als ein entscheidender Faktor des Ereignisablaufes in der ersten Woche angesehen werden.

Den Anschein von Legalität vor der internationalen, aber auch der eigenen Öffentlichkeit zu wahren, war ein wesentliches Ziel nationalsozialistischer Politik. Was unter demokratischen Verhältnissen viel schwieriger gewesen wäre, erleichterte die bestehende „autoritäre“ Staatsverfassung von 1934, die bereits stark am Führerprinzip ausgerichtet war. Und da die gesamtösterreichische Führungsspitze mit Seyss-Inquart nationalsozialistisch geworden war, stand einer von dort hierarchisch ausgehenden „legalen“ Umgestaltung der Verhältnisse nichts mehr im Weg. Leitende politische Funktionen des Staates sowie die Schlüsselstellen der Verwaltung und der Wirtschaft konnten über Weisung von oben im bestehenden gesetzlichen Rahmen umbesetzt werden. Selbst manche nationalsozialistischen Postenjäger und Funktionäre der NSBO erschienen schon nach wenigen Tagen mit einem Beglaubigungsschreiben Seyss-Inquarts und seiner Behörde, um Stellen und Ämter in der staatlichen und städtischen Verwaltung zu „säubern“. Da die Führer des neuen Regimes von Anfang an erkannten, dass sie auf das reibungslose Funktionieren der vorhandenen Bürokratie in Staat und Gemeinde, aber auch in der Wirtschaft angewiesen waren, ergab sich bald ein Konflikt mit der eigenen Parteibasis. Diese war auf eine rücksichtslose Vergeltung an Juden, aber auch an „austrofaschistischen“ Gegnern aus, jedoch selbst nicht imstande, eine zahlenmäßig ausreichende qualifizierte Ersatzmannschaft zu stellen. Demgegenüber setzten sich NS-Führer wie Seyss-Inquart und Bürgermeister Neubacher sowie ansatzweise Bürckel für ihre Beamten ein, wenn diese nur halbwegs politisch „tragbar“ waren und den Anschein von Loyalität erwecken wollten, was wiederum nicht schwer zu erreichen war. Nur den allerhöchsten „vaterländischen“ Amtsträgern und den Juden gegenüber gab es kein Pardon.

Aber dieses Bündnis der neuen staatlichen Führungsschicht um Seyss-Inquart mit dem traditionellen Beamtenapparat war nicht nur eine Zweckverbindung, sondern hatte auch einen sozialen Hintergrund. Denn wie die meisten Mitglieder der Regierung Seyss-Inquart entstammten diese neuen Führer überwiegend dem „gehobenen Mittelstand“. Höhere Beamte, freiberufliche Akademiker und Wirtschaftsführer (wie Neubacher) waren für sie typische Berufe. Ein auch in der Wiener NS-Stadtführung stark vertretenes politisches Laufbahnmuster vom „gesamtdeutschen“ Engagement über die „nationale“ Richtung der Heimwehr in die NSDAP, besonders in die SS, war für viele von ihnen charakteristisch. Ideologisch war ihre nationalsozialistische Gesinnung durch einen mehr oder weniger starken katholisch-konservativen Grundzug gekennzeichnet. Daraus ergab sich auch eine anti-preußisch deutsche, pro-österreichische Haltung, der so genannte „k.u.k. Nationalsozialismus“. Auch die Tatsache, dass diese Richtung von Anfang an ihren Einfluss mit der Kärntner Richtung der österreichischen NS-Führerschaft teilen musste, mit der es wohl soziale, aber weniger ideologische Gemeinsamkeiten gab, verhinderte nicht, dass die Entwicklung in Österreich im Lauf eines Jahres über sie hinwegging.

Der Grund dafür lag in dem dritten, letztlich entscheidenden Weg der Machtübernahme: dem von außen.

3. Die militärische Okkupation des Landes ging einher mit einer Invasion durch deutsche Polizeikräfte, Abgesandte der zahlreichen Zentralbehörden des „Reiches“ und Vertreter privater wirtschaftlicher Interessen, wobei jeder in dem schon in den ersten „Anschluss“-Stunden entbrennenden „Wettlauf nach Wien“ der Erste sein wollte. Es ging dabei unmittelbar weniger um persönlich-karrieristische Ziele, wenn auch um diese, als um die Sicherung von Schlüsselstellen, um Ausbau und Stärkung administrativer, wirtschaftlich-materieller und kultureller Macht, die im Hinblick auf das „Altreich“ wie auf die „Ostmark“ genutzt werden sollte. Auf dreierlei Weise wurde schon in den ersten Wochen Österreich unter „reichsdeutsche“ Kontrolle genommen: durch Einzelmaßnahmen sachlicher und personalpolitischer Art, durch gesetzgeberische Normensetzung und durch den ohne rechtsstaatliche Rücksichtnahme ausgeübten Terror gegen politische Gegner und „Nichtarier“. Dazu kamen Hitlers direkte oder über Goebbels, Göring oder Himmler vermittelte Weisungen und Meinungsäußerungen im persönlichen Gespräch mit seinen „Statthaltern“ in Österreich; der „Führer“ nahm an den Vorgängen in Wien stärker persönlichen Anteil als sonst bei vielen Agenden im „Altreich“.

Nicht bloß die praktisch unkontrollierte Anforderung von Büroräumen, Wohnungen, Dienst- und Sachleistungen verschiedenster Art, sondern auch einander widersprechende punktuelle Anweisungen und Personalentscheidungen der deutschen Emissäre, von denen niemand in der Eile überprüfen konnte, inwiefern sie überhaupt autorisiert waren, führten zu einem stärkeren Wirrwarr in Wien, als es die Übergriffe von „unten“ vermochten. Selbst die Stadtverwaltung, die dafür ein weniger interessantes Feld war als der gesamtösterreichische Behördenapparat und die Privatwirtschaft, litt darunter einigermaßen. Ordnung schaffende Erlasse Seyss-Inquarts und Bürckels konnten erst allmählich durchgesetzt werden. Legistische Maßnahmen von deutscher Seite setzten mit dem 13. März ein und brachten bis 17. März zunächst die Einführung der „Reichsgrundgesetze“ in Österreich. Sie erforderten nicht nur neu ins Land entsandte Fachkräfte, sondern führten auch vorübergehend zu einem undurchschaubaren Interferenzzustand mit der alten Rechtsordnung sowie zu Doppelgleisigkeiten. Die verfassungsrechtliche Stellung Wiens als Bundeshauptstadt mit faktisch demselben Status wie die Bundesländer wurde davon einschneidend betroffen, wenn auch die praktischen Auswirkungen vorerst noch gering waren. In dem drohenden Verwaltungschaos zeichnete sich aber früh die Herausbildung zweier grundlegender Koordinationszentren der „Gleichschaltung“ ab. Einerseits einigten sich Reichsinnenminister Frick, dessen Behörde am 16. März zur „Zentralstelle zur Durchführung der Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich“ bestimmt worden war, und der „Beauftragte für den Vierjahresplan“, Göring, der schon einen Tag früher Generalvollmacht auf wirtschaftlichem Gebiet erhalten hatte, auf ein gemeinsames Exekutivorgan in der Person des „Reichsbeauftragten für Österreich“, Wilhelm Keppler. Andererseits formierte sich auf dem Parteisektor mit der Ernennung Bürckels zum Beauftragten Hitlers zur Reorganisation der NSDAP und zur Durchführung der „Volksabstimmung“ ein Gegenpol, der sein staatliches Gegenstück bald überflügeln sollte. Wenngleich damit noch lange keine Einheitlichkeit der politischen, administrativen und wirtschaftlichen Führung erzielt war und später ein offener Konflikt der beiden Instanzen entbrennen sollte, so

wurde dadurch doch eine Rückkehr zu ordnungsstaatlichen Verhältnissen in Österreich und in Wien sehr gefördert. Die beginnende allgemeine Ausrichtung auf die „Volksabstimmung“ wirkte sich dabei beschleunigend aus.

Die schärfste Form der Gleichschaltung wurde jedoch in bekannter Weise von der Gestapo und der SS ausgeübt, die mit dem Griff nach Wien ihre Position innerhalb des ständig im Fluss befindlichen Machtgefüges des Dritten Reiches weiter ausbauen konnten. Die dadurch bewirkte Beseitigung der alten politischen Führungsschicht und die Einschüchterung auch jener, die nicht von „Anschluss“-Begeisterung erfüllt waren, bereiteten den Boden für den Erfolg der im folgenden Kapitel beschriebenen Propagandakampagne.

Abschließend kann man sagen, dass die drei ineinandergreifenden Formen der Machtübernahme von unterschiedlichen Positionen aus zwar in Wien eine anfänglich vollkommen unübersichtliche Lage heraufbeschworen, doch umso energischer mit einem großen Teil des Einflusses traditionaler Machtgruppen aufräumten. Überwogen in den allerersten Tagen die Tendenzen zu einem „Umsturz“ von unten und einer Machtergreifung von innerösterreichischen Führungsstellen aus, so wurde bald das Eingreifen der „Reichsdeutschen“ zum Garanten einer „totalen“ Machtübernahme. In diesem Sinn zeichnete sich schon nach einer Woche in Wien ein voller Erfolg des „Anschlusses“ ab, indem praktisch jeder politische Widerstand ausblieb und die einheimische rebellische NS-„Basis“ den Großteil ihrer das innere Gefüge des Dritten Reiches potenziell gefährdenden Energie auf die Judenverfolgung und die propagandistischen Massenveranstaltungen verwendete; die zu Separatismus neigenden österreichischen Nationalsozialisten wurden entweder in führenden staatlichen und Partei-Funktionen dem „Reichs“-Willen strikt eingebunden oder blieben in (frustrierenden) Wartestellungen, bis sie (wie sich herausstellte) über persönliche Seilschaften und Ersatzkarrieren in der radikalisierten Politik des expandierenden Dritten Reiches an manchen anderen Orten Europas neue Aufgaben erhielten.

4. Scheinlegitimierung der Macht (Zusammenfassung)

Das erzielte Ergebnis der „Volksabstimmung“, in Wien 99,4 Prozent „Ja“ von allen abgegebenen Stimmen, übertraf jenes der Saarabstimmung von 1935 (90%). Obwohl Wien um drei Zehntel-Prozent unter dem gesamtösterreichischen Durchschnitt lag, hatten die Nationalsozialisten auch in dieser Stadt ihr Ziel voll erreicht. Wenn man bedenkt, für wie schwierig die nationalsozialistischen Führer noch Mitte März die Beherrschung des ehemals „roten Wien“ eingeschätzt hatten, kann man ihre Genugtuung darüber verstehen, ob das Resultat im Einzelnen nun ungenau war oder nicht. Jedenfalls hatte es keine groben Pannen gegeben, das Plebiszit konnte vor dem In- und Ausland als, in einem oberflächlichen Sinn verstanden, formal korrekt durchgeführt gelten. Alle Zweifel daran, ob der immerhin unter dem Einmarsch der deutschen Armee zustande gekommene „Anschluss“ die Zustimmung der Volksmehrheit fand, waren damit im Verständnis des Nationalsozialismus von politischer Repräsentation widerlegt und dessen Herrschaft war neuerlich und glänzend legitimiert.

Könnte man kurzweg annehmen, das Abstimmungsergebnis sei eine vollständige Fälschung, würde man sich eine komplexe Erklärung seines Zustandekommens ersparen. Man hätte vielleicht nur zu fragen, warum die neuen Machtha-

ber einen so großen organisatorischen und propagandistischen Aufwand auf sich genommen hatten und wie sie diese Fälschung so durchgeführt hatten, dass in den Quellen kein stichhaltiger Hinweis in einem nennenswerten Ausmaß erhalten geblieben ist. Nirgendwo konnte etwas gefunden werden, das darauf hindeutet, irgendjemand habe sich einfach die Endergebnisse aus den Fingern gezogen und hingeschrieben. Da man trotz einzelner Verstöße gegen die selbst gesetzte und selbst kontrollierte Abstimmungsordnung aber davon ausgehen muss, dass tatsächlich „Ja“-Stimmen in der Größenordnung von etwa 90, wenn nicht 99 Prozent vorlagen, muss man sich die Frage stellen, wie dieses Resultat zu erklären ist.

Zusätzlich zu der faktisch schon vollzogenen Machtübernahme und der Einschüchterung der Bevölkerung durch den Terror, beides die schon im vorigen Kapitel beschriebenen Grundbedingungen, waren fünf Momente für den Ausgang der „Volksabstimmung“ entscheidend:

1. Die Verhaftungswelle und die Unterdrückung der politischen Gegner schon im März, die noch weiter wirkte, im April jedoch zurückgefahren worden zu sein scheint, konnten die Exponenten einer anti-nationalsozialistischen Haltung zwar „mundtot“ machen und teilweise später auch physisch „liquidieren“. Was sie jedoch nicht zu bewirken vermochten, war eine positive Stellungnahme der in großen sozialen Gruppen und politischen Milieus Wiens immer noch anerkannten ehemaligen politisch-weltanschaulichen Autoritäten. Angesichts solch weittragender Veränderungen wie der Aufgabe der Unabhängigkeit des Landes und eines einschneidenden politischen Systemwechsels musste man annehmen, dass ein Schweigen der Hierarchie bei den Gläubigen der dominanten Religion beziehungsweise eine vollständige verbale Zurückhaltung der ehemaligen politischen Führer des Austromarxismus bei der in Wien überwiegend „Unken“ (sozialdemokratisch, linkssozialistisch oder zu einem geringeren Ausmaß kommunistisch eingestellten) Arbeiterschaft als Ausdruck von Nicht-Zustimmung aufgefasst worden wäre. Daraus erklärt sich das intensive Bestreben der maßgeblichen NS-Führer, propagandistisch wirksame Zustimmungserklärungen angesehener Vertreter aller halbwegs ins Gewicht fallenden politisch-sozialen Gruppen zu erhalten. Die traditionelle Fraktionierung des innenpolitischen Systems in drei „Lager“, von denen nur das ehemals deutsch-nationale, nun aus innerer Überzeugung zum Nationalsozialismus übergeschwenkte von vornherein hinter dem vollzogenen „Anschluss“ stand, machte die Erklärungen des Wiener Erzbischofs und des sozialdemokratischen Gründungskanzlers der Republik zu Schlüsselereignissen beim Zugang zum katholisch-konservativen wie zum sozialistischen „Lager“. Beide politisch-sozialen Gruppierungen zusammen machten mehr als zwei Drittel der Bevölkerung aus. Die Erlangung öffentlicher „Huldigungen“ von Repräsentanten anderer, wesentlich kleinerer Gruppen wie der nichtkatholischen christlichen Kirchen, der Wiener Tschechen, des demokratischen Liberalismus (Bundespräsident Hainisch) sowie der Träger von Wissenschaft und Kultur war demnach nur noch eine flankierende Maßnahme.

2. Da der Nationalsozialismus mit einem „sozialistischen“ Anspruch auftrat, wäre eine Verwirklichung seiner Versprechungen ein zweifellos durchschlagendes Werbemittel gewesen. Allein die Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit ließ einem „Sozialismus der Tat“ wenig Spielraum. Man beschränkte sich daher auf einige kurzfristige, aber propagandistisch wirksame Maßnahmen wie Sonderzahlungen von Löhnen und Gehältern, Preissenkungen bei einzelnen Waren, Abschaffung von unpo-

pulären, aber wenig ertragreichen Steuern, öffentliche Auspeisungen und Verschickung von Kindern zur Erholung. Besonderes Gewicht wurde auch auf solche soziale Maßnahmen gelegt, die den Gemeinschaftsgeist förderten, wie KdF-Fahrten und kulturelle und unterhaltende Veranstaltungen. Vom gewerblichen Mittelstand, von den zahllosen Kleinhändlern und den Ausübenden freier akademischer Berufe wurde die Schädigung oder Beseitigung ihrer jüdischen Konkurrenten als Erleichterung ihrer wirtschaftlich bedrängten Lage empfunden. Am wirksamsten waren jedoch zwei Maßnahmen: nämlich die Einbeziehung vieler Ausgesteuerter in die Arbeitslosenversicherung sowie die Einstellung auf Posten, die den jüdischen Mitbürgern genommen oder die in Erwartung des kommenden Wirtschaftsaufschwungs neu geschaffen wurden. Sie erweckten und bekräftigten vor allem auch bei jenen, die daraus noch nicht unmittelbar einen Nutzen zogen, die Hoffnung, der Nationalsozialismus werde auch seine anderen Versprechungen in naher Zukunft einlösen.

3. Genau an diesem Punkt hakte die NS-Propaganda in Wien ein. Zu ihrem Inhalt gehörte der Hinweis auf die vergleichsweise gute wirtschaftliche Lage, die Beseitigung der Arbeitslosigkeit und die Quasi-Sozialpolitik im „Altreich“, das wohl wirkungsvollste „rationale“ Argument. Stark wirksam muss auch die Verheißung der Überwindung gesellschaftlicher und politischer Gegensätze in der „Volksgemeinschaft“ gewesen sein, was in der doppelten Nach-„Bürgerkriegs“-Situation Wiens (nach dem 12. Februar und dem 25. Juli 1934) vor allem von jenen, die in politisch-sozialen Mehrfachbindungen standen, als befreiend empfunden worden sein dürfte. Insbesondere an die gebildeten Schichten richtete sich die nationalistische Komponente des Nationalsozialismus, die Erfüllung des früheren österreichischen Anschluss-Wunsches und der aus dem Zusammenbruch des Habsburgerreiches übrig gebliebenen Sehnsucht nach außenpolitischer Geltung; auch dies war ein starkes Motiv, für den „Anschluss“ zu stimmen. Das im Rest-Österreich nach 1918 eingetretene staatliche „Minderwertigkeitsgefühl“ mochten die Demonstrationen massiver militärischer Stärke bedienen; sie mussten jedoch allen einigermaßen Sensiblen klar machen, dass das Deutschland Hitlers auf einen großen Krieg zusteuerte. Als innenpolitische Feindattrappe zur Stiftung des Gemeinschaftsgefühls wurde der „Jude“ aufgebaut, in der national-sozialistischen Ideologie die Verkörperung alles Schlechten, vom Börse-Kapitalisten bis zum bolschewistischen Revolutionär, vom Kinderschänder bis zum Volkszer-setzer, Volksverhetzer und kritischen Intellektuellen. Politisch vorrangigste Feindbilder waren jedoch in dieser Phase die Führer des „Ständestaates“, die Habsburger und die Monarchisten. Betont versöhnlich gab man sich der „marxistischen“ Arbeiterschaft und nach außen hin dem Katholizismus gegenüber. Praktisch waren diese Motivationsstränge nicht voneinander zu trennen; in dieser Phase für den „Anschluss“ und für Hitler zu sein, bedeutete nicht automatisch, nationalsozialistisch eingestellt zu sein. Der Führerkult war so etwas wie der archimedische Punkt der Propaganda. Als Orientierungshilfe für die zahlreichen sozial und politisch verunsicherten Existenzen der Zwischenkriegszeit erfüllte er wesentliche Kittfunktion in diesem Gemisch unterschiedlichster Programmpunkte, das fast allen etwas versprach und keiner einflussreichen oder zahlenmäßig starken sozialen Gruppe im Inneren – die Juden wurden bewusst außerhalb der Gesellschaft gestellt – weh zu tun schien.

4. Die Inhalte der Propaganda wären nicht im tatsächlichen Umfang wirksam geworden, hätte sich der Nationalsozialismus nicht einer hochentwickelten Propa-

gandatechnik bedient. Als „Gesamtkunstwerk“ sprach sie möglichst alle Sinne gleichzeitig an.

Auf diesem Gebiet hegt zweifellos eine spezifisch nationalsozialistische Leistung vor. Im Jahr 1938 waren großen Propagandareden der Parteiführer meist sorgfältig nach dramaturgischen Gesichtspunkten aufgebaut wie noch nie zuvor und auch die einzelnen Massenveranstaltungen ahmten liturgische und dramatische Formen nach. Man vermeint darin manchmal die langen Steigerungen der von Hitler verehrten Wagner-Opern und Bruckner-Symphonien zu erkennen. So war die ganze Propagandakampagne in Wien „durchkomponiert“: aufsehenerregender Auftakt mit einer ersten Steigerung, dann ein leichtes Abschwellen und schließlich vom „Führer“-Stellvertreter vorbereitetes Finale „mit größter Wucht“ in einer Rede Hitlers. Die Propagandakampagne nahm in den letzten Tagen durch Beflagung, Dekorierung von Hausfassaden, öffentlichen Verkehrsmitteln und Arbeitsstätten, durch die Aufstellung so genannter Pylone und zahlloser „Führerbilder“, durch Film- und Musikvorführungen, Aufmärsche und Kundgebungen etwas von einem „Gesamtkunstwerk“ an, das in ganz Wien aufgeführt wurde.

Durch die intensive Verwendung modernster technischer Mittel wurde dies alles einem so breiten Bevölkerungskreis vermittelt wie bis dahin noch nie in der Geschichte: Rundfunk, Lautsprecher und Abwerfen von Flugzetteln durch Flugzeuge neben den älteren Medien Plakat, Broschüren und Presse sowie eine flächendeckende Verteilung von Flugblättern und anderem Propagandamaterial etwa durch Schaffner an ihre Fahrgäste. Aber auch raffinierte Methoden politischer Beeinflussung wie Hausbesuche durch NS-Frauenschafts-Frauen, Indoktrination der Eltern über den Umweg ihrer schulpflichtigen Kinder sowie „Flüsterpropaganda“ ergänzten die herkömmliche Massenversammlung.

5. Das letzte erklärende Element des Propagandaerfolgs, keineswegs aber das unwichtigste, da es die technischen Mittel erst zum Einsatz brachte, ist das der Organisation. Dabei war die Organisation, die den technischen Ablauf der „Volksabstimmung“ vorbereitete und durchführte, weitgehend identisch mit jener, die für die Propaganda zuständig war, das heißt: mit der noch in vielem chaotischen, aber im Wiederaufbau befindlichen NSDAP. Da der staatliche und kommunale Behördenapparat allein nicht zu einer termingerechten Erstellung der Stimmlisten imstande gewesen wäre, sprang die Parteiorganisation helfend ein. Es war eine beachtliche Leistung, dass es Bürckel innerhalb weniger Tage gelang, aus dem losen und zerstrittenen Netz der illegalen „nationalen Opposition“ ein schlagkräftiges Instrument zu schaffen, das Gerüst für den erst später zu reorganisierenden NSDAP-Apparat. Diese Wahlorganisation glich in ihrem hierarchischen Aufbau der Parteiorganisation, angefangen von dem Amt des „Beauftragten des Führers für die Volksabstimmung“, von den „Gauwahlleitern“ und „Kreiswahlleitern“ bis zu den „Orts-, Block- bzw. Zellen-Wahlvertrauensmännern“. Die Wahlorganisation verzweigte sich sogar noch eine Stufe tiefer als üblicherweise die NSDAP: in den Miethäusern gab es noch „Haus-Wahlvertrauensmänner (-frauen)“. Die Aufgabe dieses dichten Netzes war es, den „letzten Volksgenossen“ zum Bekenntnis zu „Großdeutschland“ zu gewinnen – durch Information über den Ablauf der Wahl, durch Hinweis auf bevorstehende Propagandaveranstaltungen und Rundfunksendungen, durch Beeinflussung im (wiederholten) persönlichen Gespräch sowie durch Kontrolle über die Stimmabgabe und durch „Schleppdienst“ am Abstimmungstag. Da alle andere Parteiarbeit zurückgestellt

werden musste und viele neue Nationalsozialisten („Märzveilchen“) ihre Überzeugung erst unter Beweis stellen wollten, arbeitete dieser Apparat auf allen Ebenen mit höchstem Einsatz.

Das Ergebnis war, dass bis zum 10. April eine starke Mobilisierung der Bevölkerung auf breitester Basis eintrat, was im Zusammenspiel mit den anderen Momenten der Propagandakampagne zur Erzielung eines 99-prozentigen Ergebnisses durchaus ausreichend sein konnte. Als Nebeneffekt wurde die „Umbruch“-Aggressivität umgelenkt, ein Gefühl der Integration in die „deutsche Volks- und Schicksalsgemeinschaft“ geweckt und der Kern der zukünftigen Parteiorganisation geschaffen. Damit wird sich das folgende Kapitel beschäftigen.

5. Autoritär-ordnungsstaatliche Herrschaftssicherung (Zusammenfassung)

Man kann das innere Machtgefüge des Dritten Reiches, wie in der Einleitung skizziert, durch ein kompliziertes Mit- und Gegeneinander von – idealtypisch formuliert – autoritär-ordnungsstaatlichen Stabilisierungsfaktoren und spezifisch nationalsozialistischen „Bewegungs“-Kräften bestimmen. Beide Tendenzen sind als der für die nationalsozialistische Herrschaft so charakteristische Dualismus von Staat und Partei (Ernst Fraenkel) seit Langem grob schematisiert erfasst. Das Verhältnis der beiden rivalisierenden und oft einander ergänzenden Faktoren, die durch die gemeinsame Gegnerschaft gegen Demokratie, Juden und Arbeiterbewegung verbunden waren, ist jedoch in der Geschichte des Dritten Reiches nicht ein für allemal starr bestimmbar, vielmehr handelt es sich um ein dynamisches Gleichgewicht mit wechselnder Gewichtung. Nachdem in der Phase der Machtübernahme in Deutschland sowie in stark abgeschwächter Form in Österreich im Frühjahr 1938 das Element der „Bewegung“ starker in den Vordergrund getreten war, erfolgte in Deutschland nach wenigen Monaten, in Österreich nach wenigen Tagen und Wochen ein Pendelschlag in die entgegengesetzte Richtung, der die „revolutionären“ Prozesse zum Stillstand brachte.⁷⁹ Bis etwa 1937 befanden sich im „Altreich“ beide Tendenzen annähernd in einem Gleichgewichtszustand, der erst im Gefolge sich vermehrender Krisenerscheinungen im inneren Wirtschafts- und Herrschaftsgefüge⁸⁰ zu einem Wiederaufleben der nun expansionistisch gerichteten Dynamik des Regimes und zu einer zunehmenden inneren Machtverlagerung auf den Bewegungs-Faktor des Systems führte.⁸¹

Der „Anschluss“ Österreichs selbst gehört schon in die Anfangsphase der gesteigert auflebenden Dynamik des nationalsozialistischen Systems im „großdeutschen“ Maßstab. Wie schon gezeigt, kam es in Wien aber bereits vor und während der „Volksabstimmung“-Propaganda zu einem Stoppen jenes dynamischen Prozesses, der als „Revolution von unten“ bezeichnet wurde, und zur Stabilisierung der

⁷⁹ Vgl.: Broszat, Staat Hitlers, S. 423 ff.

⁸⁰ Timothy W. Mason: Innere Krise und Angriffskrieg 1938/1939, in: Forstmeier/Volkman, Wirtschaft und Rüstung, S. 158-188; Timothy W. Mason: Labour in the Third Reich, S. 126 ff.

⁸¹ H. Mommsen, Verschränkung traditioneller und faschistischer Führungsgruppen, S. 157 ff.

Herrschaft auf der Grundlage relativ wenig veränderter vor-nationalsozialistischer Strukturen. Während im Hintergrund, eingebettet in den heraufziehenden Systemwandel des Dritten Reiches und die bald offenkundig werdende Radikalisierungsdynamik des Regimes, die Weichen für die künftige „Ostmark“-Politik gestellt wurden und damit die endgültige Entscheidung über die Stellung Wiens fiel, konnte sich hier vorübergehend die autoritär-ordnungsstaatliche Version der nationalsozialistischen Herrschaft durchsetzen. Diese Phase wahrte etwa bis Herbstbeginn 1938, in einzelnen Sektoren wie der Gemeindeverwaltung auch bis Frühjahr 1939. In ihr vollzog sich in beachtenswert kurzer Zeit das, was man in der Sprache der Zeit den „Aufbau des Nationalsozialismus“ nennen kann.

Politik in Wien vollzog sich dabei im Spannungsfeld von verschiedenen politischen Instanzen auf unterschiedlichen Ebenen des Staatsaufbaus. Peripherie-Zentrum-Konflikte ergaben sich zwischen den Trägern politischer Macht auf „Reichs“- und auf „ostmärkischer“ Ebene. Aber auch innerhalb des regionalen Bereichs war das Verhältnis zwischen der in Abbau befindlichen, rein staatlich verankerten Instanz des Reichsstatthalters in Österreich (Seys-Inquart) und dem in zunehmendem Maß vordringenden Machtkomplex des Reichskommissars Bürckel der ab 23. April 1938 die staatlichen mit den parteimäßigen Leitungsfunktionen in der gesamten „Ostmark“ in sich vereinigte, alles andere als harmonisch; zusammen mit seiner Gauleiter- bzw. Reichskommissarfunktion in der Pfalz und im Saarland und seiner „Führerunmittelbarkeit“ verfügte er über eine in dieser Zeit im Dritten Reich unterhalb der Zentralinstanzen einmalige Machttagglomeration, die manchem Reichsminister die Stirn bieten konnte. Ebenso standen auf der „Reichs“-Ebene die meisten staatlichen Zentralbehörden mit den obersten Parteistellen im Kampf gegeneinander um Einfluss auf die österreichischen Verhältnisse. Im Schatten der Macht Bürckels, der zunächst mit „ostmärkischen“ und Wiener Parteiangelegenheiten sowie mit ständigen Kompetenzkämpfen mit den Reichsministerien weitgehend ausgelastet war, konnte die Stadtverwaltung unter Bürgermeister Neubacher sogar eine gewisse eigenverantwortliche Tätigkeit entwickeln, relativ unbehelligt von ständigen Interventionen der NSDAP, durchaus aber auch im Sinn einer Radikalisierung der von Wien ausgehenden Impulse auf das Gesamtreich.

Da schon sehr bald der Abbau der österreichischen Hauptstadtfunktionen Wiens vorgegeben war und feststand, dass Wien nach dem Wunsch Hitlers eine in vielerlei Hinsicht zweitrangige Großstadt im „Großdeutschen Reich“ sein würde, waren auch den Planen nationalsozialistischer Wien-Politik relativ enge Grenzen gesteckt. Die tatsächlich erstrangige Bedeutung erlangende Rolle Wiens in der Südostpolitik des „Reiches“ soll erst im nächsten Kapitel gestreift werden. Im Zusammenhang dieses Kapitels standen nur die sieben Problemkreise: Parteifragen, Bürokratie, „Judenpolitik“, Stadtentwicklung und Stadtverwaltung, Bewältigung wirtschaftlich-sozialer Probleme im Zusammenhang mit der Arbeitnehmerschaft und der „Volksgemeinschaft“ sowie das Verhalten der Bevölkerung zur Erörterung. Wirtschaftspolitik im eigentlichen Sinn und die eben falls besonders bewertete Kulturpolitik mussten auf Grund der politikgeschichtlichen Anlage der Arbeit von vornherein außer Betracht bleiben.

1. Die Ausgangslage für den Aufbau der NSDAP wurde in Wien von den maßgeblichen Stellen allgemein als äußerst ungünstig angesehen. Schon Hitler hatte in „Mein Kampf“ die „Riesenstadt als die Verkörperung der Blutschande“ und in jeder

Hinsicht als das Gegenteil der „deutschen Stadt“ (München)⁸² gesehen, was in den Augen der nationalsozialistischen Rassisten den Erfolg ihrer Politik per se erschwerte. Dann gab es hier auch eine breite rebellische Strömung an der Parteibasis, Cliquesbildungen und Fraktionskämpfe in einer Stärke wie sonst nirgendwo in Österreich. Diese in deutschen Parteikreisen geradezu berüchtigten Wiener Zustände gingen auf eine starke Heterogenität der sozialen Zugehörigkeit der Parteimitgliedschaften im Zusammenhang mit den Entwicklungsstadien der NSDAP und auf die wiederholte Ablösung von Wiener oder gesamtösterreichischen NS-Führer-Garnituren zurück. Jede Ablösung, ob sie nun durch das Eingreifen Hitlers erfolgte oder eine Konsequenz der Abwehrmaßnahmen des „Ständestaates“ war, hatte eine mit der neuen Führung unzufriedene Gruppe hinterlassen, die Anspruch auf Führungsaufgaben und -ehren erhob, etwa die „Uralt-Nazi“-Clique von Alfred Eduard Frauenfeld und die Leopold-Gruppe. Daneben bestand in besonderer Schärfe die Rivalität von SA und SS aus der Zeit der Illegalität weiter, während die nach Deutschland geflüchteten terroristischen Militanten nach ihrer Rückkehr generell große Ansprüche erhoben, jedoch ihren organisatorischen Rückhalt in Wien eingebüßt hatten. Hinter all dem stand das in Wien besonders drückende Problem des „alten“ wie des „neuen Mittelstands“, der das Gros der Parteimitgliedschaft stellte. Aber auch ein (gemessen am innerparteilichen, nicht am gesamtgesellschaftlichen Anteil) relativ starker „sozialrevolutionärer“ nationalsozialistischer Arbeiternehmerflügel einerseits und eine dem gehobenen Mittelstand zuzurechnende stark katholisch-konservativ geprägte Akademikergruppe, die zum Teil nicht einmal die formelle Parteimitgliedschaft besaß, erhöhten die innerparteiliche Zerrissenheit.

Was die Reorganisation der Partei in Wien noch schwieriger machte, war die Vorstellung der führenden deutschen Nationalsozialisten, dass es sich bei Wien nicht um irgendeinen Gau handelte, sondern um einen Art, der von den Problemen einer starken (ehemals und immer noch) „roten“ Arbeiterschaft, von einem relativ hohen jüdischen Bevölkerungsanteil und von der überwiegend „fremdvölkischen“ Abstammung eines Großteils der Wiener Bevölkerung gekennzeichnet war. Von Wien aus waren auch besondere „volkstumpolitische“ Aufgaben in der nahen Tschechoslowakei und in ganz Südosteuropa zu erfüllen. Und überdies musste die für Österreich und damit auch für Wien geplante besonders starke Führungs- und Kontrollaufgabe der Partei über den staatlichen (und kommunalen) Sektor ganz ungewöhnliche Anforderungen an die Parteiorganisation stellen. Reichskommissar Bürckel, der sich diesen Aufgaben in Wien mit besonderem Eifer widmete, versuchte sein Ziel auf eine vierfache Weise zu erreichen: a) durch den Aufbau eines straffen und auf den unteren Ebenen in den Arbeiter- und Tschechenvierteln (Favoriten) besonders dichten – und in dieser Hinsicht einmaligen – Organisationsnetzes; b) durch einen innerparteilichen Zentralismus, der die Gliederungen und angeschlossenen Verbände aufs Engste an die Politische Organisation der Partei binden sollte; c) durch eine sonst nirgendwo übliche zahlenmäßige Stärke der Partei von geplanten 20 Prozent Parteigenossen an der Gesamtbevölkerung (!), was allerdings gleich zu Beginn nicht bloß am Einspruch des Reichsschatzmeisters scheiterte; d) und schließlich durch einen „starken“ und politisch aktiven Gauleiter unter seiner

⁸² Hitler, Mein Kampf, S. 135 und 138; vgl. auch: Stadler, Provinzstadt, S. 13 ff.

Kontrolle. Dass sich die Besetzung des Wiener Gauleiterpostens mit Globocnik schon bald als Missgriff herausstellte, ging nur zum Teil auf Bürckels Konto; denn Hitler (mit Himmler) hatte hier mitgemischt, wie sich der „Führer“ auch in Partei-belangen immer wieder besonders um Wien kümmerte. Ein angeschlossener Verband wie die DAF drohte schließlich sogar, die Partei von sich finanziell und organisatorisch abhängig zu machen, was beweist, wie wenig die örtliche NSDAP ihre Führungsfunktion tatsächlich erfüllen konnte. Doch auch die von oben her aufgezogene straffe Parteiorganisation, an deren Schlüsselstellung Bürckel seine deutschen Vertrauensleute unterbrachte, konnte erst recht die „Basis“ nicht zufriedenstellen und in den Griff bekommen, wie das nächste Kapitel zeigen wird.

2. Die kommunale und staatliche Beamtenschaft wurde wie auch sonst im Dritten Reich, das auf eine funktionierende Bürokratie angewiesen war, personalpolitisch weitgehend geschont. Abgesehen von den 1938 mit „Vaterländischen“ besetzten Spitzenpositionen und den wenigen „untragbaren“ politischen Gegnern in subalternen Positionen wurden wirklich radikal nur alle jene Beamten entfernt, die jüdischer Abstammung waren. Insgesamt dürften bloß etwa 10 Prozent der Beamten entlassen worden sein, wie in der Gemeindebürokratie nachgewiesen wurde; zur Auffüllung einer größeren Lücke wäre der Nationalsozialismus von seinem fachlichen Potenzial her offensichtlich nicht imstande gewesen. Die überwiegend „unpolitische“ oder ideologisch im Sinn der ehemaligen drei größten politischen Parteien (Sozialdemokraten, Christlichsoziale, Großdeutsche) eingefärbte Beamtenschaft, durch verschiedene Pressionsmittel verängstigt, lohnte die Schonung durch Anpassung und loyale Mitarbeit. Nichtsdestoweniger verkörperte sie neben Militär, Justiz und Wirtschaftsführung das ordnungsstaatlich-stabilisierende Element im innenpolitischen System, das gerade durch sein technokratisches Wissen und seine partielle Zielkonkordanz auch bei der inneren und äußeren Radikalisierung des NS-Regimes instrumentell werden sollte. Bürgermeister Neubacher und Seyss-Inquart waren die Exponenten dieser Richtung in Wien, aber auch in leitenden und mittleren Funktionen von der Bauabteilung bis zum Gesundheitsamt gab es „willige“ und „kreative“ Mitwirkende.

3. Die ordnungsstaatliche Tendenz wurde in dem hier erörterten Zeitraum gerade auch in der antijüdischen Politik wirksam. Einerseits ließ die noch nicht ganz aufgegebene außenpolitische Rücksichtnahme des Dritten Reiches im Frühjahr 1938 eine Abstellung der pogromähnlichen Zustände und eine „legale“ Abwicklung der „Entjudung“ Wiens ratsam erscheinen, andererseits – und noch viel mehr – erforderte die Rücksichtnahme auf die Funktionsfähigkeit der aufrüstungsorientierten Wirtschaft, insbesondere der großen und exportorientierten, einen geregelten Ablauf der „Arisierungen“. Allein schon bei den „wilden Arisierungen“ der Klein- und Kleinstunternehmungen der ersten Wochen ging genügend produktives Kapital verloren; umso mehr Wert legten Göring und der von ihm verpflichtete Bürckel darauf, dass die „Arisierung“ des Finanzsektors und der Großindustrie in anderen Bahnen verlief, und zwar in die Hände florierender, meist „reichsdeutscher“ Großunternehmungen und -banken.

Die Ausgliederung der Juden aus dem öffentlichen Leben, aus der Privatwirtschaft und aus den Schulen, ihre finanzielle Ausbeutung und zunehmende private Diskriminierung wurden ab Ende April 1938 allmählich reichsgesetzlich auf eine „legale“ Basis gestellt, sofern die Wiener Realität in den „Umbruch“-Tagen dem

„Recht“ vorausgeeilt oder eine nur „ostmärkische“ gesetzliche Regelung erfolgt war, Die in Wien nach einer eigenen, beschleunigten Logik abrollende Judenverfolgung wurde im Jahr 1938 durch die auch im gesamten Deutschen Reich wieder in Bewegung kommende Judenpolitik überlagert. Die Lage der Wiener Juden bloß nach den geltenden Gesetzestexten zu beurteilen, wäre daher irreführend. Antisemitische Maßnahmen der nationalsozialistischen „Basis“ und Verordnungen des Reichsstatthalters, des Reichskommissars oder des Bürgermeisters waren oft schon Wochen oder Monate vorher erfolgt.

So ging auch die Gründung der so genannten „Vermögensverkehrsstelle“ von Wiener Initiativen (wahrscheinlich von der Stadtverwaltung) aus und erreichte innerhalb weniger Wochen eine Bürokratisierung der bis dahin „wild“ verlaufenden „Arisierungen“. Das hier entwickelte Modell der durchrationalisierten „legalen“ Beraubung von Juden, das einerseits die öffentliche Hand und die „Arisiere“ gleichermaßen begünstigte und andererseits die jüdischen Eigentümer – durch diverse Verfügungsbeschränkungen und Abgaben längerfristig – maximal dispossedierte, wurde reichsvorbildlich. Es wurde erstmals in der „Vermögensverkehrsstelle“ realisiert. Anders als in der herkömmlichen Literatur, die Eichmanns „Zentralstelle“ betont, ist ihr eine höhere Bedeutung für die weitere Entwicklung der antijüdischen Politik nicht nur in der „Ostmark“, sondern auch im gesamten Dritten Reich beizumessen. Die damit in Wien gemachte Innovation der administrativen „Entjudungs“-Politik des Dritten Reiches hatte jedoch auch eine wichtige regionale strukturpolitische Dimension insofern, als sie Auflösung bzw. Weiterbestehen von „jüdischen Unternehmungen“ an eine bestimmte Größenordnung (Vermögen von RM 5.000) band und damit zu einem Instrument der Mittelstandspolitik und wirtschaftspolitischen Rationalisierung wurde. Als solches erfasste dieses auch (tendenziell) nicht-jüdische Klein- und Kleinstbetriebe und entwickelte ein Modell, das nicht nur auf das „Altreich“ übertragen wurde, sondern auch Eichmanns „Zentralstelle“ inspirierte. Dasselbe Vorseilen der Judenpolitik in Wien dem „Altreich“ gegenüber zeigte sich auch in der von Eichmann in perfekter Weise in der „Zentralstelle für Jüdische Auswanderung“ organisierten Abschiebung (Zwangsemigration) der Wiener Juden ins Ausland. Diese Zentralstelle vereinte im Grund zwei „Erfindungen“: einerseits das Prinzip einer (von Eichmann implementierten) fließbandartigen Verwaltungsrationalisierung in den Händen der Gestapo und andererseits das Prinzip der „Vermögensverkehrsstelle“, indem Eichmann in der „Zentralstelle“ die Auswanderungsgebühren und -kosten der mittellosen oder mittellos gemachten Juden durch Unterstützungen seitens ausländischer jüdischer Organisationen oder reicher Juden aufbringen ließ und sich dabei der Mitarbeit inländischer jüdischer Organisationen und Vertreter bediente und somit die zu Vertreibenden an der Vorbereitung und Durchführung der „Auswanderung“ beteiligte. Dieses Verfahren, die Opfer selbst gezwungenermaßen an ihrer Verfolgung und deren Finanzierung mitwirken zu lassen, war im Kleinen schon ab April 1938 im Burgenland Praxis gewesen⁸³ und wurde unter Mitwirkung von Wiener (und niederösterreichischen) Verwaltungsstel-

⁸³ Gerhard Baumgartner u.a.: „Arisierungen“, beschlagnahmte Vermögen, Rückstellungen und Entschädigungen im Burgenland: Bundesländervergleich Burgenland, Oberösterreich, Salzburg (Veröffentlichungen der Österreichischen Historikerkommission, Bd. 17.3), Wien 2004, S. 16 f.

len zwischen dem Reichskommissar und der Gestapo erstmals in Wien etabliert. Selbstfinanzierung und zentralisierte Abwicklung des ganzen Vertreibungs-Vorganges wurden im großen Maßstab für die weitere Judenverfolgung des Dritten Reiches und für die „Karriere“ Eichmanns bestimmend.

Der ungeheure finanzielle Gewinn, den „große“ und „kleine“ Privatleute und das „Reich“ aus der „Entjudung“ zogen, lasst in Wien oft die – dennoch bestehenden – rassistischen gegenüber den wirtschaftlich-materiellen Motiven des Antisemitismus verblassen. Ebenso diente die Verfügung von weitreichenden Berufsverboten sowie die Entlassung der Juden aus dem öffentlichen Dienst und aus der Privatwirtschaft⁸⁴ der raschen Unterbringung arbeitsloser „Partei- und Volksgenossen“. Auf andere Formen der Befriedigung unmittelbar materieller Bedürfnisse nichtjüdischer Gruppen aus der Judenverfolgung ist später noch zurückzukommen.

4. Den nationalsozialistischen Plänen für eine Entwicklung der Stadt ließ die eingeeengte Bedeutung Wiens relativ wenig Spielraum, vergleicht man damit die in deutschen Städten vergleichbarer Größenordnung um 1937 und insbesondere in den „Führerstädten“ (auf österreichischem Gebiet nur Linz) beobachtbare umfangreiche Planungstätigkeit. Dennoch spielten großartige Visionen von einer nationalsozialistischen Zukunft Wiens als „Tor Deutschlands zum Osten“ nicht nur 1938/39 eine bedeutende, wohl überwiegend als Ersatz für den realen Bedeutungsverlust gedachte Rolle in den programmatischen Reden aller NS-Führer, die für die Wienpolitik zuständig waren. Der Stadt wurde in Anklang an den sentimental überhöhten Glanz der Habsburger-Metropole oder im Vergleich mit Hamburg eine neue wirtschaftliche und kulturelle Blüte vorausgesagt. Dass dahinter ganz konkrete handels-, außen- und militärpolitische Überlegungen standen, zeigte sich bald während der schrittweisen Expansion des „Großdeutschen Reiches“ in einen „Ergänzungsraum“ nach Ost- und vor allem Südosteuropa. Dennoch gab es auch in Wien Pläne einer großzügigen Stadterneuerung im Sinn nationalsozialistischer Repräsentationsarchitektur und Stadtplanung. Eine großzügige Wohnbaupolitik, auf die noch zurückzukommen ist, sollte die Umsiedlung ganzer Arbeiterwohnbezirke in Gartenstädte und Stadtrandsiedlungen ermöglichen – in Anlagen also, die ein Ausfluss der antiurbanistischen Ideologie des Nationalsozialismus und der Furcht vor der geschlossenen Arbeiterschaft waren.

Als Voraussetzung dafür wurde das Wiener Stadtgebiet um das Mehrfache seines bisherigen Umfangs erweitert – der einzige vom Nationalsozialismus voll verwirklichte Punkt seines Wienprogramms. Da sich im Planungsstadium die Vertreter einer Entstädterung der Großstadt Wien durch eine exzessive Eingemeindung rein agrarischer Gebiete gegenüber der technokratisch orientierten Richtung in der Stadtverwaltung und im „Reich“ nicht durchsetzen, kann man die zustande gekommene Lösung den damaligen politischen Gegebenheiten entsprechend als angemessen bezeichnen. Ein Teil der Eingemeindungen wurde daher auch nach 1945 aufrechterhalten, da die Stadt funktionalen Stadtgrenzen Wiens schon vor 1938 eng geworden waren. Die politisch-administrative Lage der Stadt veränderte sich bis Ende 1938 nach der Abstellung der ersten Eingriffe im März nicht grundlegend,

⁸⁴ Vgl. allg.: Alexander Mejstrik u.a.: Berufsschädigungen in der nationalsozialistischen Neuordnung der Arbeit. Vom österreichischen Berufsleben 1934 zum völkischen Schaffen 1938-1940 (Veröffentlichungen der Österreichischen Historikerkommission, Bd. 16), Wien 2004.

sieht man von den internen Folgeproblemen der Stadterweiterung ab. Entsprechend der etatistisch-autoritären Seite des nationalsozialistischen Herrschaftssystems verstand es Bürgermeister Neuhacher mit Unterstützung der übernommenen Bürokratie durchaus, mit den bestehenden Strukturen auszukommen und sie den Gesamtzielen des Dritten Reiches dienstbar zu machen. Die „ständestaatlich“-autoritäre Führungsstruktur) die nach dem „Anschluss“ nur noch zugespitzt zu werden brauchte, kam dem Stadtoberhaupt dabei zunächst durchaus entgegen. Auf Grund seiner damals nach persönlich gut abgesicherten Stellung bei den Autoritäten des „Reiches“ und der Auslastung Bürckels mit den Aufgaben der Eingliederung und Auflösung Österreichs, aber auch infolge der Schwäche und Gespaltenheit der Wiener NSDAP konnte Neubacher sogar die lokalen Führungsansprüche der Monopolpartei in seinem Bereich zurückweisen und einen geordneten Verwaltungsablauf in der Stadt wieder voll herstellen. Bis zu einem gewissen Grad kann man den Zeitraum bis Frühjahr 1939 in Wien als Verwirklichung der bürokratisch-autoritären Version der nationalsozialistischen Selbstverwaltungstheorie, zugespitzt auf die Person des Gemeinde-„Führers“, ansehen.

5. Ein Gesamturteil über die soziale Lage der lohnabhängigen Gruppen nach dem „Anschluss“ wird einerseits erschwert durch den – von Ausnahmen wie E. Tálos und F. Butschek abgesehen – immer noch bestehenden Mangel an konzeptioneller und empirischer Forschungsarbeit auf diesem Gebiet, andererseits durch die kaum überwindliche methodische Schwierigkeit, ganz unterschiedliche Dinge wie Lohnhöhe, betriebliche Wohlfahrtseinrichtungen, soziale Sicherheit, politische und gewerkschaftliche Rechte etc. auf einen Nenner bringen zu müssen. Je nach der Bewertung dieser Bereiche und im Übrigen je nach dem selbst vor 1939 wechselnden Kontext der innen- und außenpolitischen Lage des Dritten Reiches wird auch das Urteil ausfallen – ein Problem, um das auch die einschlägigen Arbeiten über die sozialen Auswirkungen des Nationalsozialismus im Allgemeinen nicht herumgekommen sind.

Ein zweifellos echter Erfolg – und wirtschafts- und sozialpolitisch sein größter – gelang dem Nationalsozialismus auf dem Gebiet der Arbeitsbeschaffung, wenn auch hier nicht alles ganz ohne Friktionen ablief. Schon nach wenigen Monaten kam es zu einem raschen Sinken der Arbeitslosenzahlen und innerhalb von ein- und einhalb Jahren war die Arbeitslosigkeit in Wien praktisch vollkommen beseitigt. Allerdings darf man dabei nicht übersehen, dass der „Anschluss“ Österreichs zu einem Zeitpunkt erfolgte, als die Rüstungskonjunktur in Deutschland einen Bedarf von etwa einer Million Arbeitskräften erzeugt hatte und das österreichische Arbeitskräftepotenzial dringend benötigt wurde. Somit war die Beseitigung der Arbeitslosigkeit in Wien nicht eine primäre Auswirkung regionaler nationalsozialistischer Sozial- und Wirtschaftspolitik, sondern ein Effekt der Einbeziehung in eine rasch expandierende Rüstungswirtschaft.

Ähnliches gilt für den lohnpolitischen Sektor, wenngleich hier das Bild selbst in der für das Dritte Reich günstigsten Periode Wiens (bis Sommer 1938) uneinheitlich ist. In allen von den wirtschaftlichen Kriegsvorbereitungen profitierenden Wirtschaftszweigen, vor allem in der Metall-, Eisen- und Bauindustrie, erlangte die Wiener Arbeiterschaft durch den „Anschluss“ deutliche Besserstellungen, in den konsumorientierten Erzeugnissen aber in einem viel bescheideneren Ausmaß oder überhaupt nicht. Auch profitierten qualifizierte Arbeitskräfte mehr als unqualifizier-

te. Im öffentlichen Dienst scheinen sich für die Beamten der staatlichen Verwaltung Verbesserungen ergeben zu haben, nicht aber für die Gemeindebediensteten. Das bald erfolgende stärkere Steigen der Preise, der einsetzende schleichende Qualitätsverlust vieler Waren – oder ihr Verschwinden aus dem Angebot – sowie schließlich die Einführung neuer finanzieller Belastungen in Österreich von staatlicher wie Partei-Seite schmälerten den anfänglichen Reallohnanstieg ab Herbst 1938 bzw. Anfang 1939 wieder oder verkehrten ihn bei den benachteiligten Berufsgruppen in sein Gegenteil. Somit kann davon ausgegangen werden, dass im Frühjahr und Sommer 1938 der Lebensstandard der Wiener lohnabhängigen Bevölkerung tatsächlich anstieg, dass es danach aber zu Stagnation und schon vor Kriegsbeginn zu einem Rückgang des erreichten Niveaus kam. Dass Wien dabei ständig vergleichsweise schlechter abschnitt als die westlichen Bundesländer und die meisten Teile des „Altreiches“, entsprach dem innerösterreichischen wie dem „gesamtdeutschen“ West-Ost-Gefälle.

Ebenso uneinheitlich ist die Lage auf dem Gebiet der Sozialpolitik zu beurteilen. Auch hier gab es zweifellos manche Verbesserungen, die sich einfach durch die Anhebung auf das in vielen Sektoren (schon seit Bismarck) bestehende höhere deutsche Niveau ergaben. Dies war der Fall beim Sozialversicherungswesen, insbesondere bei dem der Arbeiter, bei der Familienpolitik, bei den betrieblichen und außerbetrieblichen Wohlfahrtseinrichtungen und teilweise auch bei der Arbeitsplatzgestaltung. Zum nicht geringen Teil waren diese Veränderungen auch nur rassistisch motivierte Gesellschafts- bzw. Bevölkerungspolitik. Dem standen empfindliche Verschlechterungen der Betriebsverfassung und des Arbeitsrechts, eine Erhöhung des Arbeitstempos und der Arbeitszeit und vor allem eine beginnende Lebensmittel- und Konsumartikelknappheit gegenüber. Auf die noch zunehmende Wohnungsnot in Wien ist erst in Buchkapitel IV „Fragwürdiger Frieden“ einzugehen.

Grab verallgemeinernd kann man sagen, dass die ersten Monate nach dem „Anschluss“ zu einer tatsächlichen Erhöhung des Lebensstandards der Lohnabhängigen führten, die in einer zweiten Phase etwa ab Herbst 1938 zum Stillstand kam oder sogar wieder teilweise zurückgenommen wurde. Da die hier behandelten Vorgänge zu sehr ineinander greifen, wurden sie, auch wenn sie erst in der folgenden Periode liegen, schon im Rahmen dieses Kapitels im Zusammenhang mit „Volksgemeinschaftspolitik“ als „deutschem Sozialismus“, woraus sich immanent ein Trend zur „progressiven Radikalisierung“, der zunehmenden politischen Aggressivität und „fortgesetzten Verschärfung der gegen Juden, Geisteskranke, Asoziale etc. gerichteten Maßnahmen“⁸⁵ besonders nach Beginn und Verschärfung des Kriegs ergab, zusammenhangend erörtert.

Die Absicht der nationalsozialistischen Staats- und Wirtschaftsführung war es, durch den Anreiz mit höheren Verdiensten und durch vielfältige sonstige Belohnungen die Arbeiterschaft politisch zu integrieren („nationalisieren“) und zu Leistungssteigerung in der kommenden „Arbeitsschlacht“ anzuhalten. Dies gelang dem Dritten Reich in Wien bis zum Spätsommer 1938 unter dem unmittelbaren Eindruck der ersten Verbesserungen der Wirtschaftslage im Frühjahr und den noch

⁸⁵ Broszat, Staat Hitlers, S. 432-440.

rascher steigenden Erwartungen in eine weitere Verbesserung der Lebensbedingungen zweifellos. Der überwiegende Teil der Arbeiterschaft konnte zwar nicht weltanschaulich überzeugt werden, doch dem „Anschluss“ und den neuen politisch-sozialen Verhältnissen stand er abwartend, wenn nicht überhaupt positiv gegenüber. Er zeigte jedenfalls keine offen ablehnende Haltung. Erst im Herbst zeichnete sich eine (vorübergehende) Tendenz zur Haltungsänderung in der Arbeiterschaft ab⁸⁶, deren propagandistische Ansprache seitens des Regimes ebenfalls rasch eingeschränkt und durch Zwangsmaßnahmen ergänzt bzw. ersetzt wurde.

6. Ein spezifisches Problem Wiens stellten das zahlenmäßig weitaus überbesetzte Kleingewerbe und der Kleinhandel sowie die Einmann-Betriebe dar. Gerade der untere, „alte Mittelstand“ war eine der wichtigsten Säulen der nationalsozialistischen Bewegung gewesen. Diese sozialen Gruppen waren schon ab dem ausgehenden 19. Jahrhundert durch soziale Forderungen der Arbeiterschaft sowie durch finanzielle Abhängigkeit und Konkurrenzierung durch Finanzkapital und Großindustrie in eine bedrängte Lage geraten. An die Beraubung der Juden und an Ausschaltung von deren Konkurrenz hatten sie lang gehegte, nun enttäuschte Hoffnungen geknüpft. Nur wenigen der rund 25.000 „kommissarischen Verwalter“ meist kleinster jüdischer Unternehmungen in Wien war es möglich, sich durch die Übernahme eines jüdischen Betriebes tatsächlich eine Lebensstellung zu schaffen oder die Konkurrenzfähigkeit des eigenen Unternehmens zu erhöhen. Viele davon hatten das jüdische Betriebsvermögen schon verwirtschaftet, bevor Bürckel und Goring eingriffen, den überwiegenden Teil dieser Betriebe nicht zur „Arisierung“ freigaben und ihnen damit ein wirtschaftspolitisches Todesurteil aussprachen. Ihre Absicht war es, auf diese Weise eine betriebliche Strukturverbesserung herbeizuführen. Durch diesen Schritt wurden mit einem Schlag auch mehrere Tausend „arische“ Kleinhandler und Kleingewerbetreibende liquidiert, deren Zahl in der Weltwirtschaftskrise besonders angestiegen war. Den Vorteil aus diesen „mittelstandspolitischen“ Maßnahmen hatten die bestehen bleibenden Klein- und Mittelbetriebe und die Großunternehmungen. Die um ihre Hoffnungen betrogenen „Mittelständler“ nährten ab Herbst 1938 ein Potenzial politischer Unzufriedenheit innerhalb der Wiener Parteibasis und rund um diese.

7. Da die hier erwähnte politisch-soziale Unzufriedenheit des unteren, selbstständigen Mittelstandes ebenso wie die Ernüchterung der Arbeiterschaft erst ab Herbst 1938 einsetzten, waren auch die Aktionsbedingungen der politischen Gegner bis dahin äußerst begrenzt. Die erst langsam abflauende „Anschluss“-Begeisterung war eine der Determinanten für einen im Allgemeinen noch NS-freundlichen Kurs der katholischen Kirchenführer in dem hier behandelten Zeitraum. Das Scheitern der auf einen „Modus vivendi“ abzielenden Verhandlungen von Kirche und Staat noch im Sommer 1938 durfte daher ebenso auf einen internen Kompetenzkonflikt Bürckels mit dem Reichskirchenministerium wie auf eine (vom Vatikan geforderte) aktive Wendung zur Opposition auf der katholischen Seite zurückzuführen sein. Immerhin kam dieser Wendung Ende August schon eine kritischer werdende Massenstimmung im katholischen Kleinbürgertum entgegen. In der Arbeiterschaft,

⁸⁶ Tim Kirk: Nazism and the Working Class in Austria. Industrial Unrest and Political Dissent in the "National Community", Cambridge 1996, S. 48-67.

profitierend von der immer günstiger werdenden arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitischen Lage, zeigte sich ein leichtes Aufleben von systemkritischen Äußerungen, sozial- und lohnpolitischen Forderungen und selbst vereinzelt Protesten, die noch nicht mit breiter Oppositionshaltung oder Widerstand gleichzusetzen sind. Daran anknüpfen konnte die beginnende Tätigkeit kommunistischer, weniger sozialistischer, zunächst vor allem aber katholisch-konservativer Widerstandsgruppen.

Man muss also – vom Standpunkt des Dritten Reiches aus betrachtet – das erste knappe halbe Jahr als die erfolgreichste Periode nationalsozialistischer Herrschaft in Wien ansehen. In diesem Zeitraum gelangen dem Regime beachtliche äußerliche Erfolge in den sieben hier behandelten Teilbereichen seiner Politik und eine weitgehende Integration der so skeptisch betrachteten Wiener Bevölkerung. Die inneren Krisenerscheinungen brachen erst in der folgenden Periode auf.

6. Krisenerscheinungen und radikalisierte NS-Politik (Zusammenfassung)

Bereits im Sommer 1938 war die nationalsozialistische „Aufbauarbeit“ ins Stocken geraten. Sofern sie nicht schon von Anfang an im Zeichen des kommenden Krieges gestanden waren, wurden die großen Projekte in den zwölf Monaten vor dem Beginn des Zweiten Weltkrieges zunehmend teils beiseite geschoben, teils während der wiederholten außenpolitischen Krisensituationen entweder unter größtem Zeitdruck zu einem improvisierten Ende geführt oder noch öfter überhaupt abgebrochen und vertagt. Lediglich die verwaltungsmäßige Neuordnung wurde nach nationalsozialistischen Grundsätzen weiterbetrieben und halbwegs abgeschlossen. Eine Verschärfung der antijüdischen Politik und der Kirchenpolitik bereitete auch innenpolitisch die Kriegssituation vor. Sozial- und wirtschaftspolitisch traten bald vollends Stagnation und Rückschritt ein. Die von der Außenpolitik des Deutschen Reiches heraufbeschworene Kriegsgefahr öffnete vielen kurzfristig die Augen über ihre Zukunft im Dritten Reich.

Die politische Entwicklung in Wien (und im übrigen Österreich) war bislang infolge der unmittelbaren Auswirkungen des „Anschlusses“ in vielem abweichend von der großen Linie im übrigen „Großdeutschen Reich“ verlaufen. Sie wurde ab dem Spätsommer 1938 in einem wesentlich stärkeren Maß von der Eigendynamik des nationalsozialistischen Herrschaftssystems überlagert. Die wesentlich zu diesem System gehörenden radikalen Bewegungskräfte kamen nunmehr auch in Wien zum Durchbruch. Mit Entsetzen stellten daher die Vertreter der „gemäßigt“-bürokratischen Linie in der NSDAP und in der öffentlichen Verwaltung nach dem Novemberpogrom 1938 fest, dass nunmehr eine Richtung zum Durchbruch gekommen war, die unter Abkehr von bisher gepredigten Grundsätzen eine Politik betrieb, die in ihren Augen durch die „Entfesselung niedrigster Instinkte“ und die „Anzettlung eines Aufruhrs“ die Staatsautorität und die bestehende (bürgerliche) soziale Ordnung untergrub.⁸⁷

⁸⁷ Widerstand und Verfolgung, Wien, Bd. 2, S. 280; vgl. dieses Kapitel, „Antijüdische Politik“.

Nur vorübergehend hatten im Deutschen Reich vor dem „Anschluss“ die von den traditionellen Machträgern und sozialen Bündnispartnern des Nationalsozialismus getragenen ordnungsstaatlichen Kräfte die spezifisch nationalsozialistisch geprägten antiinstitutionellen Tendenzen innerhalb des Dritten Reiches im Zaum gehalten. Um das Jahr 1938 zeichnete sich das „Ende der konservativen Stilisierung und Mäßigung des Nationalsozialismus“ ab⁸⁸ und es zeigte sich das Aufleben eines neuen Terrorismus gegen soziale Minderheiten, Juden, „Fremdvölkische“ und Geisteskranke, aber auch gegen innenpolitische Gegner von den Kommunisten bis zu konservativen Katholiken. Die bürokratisch organisierten Herrschafts- und Kontrolllinien wurden zunehmend durch neu entstehende, untereinander und mit den alten Apparaten rivalisierende Instanzen und Klientelen, die sich meist in irgendeiner Form auf einen Sektor der NSDAP oder einen Sonderauftrag des „Führers“ stützten, unterlaufen und von innen her zersetzt. Und gerade diese konkurrierenden Aktivitäten waren der Ursprung des von dem Konglomerat „Partei“ ausgehenden weltanschaulichen Führungsanspruchs und permanenten Drucks auf Öffentlichkeit, Staat und Gesellschaft.⁸⁹ Wie die Entwicklung der Polizei- und Terrorformationen von der SA zur Allgemeinen SS und SS-Verfügungstruppe zeigt⁹⁰, bildete die „Zwiebelstruktur der Bewegung“ (Hannah Arendt)⁹¹ unter einer jeden bald zur bloßen Fassade werdenden Schicht die nächste, radikalere Instanz heraus und trieb so in einer Multiplikation der Organisationen kumulativ den Radikalisierungsprozess weiter.

Dieser Radikalisierungsprozess wäre wohl nicht oder nicht so rasch in Gang gekommen, hätten sich nicht auch im sozialen und wirtschaftlichen Gefüge des Dritten Reiches ab 1938 zunehmend Spannungs- und Krisenmomente gezeigt. Die Rüstungskonjunktur hatte zwar rasch die Massenarbeitslosigkeit in der Vollbeschäftigung aufgehen lassen, doch zugleich auch einen empfindlichen Rohstoff-, Kapital-, Devisen- und Arbeitskräftemangel erzeugt, der auf seine Beseitigung durch Expansion nach außen drängte. Die erhöhten Kriegsvorbereitungen multiplizierten diese Mangelercheinungen noch. Daraus ergab sich ein erhöhter Druck zur Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft, während zugleich auch die nun nicht mehr von Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit demoralisierte Arbeiterschaft stärkeren Druck auf eine Verbesserung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen auszuüben begann, was ihr eine forcierte Rüstungspolitik aber nur schwer gewähren konnte.⁹² Die entstehende kollektive Unzufriedenheit in breiten Schichten der Bevölkerung verlangte (unter der Schimäre außenpolitischer Bedrohung, in der sich die Expansionsabsichten des Dritten Reiches selbst gegenübertraten) eine Verschär-

⁸⁸ Broszat, *Staat Hitlers*, S. 363; Diehl-Thiele, *Partei und Staat*, S. 23 ff.

⁸⁹ Martin Broszat: Soziale Motivation und Führer-Bindung des Nationalsozialismus, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 18. Jg., H. 4 (1970), S. 404; Hans Mommsen: Nationalsozialismus, in: C. D. Kernig (Hg.): *Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft. Eine vergleichende Enzyklopädie*, Bd. 4, Freiburg 1971, Spalte 701 ff.

⁹⁰ Hans Buchheim: Die SS – das Herrschaftsinstrument, in: *Anatomie des SS-Staates*, Bd. 1 (dtv, 462), München 1967, S. 30 ff.; Heinz Höhne: *Der Orden unter dem Totenkopf. Die Geschichte der SS*, 2 Bde., Gütersloh 1967.

⁹¹ Arendt, *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*, S. 606.

⁹² Ausführlicher siehe: Mason, *Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft*, S. 119-158

fung und Ausdehnung der sozialen Kontroll- und Unterdrückungsmechanismen, was durch die Radikalisierung der „Bewegungs“-Faktoren ermöglicht wurde.

Ebendies ist auch der Rahmen, in dem sich zwischen außenpolitischen Krisen, innenpolitischen Friktionen und verschärftem Terror die nationalsozialistische Wien-Politik im letzten „Friedens“-Jahr abspielte.

1. NSDAP-intern fand die allgemeine Tendenz zum „Bewegungsstaat“ in einem Versuch der Verselbstständigung des Reichskommissariats Bürckels und des Gauleiters Globocnik von der zentralen Parteiführung ihren Ausdruck und wirkte sich in einer gesteigerten Cliques-Politik durch finanzielle Freundschaftsdienste und privatem Machtaufbau dienenden Ausgaben großen Stils aus. Dies ist der weitere Zusammenhang der Finanzaffären Globocniks und der Wiener Gauleiterkrise. Während Bürckel durch einen rechtzeitigen Rückzug eine Niederlage vermeiden konnte und durch skrupelloses Ausmanövrieren seiner Gegner im Machtkampf daraus sogar stärker denn je hervorging, wurde Globocnik im Sinn des sozialdarwinistischen Herrschaftsprinzips „ausgemerzt“. Die Führung-Basis-Spannung im Gau Wien blieb dennoch ungelöst bestehen.

2. Das Los Globocniks erteilte, obzwar ordnungsstaatlich gebremst, auch Seyss-Inquart und Neubacher, die ihre gesamtösterreichische Regierungsfunktion bzw. Rolle als Gemeinde-„Führer“ in Wien im Frühjahr 1939 an den Reichskommissar abtreten mussten. Wie andere ausgebootete „Austronazis“ suchten sie eine außen- und „ostpolitische“ Ersatzaktivität im Interesse der deutschen imperialistischen Expansion. Sie kamen daher gerade an Orte, wo sie zu Vollstreckern der radikalen NS-Politik werden konnten; ihre Zugehörigkeit zu der ursprünglich gebremst-bürokratischen Richtung des österreichischen Nationalsozialismus hinderte sie nicht daran. Die geopolitische Vorpostenlage Wiens, von Berlin aus in südöstlicher Richtung gesehen, bezog hieraus ihr diplomatisches, wirtschaftliches und kulturpolitisches Exekutivpersonal.

Die mit Unterstützung Bormanns und unter anfänglicher Mitwirkung des Reichsinnenministeriums von Bürckel durchgeführte „Reichsreform“ auf österreichischem Gebiet („Ostmarkgesetz“) tangierte die Stellung Wiens aufs Stärkste. Die ehemalige Bundeshauptstadt wurde nicht nur in ihrer zentralstaatlichen Funktion stark eingeeignet, ihre politische Leitung fiel auch an einen von Bürckel verkörperten Machtblock, in dem Partei- und Staatsfunktionen in einer bis dahin im Dritten Reich ungewöhnlichen Weise miteinander verschmolzen waren. Die nationalsozialistische Verfassungsneuschöpfung des Reichsgaues sollte einerseits Partei und Staat aufs Engste miteinander verklammern, was auf die vollständige Überwindung der bürokratisch-ordnungsstaatlichen Tendenzen durch die „Bewegungs“-Tendenzen hinauslief. Andererseits sollte diese Reform alle bestehenden Sondertendenzen in größeren historisch verbundenen Regionen durch eine Aufspaltung in kleinere Einheiten auf der neuen Verwaltungsmittelstufe des „Reiches“ aufreiben und durch eine direkte Unterordnung unter die Berliner und Münchner Zentralbehörden entschärfen. Doch die Partikularkräfte, die nach dem „Anschluss“ auch in anderen peripheren Reichsgebieten entstanden, entwickelten bald ein überaus kräftiges Eigenleben – Bürckels Ämterkombination in Wien und in der „Saarpfalz“ ist hier ein besonders extremes Beispiel – und gefährdeten den erstrebten Zweck der Reichsreform. Ebenso führte Bürckels Eingreifen in die Verwaltungsorganisation der Stadt Wien zu einer auf Dauer unhaltbaren Überzentralisation. Der Reichs-

kommissar selbst übernahm nicht nur die staatliche Verwaltung Wiens, die etwa den Aufgaben der mittelbaren Bundesverwaltung der ehemaligen österreichischen Bundesländer entsprach, sondern er setzte sich vielmehr auch an die Spitze der Gemeindeverwaltung und degradierte den Träger des Amtstitels „Bürgermeister“ zu einem untergeordneten Ausführungsorgan – ein Vorgang, der in geradezu exemplarischer Weise die „parasitäre Zersetzung überkommener Institutionen“⁹³ durch die überall vordringenden parteimäßigen Instanzen zum Ausdruck bringt. Obwohl sich die Reichsgaue und Bürckels exzessive Machtausweitung in Wien nicht so bewährten, dass diese Einrichtungen nach den Intentionen Hitlers unverändert auf das „Altreich“ hätten übertragen werden können, lag hier doch eine echte herrschafts- und verfassungsstrukturelle Neuschöpfung des Nationalsozialismus vor, die im Sinn des Bewegungsprinzips geeignet war, das innere Gefüge des Dritten Reiches auch von dieser Seite her ständig in Fluss zu halten.

3. Die permanente progressive Mobilisierung der „Bewegung“ und der Bevölkerung diente der Vorbereitung auf die höchste Kraftentfaltung im kommenden Krieg. Die sich daraus ergebende Umverteilung des Volkseinkommens zugunsten des Staates ließ schon ab Spätsommer 1938 immer weniger Mittel zur Erfüllung sozialpolitischer Aufgaben übrig. Darauf wurde bereits in Buchkapitel III „Der Nationalsozialismus im Aufbau“ hingewiesen. Die Wohnbaupolitik des Nationalsozialismus in Wien ist dafür ein anderes Beispiel. Während das Dritte Reich 1936 und 1937 das Bauvolumen der Weimarer Republik vor der Weltwirtschaftskrise annähernd wieder erreichte, gelang dies in Wien 1938/39 nicht einmal annähernd. Im „Altreich“ war anfangs der Wohnbau im Rahmen der Arbeitsbeschaffung betrieben worden; zu dem Zeitpunkt, als in Wien die Wohnungsnot beseitigt werden sollte, war die Bauwirtschaft schon durch Rüstungsaufträge so sehr überlastet, dass ihre Kapazität meist nur mehr für die nötigsten Umbau- und Instandsetzungsarbeiten ausreichte. Auch ein Versuch Bürckels, der zur Erhöhung seines Prestiges und zur Besänftigung der aufkommenden Unzufriedenheit ein großes Bauprogramm durchführen wollte, durch die Ausbeutung der Rohstoff- und Arbeitskräfte-reserven der in den deutschen Einflussbereich einbezogenen Slowakei – eine für die gesamte Wirtschafts- und Rüstungspolitik des Dritten Reiches ab 1938 typische Vorgangsweise – die Engpässe zu überwinden, blieb ohne Erfolg. Als Ausweg bot sich daher in einer Stadt, in der es noch 1938 etwa 10 Prozent Juden gegeben hatte, die Vertreibung der Juden aus ihren Wohnungen an – eine Lösung, die durchaus geeignet war, volkswirtschaftlich ins Gewicht fallende Mengen von Wohnungen zur Verfügung zu stellen, mehr als der gesamte, international einmalige sozialdemokratische Wohnbau der Ersten Republik geschaffen hatte. Und es sollte den Absichten Hitlers zufolge nicht bei der Wohnraumbeschaffung nur auf Kosten der Juden bleiben. Im Weltkrieg (oder nach dessen für den Nationalsozialismus siegreichem Ende) sollte die „Abschiebung“ aller Tschechen und „sonstigen Fremdvölkischen“ die eingeschlagene Linie, mindestens die territoriale „Endlösung“, weiterführen.

Überhaupt handelt es sich dabei um eine für die nationalsozialistische Gesellschaftspolitik in Wien typische Tendenz, wirtschaftliche und soziale Probleme der „Parteigenossen“ und „Volksgenossen“ nicht durch aktive Wirtschafts- und

⁹³ Mommsen, Faschismus, Spalte 705.

Sozialpolitik, sondern auf Kosten der Juden und der politischen Gegner zu lösen. Die Enthebung von öffentlichen und privaten Arbeitsplätzen sowie die Plünderung von jüdischen Geschäften und Wohnungen unmittelbar nach dem „Anschluss“, die „wilden“ und planmäßigen „Arisierungen“ in den folgenden Monaten, die dem Augenblicksbedarf des halb proletarisierten „Kleinbürgertums“ an Konsum- und Luxusgütern und der Strukturverbesserung für die besser gestellten Mittelbetriebe dienten, die „Entjudung“ der freien Berufe und ähnliche Vorgänge sind weitere Belege für diese „negative Sozialpolitik“. Aber auch in der gegen die Klöster gerichteten Politik lassen sich ähnliche Ansätze erkennen: Grundverteilung und Zinsenkung nicht durch eine generelle Regelung, sondern durch Ausübung von Zwang auf begüterte kirchliche Organisationen wie die Klosterneuburger Augustiner Chorherren. Schließlich wurde nach diesem Rezept auch bei der Behebung des Devisenmangels und der vom Novemberpogrom 1938 heraufbeschworenen Zahlungsschwierigkeiten der Versicherungen im „Gesamtreichs“-Maßstab verfahren.

4. Daher traten auch in Wien die unmittelbar materiellen Beweggründe der Judenverfolgung, wie schon in Buchkapitel III gezeigt, deutlicher hervor, was nicht bedeutet, dass der starke Antisemitismus vieler Wiener nicht auch sozialpsychologische oder religiöse Ursachen gehabt hätte. Dass der über zwei organisatorische Kanäle, SS und Politische Organisation der NSDAP, in die Wirklichkeit umgesetzte Pogrom der „Reichskristallnacht“ in Wien mit einer solchen Zügellosigkeit ablief, die selbst von der Gestapo und der nationalsozialistischen Wirtschafts- und Staatsbürokratie missbilligt wurde, deutet auf das Maß der angestauten sozialen Sprengkraft im Antisemitismus der Wiener Bevölkerung und der Nationalsozialisten hin: auf die massiven wirtschaftlichen und statusmäßigen Existenzängste der in die kapitalistische Dynamik geratenen und von Krisen bedrohten Zwischenschichten einer sich rasch modernisierenden Gesellschaft. Da die ökonomischen Motive des Judenhasses umso stärker zu veranschlagen sind, je unsicherer die wirtschaftliche Lage eines Landes ist⁹⁴, war auch der Antisemitismus in Wien intensiver als im „Altreich“, daher war auch Wien Deutschland auf dem Gebiet der Judenverfolgung ab 1938 einige Stufen voraus.⁹⁵ In Wien setzten die vergleichbaren diskriminierenden Maßnahmen nicht nur früher ein als in Deutschland und konnten sich nicht nur auf eine breitere Zustimmung in der nichtjüdischen Bevölkerung stützen. Hier konnten bekanntlich auch von Eichmann bei der „Endlösung“ angewandte organisatorische Instrumente und Verfahren erstmals entwickelt werden. Es ist daher nicht überraschend, dass im Zusammenhang mit der Vertreibung der Juden aus ihren Wohnungen im Amt des Reichskommissars zu einem früheren Zeitpunkt als irgendwo anders im „Großdeutschen Reich“ – abgesehen vielleicht von Hitler und dem innersten Führungskreis – konkrete Pläne zur massenhaften Deportation und Internierung des jüdischen Bevölkerungsteils Wiens in KZ-ähnlichen Arbeitslagern ausgearbeitet wurden. Und die Resonanz der Parteianhängerschaft auf die Bekanntgabe einer wesentlich verschärften Judenpolitik unmittelbar nach Kriegsbeginn, welche schließlich die Deportation und Vernichtung von 65.000 Wiener Juden bringen sollte, zeigt, dass man sich hier schon seit Langem mit in diese Richtung gehenden Überlegungen und

⁹⁴ Rudolph M. Loewenstein: Psychoanalyse des Antisemitismus (Edition Suhrkamp, 241), Frankfurt a. M. (1968), S. 77.

⁹⁵ Vgl.: Genschel, Verdrängung der Juden, S. 166.

Wunschbildern beschäftigt hatte. Die „Endlösung“ lag hier immer schon, auch in vernationalsozialistischer Zeit (Schönerer, Lueger), im Bereich des Denkmöglichen. Sie wurde allerdings erst durchführbar unter den geänderten Rahmenbedingungen des Dritten Reiches und der antijüdischen Weisungen Hitlers nach dem „Anschluss“, aber sie stand auch am Ende eines politisch-sozialpsychologischen und bürokratisch-rationalisierenden Prozesses, der ein radikal antisemitisches Bild vom „Juden“ konstruiert und dieses Judenbild stufenweise entmenschlicht hatte. Dadurch wurden noch vorhandene Solidaritätsgefühle der nichtjüdischen Bevölkerung mit den Juden vollends ausgeschaltet. Am Anfang dieses Prozesses wäre die massenhafte Judenverfolgung und -vernichtung noch undurchführbar gewesen, gegen Ende war sie realisierbar geworden. Die Verfolgung der Juden machte diese kollektiv erst zu dem, weswegen sie verfolgt wurden. Dadurch wurden wiederum die radikalsten Verfolgungsstufen möglich. Judenbild, Judenhass und antijüdische Politik bedingten einander wechselseitig. Der christlich-traditionelle Judenhass und der säkularisierte „völkische“ und nazistische Antisemitismus wurden zur sich selbst erfüllenden unmenschlichen Prophezeiung.

5. Fiel die Radikalisierung der Judenverfolgung ab Herbst 1938 mit dem Durchbrechen der nationalsozialistischen Bewegungskräfte innerhalb des Dritten Reiches und dem Auftreten von inneren sozialen und wirtschaftlichen Krisenerscheinungen zusammen, so weist die Verschärfung der Kirchenpolitik zusätzlich einen Zusammenhang mit den außenpolitischen Krisen auf. Die „Sudetenkrise“ scheint das Ansehen der Hitler'schen Außenpolitik bei breiten Teilen der Bevölkerung – wenigstens vorübergehend – beträchtlich untergraben zu haben. Dadurch verunsichert, reagierte das örtliche System der Herrschaftsausübung daher besonders heftig, als sich die ab Sommer 1938 anwachsende politische Unzufriedenheit engagierter junger Katholiken im „Rosenkranzfest“ entlud. Sofort stellte die nationalsozialistische Propaganda einen Zusammenhang zwischen der „internationalen“ katholischen Kirche mit den äußeren Feinden des „Reiches“ und den vorrangigen „inneren Gegnern“, den Tschechen und Juden, her. Der eingeschlagene schärfere kirchenpolitische Kurs, der in der „konkordatsfreien“ „Ostmark“ wiederum weit über den Stand im „Altreich“ hinausführte, wurde denn auch bis 1941 durchgehalten, bis der Angriff auf die Sowjetunion die Herstellung eines teilweisen negativen Konsenses zwischen Katholizismus und Nationalsozialismus als möglich und aus Gründen der inneren Kraftentfaltung als geboten erscheinen ließ. Durch gesetzgeberische Maßnahmen und antichristliche Propaganda wurden das kirchliche Vereins- und Schulwesen, die Orden und die Religionsausübung in den nächsten Monaten schwer getroffen. Große Einbrüche in die „taufscheinchristliche“ Masse der Gläubigen erzielte auch die Austrittspropaganda. Der Nationalsozialismus erreichte dadurch einerseits, dass einer der stärksten nationalsozialistisch nicht unterwanderten weltanschaulich-sozialen Sektoren der Gesellschaft empfindlich geschwächt wurde – eines der Ziele der radikal-nationalsozialistischen Tendenz innerhalb des Herrschaftssystems – und in Hinkunft zu den vielen menschlichen und sozialen Herausforderungen der nationalsozialistischen Diktatur verängstigt schwieg, andererseits entwickelte sich aber der Katholizismus zu einem unnachgiebigen Element ständiger passiver und minderheitlicher aktiver Resistenz.

6. Die sich ab Spätsommer 1938 abzeichnende Widerständigkeit eines Teils der sonst NS-angepassten Bevölkerung hatte ihre Grundlage in dem in Buchkapitel III

beschriebenen Nachlassen der „Anschluss“-Begeisterung sowie in den auftretenden außen- und innenpolitischen Krisenerscheinungen. Die lang andauernde und sich wiederholt zuspitzende außenpolitische Krise im September 1938 sowie die offenkundig werdenden Vorbereitungen auf eine militärische Auseinandersetzung hatten unter der Bevölkerung Wiens eine richtige „Kriegshysterie“ hervorgerufen, wie die nationalsozialistische Presse offen beklagte. Die Erschütterung des Vertrauens in Hitlers traumwandlerisch sicher erscheinende Führung wurde allerdings in den nächsten Wochen und Monaten durch seine neuen Erfolge wieder kompensiert. Die Krisen im März und September 1939, als bereits eine gewisse Gewöhnung an den Gedanken an den Krieg eingetreten war, erlebte die Bevölkerung eher in Apathie als in richtiger Angst. Doch stärkte die Kriegsgefahr (und der schließlich eintretende Kriegsbeginn) bei den politischen Gegnern die Hoffnung auf eine Niederlage des Diktaturregimes von außen. Im selben Zeitraum schufen das Ausbleiben lohn- und sozialpolitischer Versprechungen und partielle Verschlechterungen der Lebensbedingungen in der ehemals sozialdemokratischen Arbeiterschaft eine gewisse kollektive Unzufriedenheit, die im katholischen Kleinbürgertum unter dem Eindruck des verschärften Kirchenkampfes ihre Entsprechung fand. Auch viele Vertreter der bürgerlich-konservativen Richtung des Nationalsozialismus verbargen nicht ihre Enttäuschung über die „Ostmark“-Politik des „Reiches“ und ihren Abscheu vor dem rabiaten Antisemitismus. Selbst der nationalsozialistische Mittelstand war, da er aus den „Arisierungen“ nicht in dem erhofften Ausmaß Gewinn gezogen hatte, ab Herbst 1938 ein zahlenmäßig durchaus ins Gewicht fallender Faktor innerparteilicher Unzufriedenheit. Erst vor diesem gesellschaftsgeschichtlichen Hintergrund konnte sich ein nennenswerter organisierter Widerstand der Kommunistischen Partei, katholisch-konservativer Gruppen und Revolutionärer Sozialisten entfalten. In der allgemeinen krisenhaften Situation reagierte die Gestapo nunmehr auch schärfer als bis Sommer 1938, wodurch viele Widerstandsorganisationen und oppositionelle Einzelhandlungen überhaupt erst manifest und quellenkundig wurden. Von nun an, und in gesteigertem Maß ab Beginn des Zweiten Weltkrieges, nahm der politisch-weltanschauliche Widerstand in Wien trotz schwerer Opfer und Rückschläge tendenziell zu, wenn er auch, abgesehen von relativ kurzen Episoden am 20. Juli 1944⁹⁶ und zu Kriegsende⁹⁷, keine direkte, ernsthafte Infragestellung der nationalsozialistischen Diktatur von innen her bewirken konnte. Hinsichtlich seiner Herrschaftssicherung durch zunehmende Terror- und verschärfte Kontrollmaßnahmen war der Nationalsozialismus in einem überraschend hohen Ausmaß nicht nur bis 1939, sondern auch bis 1945 tatsächlich erfolgreich.

7. In dem Maß aber, in dem der Prozess der sozialen oder mentalen inneren Homogenisierung – und sei es nur temporär und ansatzweise – eintrat, verschoben sich auch die Grenzen des „Eigenen“ und ließen immer neue, nicht-integrierbare „Anderer“ hervortreten, die schon durch ihre bloße Existenz den allumfassend gedachten nationalsozialistischen „Volksstaat“ in Frage stellten; daraus erklärt sich zum einen

⁹⁶ Siehe etwa: Ludwig Jedlicka: Der 20. Juli 1944 in Österreich (Das einsame Gewissen, 2), Wien 1966.

⁹⁷ Ferdinand Käs: Wien im Schicksalsjahr 1945, Wien 1965; Manfred Rauchensteiner: Der Krieg in Österreich 1945, 3. Aufl., Wien 1985; Felix Czeike: April und Mai 1945 in Wien, in: Wiener Geschichtsblätter, 30.3 (1975), S. 221 ff.

die – abgesehen vom anders funktionierenden stalinistischen Terror – beispiellose Ausdehnung und Radikalisierung der Menschenvernichtung im Nationalsozialismus. Die damit verbundene Inhumanisierung und Brutalisierung konnte an gesellschaftlich seit langem vorgegebenen Vorurteilen anknüpfen und baute diese in Wechselwirkung von Idee und Wirklichkeit zu allbedrohenden Gefahren auf, gegen die jedes Mittel als „Verteidigung“ erlaubt sei.

Nach außen waren das die keineswegs immer gleich bleibenden außenpolitischen Gegenspieler und Kriegsgegner, die abhängig von den jeweiligen Bündnissen und Kollaborationsbeziehungen definiert wurden, sich letztlich aber im „plutokratisch-jüdischen“ Westen (in erster Linie in den USA) und im „bolschewistisch-jüdischen“ Russland verkörperten. Krieg und Gewalt haben aber nicht nur eine radikalierende Wirkung gegenüber der „out group“, sondern auch nach innen, wie Elias Canetti sagt: „Tausende Leute, von denen jedem einzelnen, aber im selben Augenblick gesagt worden ist: ‚Du sollst [im Krieg durch die Gegner] sterben‘, tun sich zusammen, um die Todesgefahr abzuwenden. Sie suchen rapid alle anzuziehen, die unter dieselbe Drohung kommen könnten; sie versammeln sich in großer Dichte und unterwerfen sich zu Abwehr einer gemeinsamen Richtung des Handelns.“⁹⁸ Dies scheint auch eines der von Hitler erkannten Geheimnisse seiner Herrschaftstechnik und der Mobilisierung der Deutschen (und Österreicher) für und im Krieg gewesen zu sein.

Im Inneren waren es vor allem die „Juden“, die „Nicht-Gemeinschaftsfähigen“ („Asozialen“, „Zigeuner“ u.a.), die „Fremdvölkischen“ (gereiht nach den NS-Wertigkeitsvorstellungen von den ethnischen Gruppen und Nationen) und alle diejenigen, die „Rasse“ und „Erbgut“ der Deutschen zu gefährden schienen, die dem „völkischen“ Gefährdungswahn Ansatzpunkte gaben; darunter fielen auch jene, die von Wissenschaft und Medizin als „Erbkranke“, „Geisteskranke“, „Behinderte“, „Nicht-Lebensfähige“ definiert wurden und bei der Verschärfung der Versorgungslage im Krieg als „Ballastexistenzen“ – wie argumentiert wurde – eine soziale und wirtschaftliche Besserung oder Sicherung der Lage von Angehörigen der „Volksgemeinschaft“ minderten. Diesen Zusammenhang von Verfolgung und Vernichtung und sozialpolitischen Maßnahmen habe ich als „negative Sozialpolitik“ im Nationalsozialismus beschrieben.⁹⁹ Er wurde in den letzten Jahren in der zeitgeschichtlichen Forschung immer sichtbarer und vor allem von dem Berliner Zeitgeschichtler Götz Aly¹⁰⁰ zum Modell des nationalsozialistischen „Volksstaates“ weiterentwickelt; ohne dass dadurch die rationalen Züge des NS-Systems überbetont und die intentional terroristischen Elemente des Nationalsozialismus unterbewertet werden sollen, scheint mir dieses Konzept für jene Phase der NS-Politik in Wien Ende 1938/Anfang 1939 als Erklärungsmodell besser geeignet als der machttheoretische Ansatz, der der „Anschluss“-Periode angemessener ist. Verstärkt gilt er aber für die Zeit nach Kriegsbeginn und ab dessen äußerer und innerer Radikalisierung ab 1942/42. Das wahre Gesicht des Nationalsozialismus als radikale „Verfolgungs- und Volksgemeinschaft“ trat damit mit aller Schärfe hervor.

⁹⁸ Elias Canetti: *Masse und Macht*, Frankfurt a. M. 1980, S. 82 f.

⁹⁹ Erstmals siehe: Botz, „Anschluß“, S. 479.

¹⁰⁰ Götz Aly: *Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus*, Frankfurt a. M. 2006.

7. Vielschichtigkeit und Ambivalenz nationalsozialistischer Herrschaft

In den Zusammenfassungen der Buchkapitel I bis IV wurde versucht, die einleitend gestellten Fragen zu beantworten, in welcher Weise der Nationalsozialismus eine Reihe von politischen und sozialen Problemen zu lösen suchte, die sich für ihn in Wien ergaben. Die darauf gegebenen politischen Antworten konnten nicht eindimensional sein. Die Herbeiführung des „Anschlusses“ auf eine dreifache Weise der Machtübernahme kann hier ebenso wie die Scheinlegitimierung durch die „Volksabstimmung“ außer Betracht bleiben. Bevor noch einmal die Ambivalenz der nationalsozialistischen politisch-sozialen Realität und ihre Auswirkungen auf die Bevölkerung sowie die Rolle Wiens im Nationalsozialismus rekapituliert werden, soll zunächst das Geflecht unterschiedlicher politischer Faktoren dargelegt werden, die auf Wien einwirkten.

7.1 Pluralismus der Herrschaftsfaktoren

Die politisch-gesellschaftliche Umgestaltung der Wiener Verhältnisse 1938/39 bedeutet nicht unbedingt, dass sich die Wien-Politik planvoll-rational vollzogen hätte. Das Gegenteil ist wahrscheinlicher. Aus einem vielfältigen Konkurrenzkampf um Einfluss ergaben sich unterschiedliche Lösungsansätze, je nachdem, welche Richtung sich durchzusetzen vermochte. Wesentlich ist auch eine analytische Unterscheidung der Ebenen, auf denen sich das Streben um Gestaltungsmacht in Wien abspielte: auf der lokalen Ebene, auf der regional-gesamtösterreichischen Ebene und im gesamtstaatlichen Maßstab des „Reiches“. Dies allein erklärt schon viel von der beobachteten Vielfalt der nationalsozialistischen Politik in Wien. Daneben ist immer auch das Eingreifen des „Führers“ zu registrieren, der – verglichen mit dem „Altreich“ – bis 1939 und darüber hinaus ein stärkeres Interesse an Wien und an der hiesigen Politik hatte und dementsprechend gestaltend eingriff.

Die Darstellung hat gezeigt, dass nicht nur die Totalitarismustheorie mit ihrer Annahme eines monolithischen, von oben bis unten durchgehenden Herrschaftsblocks zur Beschreibung des Herrschaftsgefüges des Nationalsozialismus gänzlich ungeeignet ist, sondern dass auch das Dualismus-Schema von Partei und Staat, so fruchtbar es sich als heuristische Ausgangsbasis erwies¹⁰¹, zum Pluralismus oder zur Polykratie der Herrschaftsinstanzen und zu einem politischen Mehrebenenmodell erweitert werden muss. Zur präziseren Erfassung der in das Wiener politisch-soziale Gefüge eingreifenden Kräfte ist eine weitergehende Differenzierung zielführend, als sie von Peter Hüttenberger vorgenommen wurde.¹⁰² Denn dessen Konzeption, die das staatlich-bürokratische, hier auch „autoritär-ordnungsstaatlich“ (E. Fraenkel) genannte Faktorenbündel in der etablierten Herrschaftsstruktur des Dritten Reiches beiseite lässt, schießt über das Ziel einer sinnvollen Strukturierung des

¹⁰¹ Siehe: Bracher, *Deutsche Diktatur*; und: Broszat, *Staat Hitlers*.

¹⁰² Peter Hüttenberger: *Nationalsozialistische Polykratie*, in: *Geschichte und Gesellschaft*, 2.4 (1976), S. 417-442.

machtpolitischen Gefüges Wiens im Dritten Reich hinaus. Am Beispiel der Wien- und Österreich-Politik lässt sich belegen, dass dieser ordnungsstaatliche Faktor bzw. die ihn vor allem repräsentierenden Organisationen in der innenpolitischen Konstellation des Dritten Reiches auch 1938/39 eine nicht unwichtige, wenngleich formell zweitrangige Rolle spielten. Allerdings gingen gerade auch von der Bürokratie entscheidende Impulse zur Gestaltung der radikalen NS-Politik der „Bewegungskräfte“ aus, ohne die auch die unerhörte Verfolgungsintensität des Nationalsozialismus niemals zustande gekommen wäre.

Das nationalsozialistische Herrschaftssystem wurde von Peter Hüttenberger in einem „klassischen Aufsatz“ auf der gesamtstaatlichen Ebene ab 1935 als eine labile Vierer-, allenfalls auch Sechserbeziehung von Politischer Organisation der NSDAP, SS/SD/Gestapo-Komplex, großer Privatwirtschaft und Reichswehr beschrieben. Als sekundäre Faktoren versuchten laut Hüttenberger noch DAF und Reichsnährstand einzugreifen¹⁰³, sodass sich in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre neben Hitler auf der gesamten Reichsebene ein machtpolitisches Sechseck zu etablieren begonnen habe. Dieses Modell ist für Wien zu modifizieren.

Bewegungskräfte („Partei“)

a) Die *Politische Organisation*, obwohl durch scheinbar klare hierarchische Über-/Unterordnungs-Verhältnisse bestimmt, zerfiel in Wien, was ihre politische Wirksamkeit anlangt, je nach den vertikalen politischen Ebenen in relativ selbstständig agierende drei Untergruppen: in die Wiener NSDAP, in Bürckels Ämtergebilde und in die zentralen Parteinstanzen.

Die örtliche NSDAP wurde hier nur während der allerersten Tage in der „Revolution von unten“ direkt wirksam, in personalpolitischen Eingriffen vor allem in Staat und Gemeinde sowie in der Judenverfolgung. Sodann wurde sie von bürokratisch-ordnungsstaatlichen Faktoren und von Bürckel zurückgedrängt.¹⁰⁴ Ihr äußerlich bombastisch-glanzvolles Auftreten als Propagandaorganisation kulminierte in der „Volksabstimmungs“-Kampagne und lebte später im Monopol der Gestaltung der nationalsozialistischen Fest- und Feierkultur weiter; sie wurde besonders wirksam auch in propagandistischen Bekundungen der Geschlossenheit der Bevölkerung gegen äußere (Tschechoslowakei) und innere (katholische Kirche) Feinde sowie gegen die Juden und gegen „Fremdvölkische“. Ihr selbstgesteckter Auftrag zur Menschenführung beschränkte sich zunächst auf die Verbreitung ideologischer Schlagworte sowie auf organisatorische Kontrolle und Denunziation nonkonformen Verhaltens der „Volksgenossen“. Doch in destruktiven Aktionen gegen Juden, in den lange Zeit andauernden „Arisierungen“ jüdischer Berufe, Mobilien, Wohnungen und Geschäfte und im Novemberpogrom 1938 blieb sie zweifellos eine gesellschaftspolitische Kraft. Insgesamt vermochte die sozial und cliquenmäßig zersplitterte und – hinsichtlich der von unten ausgehenden Loyalitätsbindungen – de facto führerlose NSDAP nach dem „Anschluss“ ihren besonders in Wien ausgeprägten

¹⁰³ Ebenda, S. 432; vgl. zum Folgenden auch meinen Aufsatz: Wien und die nationalsozialistische „Ostmark“-Politik, in: Zeitschrift für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie und Denkmalpflege, 5.1 (1978), S. 39–53.

¹⁰⁴ H. Mommsen, Nationalsozialismus, Spalte 701.

Charakter als konspiratives Störellement und als bloßer Propagandaträger der Zeit vor 1938 lange nicht zu überwinden. Selbst als Organisation zur Postenbeschaffung für ihre Anhänger versagte sie in einem hohen Ausmaß angesichts des großen Bedarfs an neuen und verbesserten Lebensstellungen für die „Illegalen“ und die „alten Kämpfer“. Lediglich auf die Vergabe von „arisierten“ Wohnungen und Klein- und Mittelbetrieben erlangte sie einen länger dauernden Einfluss. Noch weiter war sie davon entfernt, eine positive „Mittelstandspolitik“ – eine „negative Mittelstandspolitik“ wurde durch die Judenverfolgung erreicht – durchzusetzen. Nicht einmal einen anerkannten Gauleiter aus ihren eigenen Reihen vermochte sie hervorzubringen. So gelang es weder Übergangs-Gauleiter Globocnik noch Bürckel als Kurzfrist-Gauleiter Wiens, über einen längeren Zeitraum hinweg eine breite Loyalität an der Parteibasis und unter den mittleren Funktionärrängen zu erlangen. Der politische Schwerpunkt des gesamten Parteisektors (im engeren Sinn) lag in der Ämteragglomeration Bürckels, seine wichtigste Legitimationsbasis waren Sonderaufträge des „Führers“. Das Charakteristische an der Stellung Bürckels war, dass in ihr die „Partei“ derart in staatliche Funktionen hineinwucherte, dass sie in einem dichotomen Modell eher auf der Seite des „Staates“ einzuordnen ist. Darin war bereits ein zukünftiges Herrschaftsmodell enthalten, auf das sich nach der Vorstellung der radikalen „Reichsreformer“ (Bormann und Frick) das gesamte „Reich“ hinentwickeln sollte. Diese Form der Machtausübung stellt ein, verglichen mit anderen Herrschaftsformen, völlig neues Element dar, das in der Verfassungswirklichkeit des Nationalsozialismus im SS/SD/Gestapo-Komplex – ausgehend von räumlich und „verfassungsrechtlich“ peripheren Instanzen – seine besonders typische Ausprägung in den „Reichsgauen“ der „Ostmark“ und hier wiederum besonders markant in Wien erfuhr.

Schon während seiner Tätigkeit als „Volksabstimmungskommissar“ zeigte sich die Charakteristik Bürckels, die eher der eines „Wirtschaftsführers“ oder autoritären Managers als der eines Nazi-Rabauken entsprach. Daher wurde ihm nicht nur die „zweckrationale“ Umgestaltung der politisch-administrativen Verhältnisse in der gesamten „Ostmark“, sondern auch in einem bedeutenden Umfang – hier als Ausführungsorgan Görings – die Wirtschaftspolitik übertragen. In Wien waren dies vor allem die im nazistischen Denken vorrangige so genannte „Entjudung“ und die wirtschaftliche Strukturpolitik, die notwendigerweise auch mit Entscheidungen verbunden war, die für die Gefolgsleute persönlich schmerzhaft und bei den lokalen Organisationen unpopulär sein konnten. Daher verließ sich Bürckel praktisch nur auf den engsten Kreis der „Pfälzer“, die er als auf ihn eingeschworene Gefolgsleute aus seinem Heimatgau mitgebracht hatte. Dies bedeutete auch, dass er seinerseits skrupellose Ämterpatronage und klientelistische Lenkung mancher „Arisierungs“-Profite betrieb. Auf die Sozialpolitik auf der Wien-Ebene scheint er nach dem jetzigen Stand der NS-Forschung, abgesehen von auf Propaganda-Effekt zugeschnittenen Einzelaktionen, kaum Einfluss ausgeübt zu haben.

Bis Frühjahr 1939 ließ Bürckel als Reichskommissar im Bereich der Wiener Kommunalpolitik dem Bürgermeister der Stadt relativ viel Spielraum für eigene Aktivitäten. Doch ab Februar 1939 als Gauleiter und ab Mai 1939 auf Grund des „Ostmarkgesetzes“ auch als Gemeinde-„Führer“ monopolisierte er in seiner Person Herrschaftsfunktionen in Wien in einem kaum mehr übertreffbaren Ausmaß bis in Einzelheiten der Personalpolitik und des alltäglichen Geschäftsganges der Stadt-

verwaltung hinab. Da sich Bürckel in Wien jedoch auf keine einheimische Klientel verlassen konnte bzw. wollte und nur durch Ausspielen seiner immer zahlreicher werdenden Gegner an der Spitze zu bleiben suchte, fehlte ihm auch eine stabile soziale Untermauerung seiner Wiener Machtposition; die einzigen echten Verbündeten, die so genannten „Kärntner“ in der österreichischen NSDAP, mit denen er vor allem die Anti-Wien-Haltung teilte, fielen mit dem Tod Klausners und der Einrichtung der „Reichsgaue“ aus und begannen als Gauleiter ihr eigenes Ränkespiel. Dies und die stimmungsmäßigen Auswirkungen der Tatsache, dass eine auch begrenzte Kommunalpolitik und eine partielle Verbesserung der Lebensverhältnisse breiter Bevölkerungsschichten infolge der zunehmenden Orientierung am kommenden Krieg keinen Spielraum mehr hatten, als Bürckel 1939 die direkte Führung in Wien übernahm, beschleunigten die Abberufung von seinen Wiener Ämtern durch Hitler im Sommer 1940 entscheidend.

Von der „Reichs“-Ebene der NSDAP aus, über einzelne Stützpunkte („Aufpasser“) im Stab Bürckels und in dessen Wiener Gauleitung, griffen gelegentlich zentrale Parteiinstanzen auch direkt in die Wien-Politik ein. Im Wesentlichen handelte es sich dabei wiederum um zwei nicht konform gehende Einflusslinien: um die aus dem Amt des „Stellvertreters des Führers“ (Heß selbst, bald jedoch dessen immer stärker werdender Stabsleiter Marin Bormann), der zeitweise eng mit Bürckel verbunden war, und um die Weisungslinie des Reichsschatzmeisters (F. X. Schwarz), die stärker auf einen Parteizentralismus abzielte. Beide wurden nur in Krisensituationen personalpolitischer und finanzieller Art außerhalb der Wirkung ihrer (eingeschleusten) regionalen und lokalen Vermittlungsorgane in parteiinternen Fragen aktiv. Im Grunde genommen äußerte sich darin der immer bestehende innerparteiliche Konflikt zwischen der zentralen Parteileitung und dem von ihr zur Kontrolle und Auflösung der ordnungsstaatlichen Strukturen im „Staat“ eingerichteten starken Führer des einheitlichen Reichs- und NSDAP-Gaues, der in Wien wie überall im Zuge der kriegsbedingten Dezentralisierungen neue Kompetenzen und Spielräume erlangen sollte.

b) Der *SS/SD/Gestapo-Komplex*, der von der Machtübernahme in Deutschland an und beschleunigt ab 1938/39 bis 1945 ständig im Vordringen war, verkörperte das staatlich-parteimäßige Polizei- und Terrormonopol im nationalsozialistischen Herrschaftsbereich, so auch in Wien. Nur in den „revolutionären“ Märztagen 1938 und bei allen pogromartigen Situationen bestand eine gewisse Konkurrenz und mangelnde Koordination mit der örtlichen politischen Organisation und der SA. Das „natürliche“ Tätigkeitsgebiet dieses Machtträgers war in Wien neben der Kontrolle des Verhaltens der „arischen“ Bevölkerung sowie der Verfolgung und Liquidierung von politischen Gegnern die Bestimmung der großen Linien und die Durchführung der gesamten allgemeinen Judenpolitik von der Verhaftung, Terrorisierung und Abschiebung bis zur Deportation und Massenvernichtung. Nur auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Judenverfolgung („Arisierungen“) waren die Kompetenzen von SS und Gestapo durch Bürckel (und Göring) stark eingeschränkt. So wichtig der Machtapparat Himmlers für das Funktionieren des gesamten NS-Herrschaftssystems war – in Wien blieb seine Gestaltungskraft in den übrigen gesellschaftlichen Bereichen bis 1939 und darüber hinaus, abgesehen von personalpolitischen Einzelentscheidungen, eng begrenzt; in der Frage der Errichtung des KZ Mauthausen konnten sich Himmler und Heydrich gegenüber der Stadt Wien wohl durchsetzen, und in

der zweiten Hälfte des Krieges griff das KZ-System in Form von Außenlagern auch direkt auf das Stadtgebiet Wiens über; erst ab 1941, besonders aber in der Endphase des Weltkrieges ab 1943/44 wurden auch Himmler, die SS und ihre typische Rassen- und Volkstumsideologie verstärkt in der Wien-Politik wirksam.

c) Den vorher genannten Herrschaftsfaktoren gegenüber fiel die „*Deutsche Arbeitsfront*“, was ihren Einfluss auf die politische Sphäre anlangte, in Wien weit ab; sie hatte offensichtlich hier nicht mehr genügend Zeit, sich ebenso wie im „Altreich“, wo sie mit über 20 Millionen Mitgliedern die größte nationalsozialistische Organisation war, zu einem ebenso umfassenden und finanzstarken Instrument der sozial- und kulturpolitischen Betreuung aller „schaffenden Deutschen“ zu entwickeln. Ihr Gestaltungsfeld lag in Wien vorerst in der Pflege von Gemeinschaftseinrichtungen am Rande der Arbeitswelt, im Freizeitbereich und in einem Teil der Sozialpolitik, insbesondere im Wohnungsbau, der allerdings weitgehend im Planungsstadium stecken blieb. Der Kern der betrieblichen Struktur, das Betriebsführer-Gefolgschafts-Verhältnis und die Lohnpolitik, waren Bereiche, die der DAF, auch wenn sie in einem gewissen Umfang manches Unbehagen und die Forderungen der Belegschaft zu artikulieren vermochte, eher verschlossen waren. Dies bedeutete nicht, dass die DAF die „Betriebsgemeinschaft“ und die „Volksgemeinschaft“ in genau demselben Sinn interpretiert hätte wie die privaten „Betriebsführer“ und die Mehrheit der Funktionäre der Politischen Organisation; etwas von gewerkschaftlicher Interessenpolitik (wohl nicht gerade „Klassenkampf“-Geist) lebte auch in der DAF weiter oder wieder auf. Der „*Reichsnährstand*“, ein der DAF vergleichbarer Herrschaftsträger im bäuerlichen Bereich, entfiel seiner Natur gemäß im Kräfteverhältnis einer Großstadt.

Auf dem Gebiet der Presselenkung, der Propaganda und Kulturpolitik verstand es dagegen *Goebbels*, in Wien von Anfang an eine sektoriell dominante Stellung zu erringen, wenngleich er es – wie für das gesamte polykratische System des Dritten Reiches üblich – mit Konkurrenten auf seinem eigenen Feld zu tun hatte: einerseits mit dem Reichspressechef Otto Dietrich, der auf einer etwas niedrigeren Ebene wie Goebbels staatliche und parteiliche Spitzenfunktionen vereinte, und andererseits mit dem eher wirtschaftlich agierenden Max Amann, der als Herr über den NSDAP-Verlag und den „*Völkischen Beobachter*“ ebenfalls direkten Zugang zu Hitler hatte und sein Pressemonopol auch in die „Ostmark“ auszudehnen suchte.¹⁰⁵ Goebbels vereinte in seiner Ämterakkumulierung als Minister für Volksaufklärung, Reichspropagandaleiter und Berliner Gauleiter staatliche und parteimäßige Ämter und war ein umso stärker an Einfluss gewinnender Machtfaktor, je näher das Jahr 1945 kam; er teilte Hitlers Anti-Wien-Ressentiments und wurde als treuester Vasall vom „Führer“ noch ganz zuletzt zu seinem Nachfolger ernannt.

Traditionale Herrschaftsträger („Staat“ und „Wirtschaft“)

a) Die streng hierarchische Organisation der *Wehrmacht* lag zum Teil oberhalb, zum Teil neben und unterhalb der regionalen Ebene, jedenfalls in vielem außerhalb

¹⁰⁵ Vgl.: Fritz Hausjell: *Journalisten für das Reich. Der „Reichsverband der deutschen Presse“ in Österreich 1938-1945*, 2. Aufl., Münster 2006, S. 23 ff.

der Wien-Politik. Dennoch wurden militärische Gesichtspunkte schon vor 1939 bei der territorialen Verwaltungsgliederung der Stadt und, je näher der Krieg rückte, desto stärker im gesamten öffentlichen Versorgungswesen und in der Wirtschaft bestimmend. Die Rüstungsindustrie und der Ausbau des Systems der Wehrwirtschaft verzahnten diesen Herrschaftsfaktor immer stärker mit dem Vierjahresplan-Komplex und der großen privaten Rüstungswirtschaft.¹⁰⁶ Der relative Vorrang der Außen- und Rüstungspolitik bei Hitler und innerhalb des NS-Systems garantierte auch eine weitgehend reibungslose Anpassung der übrigen staatlichen Faktoren und der Politischen Organisation der NSDAP an die militärischen Bedürfnisse. Dies bedeutete für Hitler, einen Kompromiss einzugehen, der ihm seine Politik der militärischen Stärke und Expansion auf der Grundlage einer partiellen Interessen- und Zielgleichheit erst ermöglichte. In dem von Wien aus kommandierten Wehrkreis XVII war (stärker als in der übrigen „Ostmark“) in der Wehrmacht nach der Ausschaltung des Großteils der alten ehemals kaiserlichen bzw. „ständestaatlichen“ Generale und Offiziere jedoch immer noch ein Sozialtypus von der Art eines k.u.k.-nationalsozialistischen Offiziers der mittleren Rangordnung und Generation vertreten. Da Hitler diesem „Typus“ besondere Fähigkeiten und Kenntnisse für die Kriegsführung und Besatzungspolitik besonders auf dem Balkan zuschrieb, avancierten solche Offiziere dort und im übrigen „Osten“ häufig zu hohen und höchsten Kommandierenden, etwa Glaise-Horstenau, Alexander Lohr, Lothar Rendulic oder Franz Böhme, die allesamt aus diesem Milieu kamen. Allerdings nicht in Wien selbst geboren, wurden sie mehr oder weniger tief in die Vernichtungskriege der Wehrmacht involviert oder kommandierten diese direkt.¹⁰⁷

b) Der staatlich-bürokratische Herrschaftsfaktor zerfiel in Wien wiederum nach den drei vertikalen Ebenen der Politik in Teilbereiche, die keineswegs miteinander harmonisierten, wenngleich sie auch viele gemeinsame Interessen hatten. Das stärkste gemeinsame Ziel war die Erhaltung ihrer eigenen Selbstständigkeit und organisatorischen Existenz und sie waren alle in irgendeiner Form ordnungsstaatlich-traditionalistisch orientiert. Die *Reichszentralbehörden*, vor allem das Reichsinnenministerium, waren bei der Umsetzung ihrer Politik teils auf die Kooperation mit Bürckel, teils auf bestehende oder neu geschaffene eigene Ausführungsorgane angewiesen. Stadtverwaltung und -verfassung, Finanzpolitik, Arbeitseinsatz, Lohnpolitik und vieles andere mehr wurden von ihnen in Wien nach preußisch-deutschen Grundsätzen mitgestaltet. Der „*Reichsstatthalter in Österreich*“ (Seyss-Inquart) und die ehemalige gesamtösterreichische Bürokratie beschränkten sich demgegenüber auf schwache Abwehrversuche gegen zentralistische Ansprüche und den Auflösungsauftrag Bürckels. Seyss-Inquarts Wirkung auf die Wien-Politik war nach einer Übergangsfrist ist von wenigen Wochen eher insofern eine indirekte, als er, der wegen seiner Rolle beim „Anschluss“ Hitlers Gunst genoss, dem städtischen Faktor eine Zeit lang Rückendeckung gab.

Bei diesem lokalen Faktor handelte es sich um die *Stadtverwaltung Wien*, genauer um den städtischen bürokratischen Apparat und das Amt des Bürgermeisters. Bis April 1939 verfügte vor allem Bürgermeister Neubacher, auf dessen Führer-

¹⁰⁶ Schausberger, *Rüstung in Österreich*, S. 29 f., 35 ff.

¹⁰⁷ Vgl.: Walter Manoschek und Hans Safrian: *Österreicher in der Wehrmacht*, in: Tálos, *NS-Herrschaft*, S. 123-158, hier S. 134 f.

Stellung die gesamte Gemeindeverwaltung ausgerichtet wurde, der sie aber keineswegs total unterworfen war, über einen beachtlichen Spielraum in jenem Rahmen, den ihm Bürckel und die übrigen Instanzen ließen; dies betraf vor allem Personalpolitik, kommunalpolitische Maßnahmen zur Erbringung der Leistungen alltäglicher Daseinssicherungen und die bescheidenen Planungen künftiger Stadtentwicklung. Hatte es die Stadtverwaltung bis dahin nur mit der Abgabe einzelner Sachgebiete an die Gestapo, mit Eingriffsversuchen und der Konkurrenz der lokalen Politischen Organisation der NSDAP in Teilbereichen (wie dem Wohnungswesen und dem Sport) sowie mit „Führer“-Wünschen zu tun, so wurde sie im Mai 1939 völlig dem Imperium Bürckels untergeordnet. Dennoch ging von ihr auch ein eigenständiger Beitrag zur Verschärfung der Verfolgungspolitik aus, worauf noch zurückzukommen ist.

c) Die *großbetriebliche Privatwirtschaft*, die auch die Klein- und Mittelunternehmungen in ihren Bannkreis zog und sich mit Teilen der Obersten Reichsbehörden, insbesondere mit den Vierjahresplan-Behörden und dem zur Festsetzung der Löhne und Arbeitsbedingungen eingerichteten „Reichstreuhänder der Arbeit“, auseinandersetzen musste, kontrollierte im nationalsozialistischen Herrschaftssystem das innerbetriebliche Geschehen weiterhin und – trotz des Vordringens planwirtschaftlicher Elemente – die Marktmechanismen weitgehend.¹⁰⁸ Sie ist als eine Konstante innerhalb des wechselnden Kräftespiels des Dritten Reiches anzusehen, auch wenn die Kriegswirtschaft zunehmende Reglementierungen mit sich brachte. Jedenfalls profitierte die Großindustrie zunächst von dem (groß)betrieblichen Gründungsfieber und dem Wirtschaftsboom, die der „Anschluss“ zunächst in Wien wie im übrigen Österreich mit sich brachte. Die großbetrieblichen „Arisierungen“ und die Übernahmen österreichischer durch deutsche Großfirmen bewirkten bis Kriegsende auch einen Germanisierungsschub in der Wirtschaft. Ebenso kam es in der Industrie (wie auch in der Landwirtschaft) zu einer Welle technologischer, arbeitskräftemäßiger und betriebswirtschaftlicher „Modernisierungen“, wobei die Rationalisierungseffekte der kriegswirtschaftlichen Anstrengungen, aber auch deren einseitige Auswirkungen längerfristig zum Tragen kamen.¹⁰⁹ (Dies bedeutet nicht, dass ich hier die gesamte NS-Politik als intendierte oder unabsichtliche „Modernisierung“ interpretieren möchte; dazu ist sie ein zu vielschichtiger gesamtgesellschaftlicher Vorgang, dessen gleichsam automatische Zielgerichtetheit heute problematisch erscheint und der genau genommen durch Begriffe wie „Wandel“ zu bezeichnen wäre.)

Parallel zur „Arisierungs“-Politik lief eine bisher weitgehend übersehene wirtschaftliche Konzentrations- und Rationalisierungspolitik auf Kosten auch der nicht-jüdischen Klein- und Kleinstbetriebe sowie eine ebensolche „Berufsumschichtung“ zu „moderneren“, großbetrieblichen und arbeitsteiligen Berufstätigkeiten hin. Auch die Einbeziehung von Frauen und Mädchen in den Arbeitsprozess, entgegen der offiziell propagierten antifeministischen Geburten-, Familien- und „Frauendienst“-Politik¹¹⁰, entwickelte mit dem bald auftretenden Mangel an männlichen Arbeitskräften und deren ab 1939 zunehmender Einziehung zur Wehrmacht ungewollt eine

¹⁰⁸ Hüttenberger, Nationalsozialistische Polykratie, S. 424.

¹⁰⁹ Roman Sandgruber: Ökonomie und Politik, Österreichische Wirtschaftsgeschichte vom Mittelalter bis zur Gegenwart, Wien 1995, S. 408 ff., 419 ff.

¹¹⁰ Vgl.: Georg Tidl: Die Frau im Nationalsozialismus, Wien 1984.

„modernisierende“, über 1945 hinaus reichende Wirkung. Ebenso führte ab 1939/40 die fortschreitende terroristische Besatzungs- und Verfolgungspolitik zur rücksichtslosen Ausbeutung der Arbeitskraft von „Fremdarbeitern“ und KZ-Häftlingen, die auch in Wien zu einem profitablen und hochrangigen wirtschaftlichen Faktor werden sollte.

Innerhalb der Betriebe hatte der Nationalsozialismus durch die Auflösung der „ständestaatlichen“ Einheitsgewerkschaft, durch die permanente NSDAP- und weniger durch die Gestapo-Kontrolle, aber auch durch die Lebensstandardverbesserungen nach dem „Anschluss“ und die Integrationspolitik der DAF die Stellung der Unternehmer eher noch gestärkt, als sie es nach der Niederwerfung der Arbeiterorganisationen durch Dollfuß schon 1934 gewesen war. Die Möglichkeiten zur Ausübung wirtschaftlicher Macht sind jedoch zu vielfältig und diffizil, als dass sie durch die hier vorgelegte politikhistorische Untersuchung erfasst hätten werden können. Private Wirtschaftsmacht füllte den beanspruchten Raum aus, den ihr der Nationalsozialismus im Herrschaftssystem bereitwillig überließ. Das Modell des Verhältnisses, das für Wissenschaft im Nationalsozialismus vom Wiener Historiker Mitchell Ash beschrieben wurde, trifft auch auf die Beziehung Wirtschaft/Nationalsozialismus im Dritten Reich zu; es ist das Modell von wechselseitigen „Ressourcen für einander“.¹¹¹

Nur wenn man die (staatlichen) *Vierjahresplan-Behörden* Görings als Agenturen großwirtschaftlicher Interessen auffasst, kann man von einem massiven Einfluss der Wirtschaft auf die Wien-Politik sprechen. Doch ist eine solche Annahme zweifelhaft, da in Wien die „mittelständische“ Wirtschaft in der NSDAP eine starke Bastion hatte und gerade die Behörden Görings dazu bestimmt waren, die Wirtschaft auf die vom Nationalsozialismus gesteckten (gemeinsamen) Ziele auszurichten.¹¹² Gegenüber Südosteuropa nahmen die Wiener Großwirtschaft und ihre Interessenorganisationen – im Verein und in Konkurrenz mit deutschen Interessengruppen und -verbänden – die von der Expansionspolitik angebotenen Chancen bereitwillig wahr und leisteten ihr Schrittmacherdienste.

„Institutionelle Anarchie“ und „charismatischer Führer“

Zusammengehalten wurde die Vielfalt der Herrschaftsträger im Dritten Reich im Wesentlichen durch die Person Hitlers. Auf seinen Willen und auf seine Billigung beriefen sich fast alle Elemente im nationalsozialistischen Herrschaftssystem. Der von Hitler selbst geschaffene und von Goebbels meisterhaft propagierte charismatische Führerkult verlieh den vagen und widersprüchlichen Aussagen der nationalsozialistischen Weltanschauung konkreten Gehalt und bildete zugleich als Symbol des gemeinsamen Ziels der Wiedererlangung nationaler Größe das integrative Element in dem Geflecht rivalisierender Instanzen.¹¹³ Die Beziehung Hitlers zu den hier genannten Machträgern und manchen Unterführern auf der Ebene der Reichsregie-

¹¹¹ Mitchell Ash: Wissenschaft und Politik als Ressourcen für einander, in: Rüdiger vom Bruch und Brigitte Kaderas (Hg.): Wissenschaften und Wissenschaftspolitik. Bestandsaufnahmen zu Formationen, Brüchen und Kontinuitäten im Deutschland des 20. Jahrhunderts, Stuttgart 2002, S. 32–51.

¹¹² Petzina, Autarkiepolitik, S. 196 ff.

¹¹³ Bracher, Deutsche Diktatur, S. 376; Mommsen, Nationalsozialismus, Spalte 700.

rung und der Parteileitung der NSDAP entsprach jedoch in der Realität weniger dem hochstilisierten Führerprinzip als einem Prinzip wechselseitiger Abhängigkeit. Dazu kam noch die Faszinationskraft des „Führers“ auch auf viele seiner Unterführer, eben sein persönliches Charisma. „Die nationalsozialistischen Führungsgruppen waren also jede für sich genommen auf Hitler als ‚Führer‘ angewiesen, andererseits konnten sie aber überall dort, wo er sich nicht um sie kümmerte, als autonome politische Einheiten auftreten. Hitler selbst hätte sich trotz seines taktischen Geschicks gegenüber der Großwirtschaft und der Reichswehr ohne jenen Unterbau ebenfalls kaum halten können.“¹¹⁴

Dies bedeutete in der Wien-Politik einerseits, dass Hitler wiederholt persönlich eingriff und die großen Linien der Stadtpolitik oder auch überraschend geringfügige Details festlegte. Auf seine Entscheidungen ging die Festlegung der inferioren Rolle Wiens im „Reich“ zurück. Über seinen Auftrag wurde hier anfangs besonderes Augenmerk auf die Arbeiterpolitik gelegt. Aber auch um die Besetzung der Führungsstellen, um die Grundzüge der Verwaltungsorganisation und der Stadterweiterung, der Kirchenpolitik und Judenverfolgung sowie um architektonische Einzelheiten der geplanten baulichen Gestaltung kümmerte er sich. Andererseits ist aber fraglich, ob dabei Hitler nicht in den meisten Fällen den von den einzelnen Machtfaktoren vorbereiteten Entscheidungen folgte und nur sanktionierte, was sich in der Konkurrenz aller gegen alle ohnedies herauskristallisierte – ein Merkmal seiner Herrschaftstechnik, das von der lokalen und regionalen Basis aus nicht mit Sicherheit beantwortet werden kann.

Dennoch hätte die komplizierte Führer- und Vermittlerfunktion Hitlers nicht ausgereicht, das Dritte Reich vor einem Abgleiten in totales Chaos zu bewahren; und dies war nicht der Fall, wie seine bis in die letzten Monate des Weltkrieges aufrechterhaltene hohe Effizienz beweist. Wesentlich für das Funktionieren des nationalsozialistischen Herrschaftssystems (trotz aller, gemessen an rechtsstaatlichen Prinzipien, verwirrenden Vielfalt und Widersprüchlichkeit) war die Tatsache, dass sich jeder der partiellen Herrschaftsträger nicht nur auf unterschiedliche soziale Interessen, ideologische Ausprägungen und Oligarchien – ebendies sind wichtige Kriterien zur Identifizierung dieser Machtfaktoren – stützte, sondern auch seine Tätigkeit doch auf einen spezifischen ihm vorbehaltenen sozialen Teilbereich konzentrierte. Dies schloss ständige Kompetenzkämpfe und Rivalität einzelner Machtfaktoren um Herrschaftsbereiche nicht aus, sicherte ihnen aber doch auch relativ stabile Einflussmonopole auf die unterschiedlichen öffentlichen und privaten Lebensbereiche. Unterschiedliche Vermittlungs- und Kontrollinstrumente, sozusagen ein jeweils spezifischer Herrschaftsstil, ermöglichten dabei auch die gleichzeitige Erfassung ein und derselben sozialen Gruppe.

So war die Politische Organisation hauptsächlich auf die ideologische Vorbereitung und Rechtfertigung der NS-Politik in der Öffentlichkeit und auf Aktivitäten festgelegt, die die „Volksgemeinschaft“ im sozialen Bereich förderten; SS und Gestapo bearbeiteten das Feld der sozialen Kontrolle mit gewaltsamen Mitteln; die DAF versuchte die Gestaltung des Freizeitbereichs und flankierende Maßnahmen in der Arbeitswelt in den Griff zu bekommen; die Privatwirtschaft brauchte die

¹¹⁴ Hüttenberger, Nationalsozialistische Polykratie, S. 431.

Kontrolle über die grundlegenden privatkapitalistischen Mechanismen innerhalb des Betriebs und auf volkswirtschaftlicher Ebene nicht abzugeben. Das Militär behielt lange Zeit das ausschließliche Gewaltmonopol nach außen hin und der staatlich-kommunale Komplex (im engeren Sinn) arbeitete trotz aller Eingriffe regelhaft auf dem Gebiet der öffentlichen Verwaltung. Zur höchsten Machtentfaltung und gesellschaftlichen Gestaltungsfähigkeit kam es allerdings bei jenen Instanzen, in denen staatliche und parteimäßige Funktionen – wie bei Bürckel – aufs Engste verschmolzen waren. Aus dieser infolge ständiger Gewichtsverschiebung als instabil erscheinenden, spezifisch nationalsozialistischen Verfassungsrealität lässt sich ein großer Teil der Widersprüchlichkeit der Wienpolitik erklären.

Eben diese Polykratie oder gar das institutionelle „Chaos“ der NS-Herrschaft war eine grundlegende Voraussetzung des Entstehens und der Wirkungsweise des Charismas Hitlers, das diesem im Lauf des Aufstiegs des Nationalsozialismus immer mehr zugeschrieben wurde und das einen ersten Höhepunkt bereits 1938 mit dem erfolgreichen „Anschluss“ erreichte. Bei fast allen Theoretikern und Historikern, die sich seit Max Weber, Ernst Fraenkel, Franz Neumann und Hannah Arendt und hin bis Ian Kershaw und Giorgio Agamben auf diesen Idealtypus von charismatischer politischer Machtausübung und Herrschaft beziehen¹¹⁵, spielt eine mentale, gesellschaftliche und politische Krisensituation als Ausgangspunkt eine wichtige Rolle; in ihr hatten die anderen beiden idealtypischen Herrschaftsformen „versagt“: die traditional-vormoderne (z.B. Monarchie und Autoritätsstaat) und die bürokratisch-rationale (Zwischenkriegszeit-Demokratie) Herrschaft (nach Max Weber). Der fast anomische Zustand ermöglichte es einem „Führer“, mit einer auf ihn vertrauenden, organisatorisch eher diffusen „Bewegung“ aufzutreten und weit darüber hinaus den Glauben an seine übernatürlichen Fähigkeiten zu wecken, er sei nicht nur zur Krisenlösung befähigt, sondern auch imstande, das „Heil“ überhaupt zu bringen; so konnte er eine breite Anhängerschaft um sich scharen und eine „emotionelle Gemeinschaft“ aufbauen oder anvisieren: die „Volksgemeinschaft“.¹¹⁶ Diese mit einer quasireligiösen Aura ausgestattete Führerpersönlichkeit wirkte selbst wieder auf die Restbestände und Neuansätze einer irgendwie regelhaften und voraussehbaren Herrschaftspraxis zurück, die uns in den alltäglichen Wien-Politik-Prozessen begegnet ist. Der „Führer“ bündelte so in den Machteliten vorhandene langfristige Politikvorstellungen und die in seiner Massenanhängerschaft kursierenden mehr oder weniger geheimen Belohnungs- und Rachewünsche; er gab ihnen eine politisch relevante Handlungsrichtung, deren Einzelheiten noch lange nicht festgelegt zu sein brauchten. Auf diese Weise kann, wie sich in den deskriptiven Teilen dieses Buches gezeigt hat, der Gegensatz von strukturalistischer und intentionalistischer Erklärung der NS-Herrschaft überwunden werden, der ohnehin auf der Wien-Ebene nie so krass in Erscheinung trat wie auf der des gesamten Dritten Reiches.

¹¹⁵ Vgl.: Roger Eatwell: The Concept and Theory of Charismatic Leadership, in: António Costa Pinto, Roger Eatwell und Stein Ugelvik Larsen (Hg.): Charisma and Fascism in Interwar Europe, London 2007, S. 3-18.

¹¹⁶ M. Rainer Lepsius: The Model of Charismatic Leadership and its Applicability to the Rule of Adolf Hitler, in, ebenda, S. 37-52.

7.2. Ambivalenzen einer „Zustimmungsdiktatur“?

Unterschiedliche Grade der Bedürfniserfüllung

Unbeschadet der von einem österreichisch-demokratischen Standpunkt aus fraglos negativ ausfallenden Gesamtbilanz der nationalsozialistischen Herrschaftsperiode kann eine wissenschaftliche Untersuchung der Geschichte Wiens im Dritten Reich nicht umhin festzustellen, dass in manchen Teilbereichen der politisch-sozialen Verhältnisse 1938/39 für die Bevölkerungsmehrheit tatsächliche positive Effekte eintraten oder wenigstens so gewertet wurden. Mit einer solchen Feststellung haben sich die traditionellen linken und gar marxistischen Interpretationen des Nationalsozialismus (und des Faschismus generell) immer schwer getan; solche Auswirkungen des NS-Regimes wurden oft als Propaganda und Sozialdemagogie oder als nur scheinbare Verbesserung abgetan, während es – im Vergleich mit den weit aus höheren Gewinnen der kriegswirtschaftlich tätigen „kapitalistischen“ Betriebe – „relativ sinkende“ Einkommenslagen gegeben habe; doch dies ignoriert, was für große Teile der deutschen und österreichischen Bevölkerung, einschließlich der Arbeiterschaft, durchaus reale Erfahrung war und in der Erinnerung nach 1945 so weiterlebte. Auch die neueren Theorien von der „charismatischen Herrschaft“ unterbewerten bei ihrer Erklärung des Funktionierens des Dritten Reiches tendenziell die Elemente materieller und sozialer „Belohnung“, die vor allem mit der Beseitigung der Arbeitslosigkeit und der militärischen Expansion höchst wirksam wurden.¹¹⁷

Wenngleich beim derzeitigen Forschungsstand noch nicht mit der wünschenswerten Sicherheit zu untermauern, können doch folgende Thesen aufgestellt werden. Sie folgen der Theorie einer „Hierarchie der Bedürfnisse“ des amerikanischen Psychologen Abraham H. Maslow.¹¹⁸ Dieses Konzept ordnet die unterschiedlichsten menschlichen Bedürfnisse nach aufsteigenden Stufen, in denen sukzessive ihre Erfüllung angestrebt wird. Der Nationalsozialismus erzielte – jedenfalls in seinen beiden ersten Jahren – in Wien Verbesserungen, allerdings in einem abnehmenden Grad, auf folgenden Bedürfnisbereichen:

- 1) Der Zugang zu materiellen Gütern des alltäglichen und langfristigen Konsums wurde für einen großen Teil der Arbeiter und Angestellten Wiens, verglichen mit dem Stand von 1937, nicht unbeträchtlich erweitert, allein schon durch die Wiedereingliederung der Arbeitslosen in die Wirtschaft, dann auch durch eine – allerdings je nach Wirtschaftszweig stark unterschiedliche – Erhöhung der Realeinkommen. Dem stand allerdings eine zunehmende Beschränkung des Warenangebots und eine bald merkbare Qualitätsverminderung der Waren gegenüber.
- 2) Auch der Zugang zu ideellen Gütern erfuhr durch Freizeiteinrichtungen der DAF, durch KdF-Reisen, Einzeltourismus, Theateraufführungen und Sportförderung zum Teil eine Verbreiterung, die eine Kompensierung des erhöhten Arbeitsdrucks (Tempo und Dauer) und eine ständige Mobilisierung für die „Ar-

¹¹⁷ Vgl. auch: Wehler, *Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 4, S. 681 ff., 731 ff.

¹¹⁸ Abraham H. Maslow: *Motivation and Personality*, New York 1954, hier wiedergegeben nach: Friedrich Fürstenberg: *Angestellte und Gesellschaft*, in: *Geschichte und Gesellschaft*. Festschrift für Karl R. Stadler zum 60. Geburtstag, Wien 1974, S. 360.

beitsschlacht“ erreichen sollte und offensichtlich lange Zeit und bei vielen Gruppen der einheimischen Arbeitenden auch erzielte.

- 3) Auf dem Sektor der sozialen Sicherung vor nicht beeinflussbaren Lebensrisiken wurde teilweise – auch beim Vergleich mit der demokratischen Periode – ein echter Fortschritt wirksam, insbesondere auf den Gebieten der Sozialversicherung (Einführung der Rentenversicherung für Arbeiter) und der Familienpolitik (Beihilfen für „würdige“ und kinderreiche „Volksgenossen“). Doch gibt es kaum einen Zweifel, wie diese sozialpolitischen Verbesserungen aufgenommen worden wären, hätten die Zeitgenossen schon 1938 erkannt, dass die NS-Sozialpolitik weitgehend auf den Krieg mit Bomben- und „Heldentod“, Invalidität und Kriegsopferversorgung hin konzipiert war.
- 4) Eine Verbesserung der betrieblichen Arbeitsbedingungen beschränkte sich oft auf Äußerliches; sie war aber dennoch nicht unwirksam, etwa durch Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit und Hygiene, durch Kantinenbau, Betriebsausflüge oder betonte Aktionen zur Simulierung einer „Schönheit der Arbeit“. Die Beseitigung jeder gewerkschaftlichen Interessenvertretung und der Abbau der arbeitsrechtlichen Errungenschaften von mehreren Jahrzehnten waren die Schattenseite der nationalsozialistischen Betriebsverfassung.
- 5) Trotz der weiteren Verschiebung der gesellschaftlichen Machtverhältnisse zuungunsten der Lohnabhängigen mochte bei einem Teil der Arbeiterschaft, bei den Angestellten und Beamten die mit großem ideologischen Aufwand propagierte Idee der „Betriebsgemeinschaft“ ein echter Ersatz gewesen sein; es entstand vielleicht tatsächlich ein Gemeinschaftsgefühl, das außerhalb der Arbeitswelt durch Propaganda und Wohlfahrtstätigkeit der Partei zur „Volksgemeinschaft“ aller „Arier“ weitergetrieben wurde.
- 6) Einem beschränkten Abbau bestehender sozialer Schranken (bei Aufrichtung unüberwindlicher politischer, „völkischer“ und rassistischer Barrieren) etwa in der Auszahlung von Ausbildungsbeihilfen, in der Förderung beruflicher Fachbildung und in der Einrichtung sozial relativ gleichmäßig zugänglicher politischer Eliteschulen und parteimäßiger Aufstiegskanäle stehen eine verstärkte Einkommensdifferenzierung im gesamtgesellschaftlichen Maßstab wie innerhalb der Lohnabhängigen je nach Leistung und Qualifikation und eine staatliche Reglementierung der räumlichen Mobilität wie der durch Dienstverpflichtungen abgelösten Arbeitsplatzmobilität gegenüber.
- 7) Strittig ist, inwiefern eine Selbstverwirklichung oder Mitbestimmung in der Arbeitswelt und im politischen Bereich inner- und außerhalb der NS-Organisationen tatsächlich *wahrgenommen* wurde. Sie scheint sowohl institutionell als auch durch die rigide soziale Kontrolle, durch den Terrorapparat, die NSDAP-Organisationen und das Propagandamonopol nahezu unmöglich gewesen zu sein, sie wurde jedoch symbolisch durch das Angebot übertönt, zur „Volksgemeinschaft“ und zur künftigen „Herrenrasse“ zu gehören. Zum polit-psychologischen Ersatz wurde den „arischen“ Massen die Identifikation mit der fast übermenschlichen charismatischen Führer-Figur angeboten.

Alle diese „Errungenschaften“ des Nationalsozialismus galten nur für gute „Volksgenossen“. Politische Gegner, „Fremdvölkische“, „Asoziale“, „Zigeuner“ und Juden waren davon partiell bis total ausgenommen, ebenso wie die mit Kriegsdauer

wachsende Zahl der neuen Unterklassen der „fremdvölkischen“ Zwangs- und Sklavenarbeiter.

Zu einem guten Teil waren die realen Verbesserungen, wie schon dargelegt, auf die Einbeziehung Wiens in die Wirtschaft des Dritten Reiches und in die beginnende Angleichung an die deutsche Gesellschaft zurückzuführen; diese hatte bereits ab dem ausgehenden 19. Jahrhundert eher dem Typus einer sozialpolitisch sektoriell weiter fortgeschrittenen, „modernen“ Industriegesellschaft entsprochen. Österreich und besonders Wien waren durch den Zerfall der Habsburgermonarchie noch stärker zurückgefallen, während sich die deutsche Gesellschaft ab 1933 in einem rapiden „keynesianisch“ und rüstungswirtschaftlich angetriebenen Wirtschaftsaufschwung befand. Allein der „Anschluss“ bedeutete daher in manchen Bereichen eine faktische wirtschaftliche, gesellschaftliche und teilweise auch sozialpolitische „Modernisierung“, die in der „Ostmark“ umso stärker wirksam wurde, je „rückständiger“ eine Region oder ein Bundesland in Österreich war.

In Wien, das als Metropole in vielerlei Hinsicht – sozial- wie kulturpolitisch – tatsächlich modern war, waren diese Modernisierungseffekte ebenfalls wirksam, jedoch weniger stark als etwa im Land Salzburg, für das Ernst Hanisch den nicht unwidersprochen gebliebenen Begriff einer „Entprovinzialisierung der Provinz“¹¹⁹ geprägt hat. In Wien kam es eher zu einer kulturellen Provinzialisierung einer Metropole; hier gingen viele sozial- und manche wirtschaftspolitische „Modernisierungen“ durch den Nationalsozialismus als ein durchaus ins Gewicht fallender Nebeneffekt auf die Vertreibung und Enteignung der Juden zurück. Diese stellte hier (beim Vorhandensein eines relativ hohen jüdischen Bevölkerungsanteils von fast 10 Prozent) eine spezifische Variante von (Ersatz für) Sozialpolitik dar. Sie muss von vielen nichtjüdischen Wienern durchaus positiv wahrgenommen worden sein; ich habe sie deshalb als „negative Sozialpolitik“ bezeichnet. Auf den „nationalen Sozialismus“ als einen solchen, der „sozialistisch“ vor allem insofern war, als er auf eine Nationalisierung der bisher fern stehenden Massen und auf ihre Funktionsfähigkeitsmachung in einem modernen, „totalen“ Krieg abzielte, gingen sozialpolitische Maßnahmen in der konkreten Situation des beginnenden Mangels und der Notlösungen nur zum geringeren Teil zurück; sie wurden auf die Zeit nach dem erwarteten „Endsieg“ verschoben.

Solange der Nationalsozialismus bei der Erfüllung unmittelbarer Lebensbedürfnisse und bei der Verbesserung der sozialen Sicherungseinrichtungen Fortschritte zu machen schien und auch machte, also in den ersten Monaten nach dem „Anschluss“, überwogen bei vielen Wienern die positiven Kriterien, da die politische und die arbeitsrechtliche Entrechtung noch nicht zählten. Als die materiellen Grundbedürfnisse halbwegs erfüllt waren oder ihre Erfüllung unmittelbar bevorzustehen schien, weiteten sich die Forderungen auf Bereiche aus¹²⁰, die der Nationalsozialismus aus prinzipiell-ideologischen und praktisch-wirtschaftlichen Gründen nicht erfüllen konnte. Erst dann machte sich eine gruppenspezifisch stärker werdende Ernüchterung über die hoch gesteckten Erwartungen der „Anschluss-

¹¹⁹ Ernst Hanisch: Nationalsozialistische Herrschaft in der Provinz. Salzburg im Dritten Reich, Salzburg 1983, S. 6 ff.

¹²⁰ Vgl. auch: Abraham H. Maslow: A Theory of Human Motivation, in: Psychological Review, 50 (1943), S. 370-396.

tage“ bemerkbar, noch beschleunigt durch die außen- und innenpolitischen Krisenerscheinungen ab Herbst 1938, jedoch bis 1942 mit den Erfolgen von Hitlers hasardierterischer Außen- und Kriegspolitik immer wieder auch zurückgehend

Partielle Unzufriedenheit und erneuerte Loyalität

Den Übergang von der Begeisterung zur Ernüchterung und Enttäuschung schon im Lauf des Jahres 1938, ein Phänomen, das in Österreich am frühesten in Wien auftrat, habe ich früher wie auch ein großer Teil der Widerstandsforschung (seit K. R. Stadler und etwa frühen Studien aus dem Umkreis des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes) überschätzt.¹²¹ Bestenfalls gab es – realistischer eingeschätzt – im Herbst 1938 eine Normalisierung und „Veralltäglichsung“ der Regimezustimmung, in die sich auch deutliche Töne von Dissens mischten, nicht nur im katholischen, sondern auch im linken Arbeitermilieu. Einerseits war dies eine Reaktion auf die enttäuschten katholischen Hoffnungen auf einen „Religionsfrieden“ und auf die verschärfte Kirchenpolitik des Nationalsozialismus, andererseits artikulierte sich in den Betrieben mehr Unzufriedenheit, weil auch die Position der Arbeiter auf dem Arbeitsmarkt durch den Wirtschaftsboom stärker wurde. Eine solche Stärkung ergab sich gerade aus der raschen Überwindung der jahrelang auf Wien lastenden Arbeitslosigkeit und des beginnenden Arbeitskräftemangels, der aus dem „Altreich“ auch auf Ostösterreich übergriff.¹²² Manche Äußerungen von Protest gegen Arbeits- und Lohnverhältnisse in den Betrieben und in der Öffentlichkeit Wiens, die als politisch missverstanden werden konnten, waren nur innerbetrieblich oder lohnpolitisch motiviert.

Aus solcher (artikulierter) sozialer und politischer Unzufriedenheit konnten, jedoch mussten nicht Widerständigkeit und politischer Widerstand erwachsen.

Dem vergangenen autoritären „Ständestaat“ hatte der Großteil der Wiener Bevölkerung nach über vier Jahren drückender Erfahrung die Fähigkeit zur täglichen Überlebenssicherung und die Gewährleistung der elementarsten Garantien vor sozialer Unsicherheit nicht mehr zugetraut. Am Nationalsozialismus beeindruckten die Wiener daher zunächst der unbezweifelbare Wirtschaftsaufschwung im Deutschen Reich und seine ersten Schritte zur Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage nach dem März 1938. Dazu kam, dass das NS-Regime – objektiv betrachtet – einer solchen Einschätzung in der Propagandakampagne für die „Volksabstimmung“ Vorschub leistete, wenngleich sich die Parteiführer durchaus der Gefährlichkeit dieses Vorgangs für die Stimmung der breiten Bevölkerung bewusst waren. Als logische Folge uneinlösbarer konkreter Versprechungen überwiegend wirtschaftlicher Natur sahen sie „saure Reaktionen“, Missgunst und „Meckerertum“ voraus.¹²³ Auch Bürckels ausdrückliche Weisung vom 16. März 1938 –

¹²¹ Vgl. Botz: Wien, S. 465 ff. und 499 ff.; differenzierter dagegen mein Aufsatz: Resistenz als Widerstand gegen Diktatur, in: Der Ruf des Gewissens. Widerstand gegen Nationalsozialismus zwischen „Walküre“ und „Radetzky“, hg. von der Landesverteidigungsakademie, Rudolf Hecht, Wien 2005, S. 33–43.

¹²² Vgl. Kirk, Nazism, S. 56 ff.

¹²³ Zusammenstellung der Auszüge aus den Berichten der reichsdeutschen Kreisleiter, die den österreichischen Kreisleitern als Berater zugeteilt sind, Juli 1938, Bd. A, Rk 293, AVA.

„Die Wahlpropaganda erfolgt auf der Ebene der Ehre; ein auffälliges Locken mit den durch den Anschluß an das Reich entstehenden wirtschaftlichen Vorteilen ist zu unterlassen“¹²⁴ – scheint nicht eingehalten worden zu sein. Einerseits resultierte daraus kurzfristig eine selbst für viele Nationalsozialisten überraschend starke Zunahme optimistischer Einschätzungen und die Bereitschaft, bei der „Volksabstimmung“ ein „Ja“ abzugeben, andererseits der darauf folgende stimmungsmäßige Rückschlag. Er leitete eine Phase des wellenförmigen zeitlichen stimmungsmäßigen Schwankens zwischen Dissens und Konsens und einer vertikal nach sozialen Klassen, „Ständen“ und Schichten differenzierten Einstellung zum Regime ein.

Die stimmungsmäßige Lage nach der nationalsozialistischen Machtübernahme bei den Gruppen der Lohnabhängigen, die 80% der Bevölkerung Wiens ausmachten, vor allem auch unter der Industriearbeiterschaft, ist in ihrer Widersprüchlichkeit schon ausführlich beschrieben worden. Sie war durch Abwarten, Bekehrung, wachsendes Selbstbewusstsein, Enttäuschung, beginnenden Protest und Unterstützung vereinzelter Widerstandsaktionen, schließlich aber auch durch erneuerte widerwillige Loyalität gekennzeichnet.

Ein sehr geringes sozialstrukturelles Gewicht kam in Wien den noch selbstständigen landwirtschaftlichen Produzenten (Bauern, Gemüse- und Blumengärtner, Weinbauer etc., zusammen rund 2 Prozent der Wiener Erwerbsbevölkerung) zu, die sich, so unterschiedlich ihre wirtschaftliche Lage und ihre frühere politische Einstellung gewesen sein mochten, nach dem „Anschluss“ ebenfalls eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Bedingungen und ihrer gesellschaftlichen Wertschätzungen erwarteten. Gerade von der „Blut und Boden“-Ideologie des Nationalsozialismus versprach sich diese soziale Gruppe auch in Wien, dass der Nationalsozialismus zu enturbanisieren versprach, bedeutenden sozialen Prestige- und Einflussgewinn. Obwohl manche dieser Hoffnungen, wenngleich verzögert, tatsächlich erfüllt wurden, trat auch in diesen Kreisen – vor allem in den katholisch stark geprägten Alpenregionen – im Laufe der Zeit eine merkliche Distanzierung vom Regime ein, eine stimmungsmäßige Auswirkung der antikirchlichen Politik des Regimes, und die katholische Mehrheitsreligion war selbst unter der bäuerlichen Bevölkerung auch des großstädtischen Umraumes immer noch ein Faktor, den die NS-Propaganda nie richtig überwinden konnte.

Auch viele Gruppen des städtischen Kleinbürgertums (etwa 16 Prozent) setzten auf die vom NSDAP-Programm versprochene Mittelstandspolitik. Wie in Buchapitel III ausgeführt, zeigte sich schon nach kurzer Zeit, dass die NS-Wirtschaftspolitik primär auf kriegswirtschaftliche Erfordernisse ausgerichtet und nicht bereit war, Produktivität und Gewinne der Großwirtschaft und der Unternehmer einzuschränken und Arbeitskräfte, die ja schließlich als Soldaten ins Feld geschickt werden sollten, in Kleinbetrieben zu verzetteln. Im Zuge der „Arisierungen“ erfolgte ab Sommer 1938 zugleich auch ein strukturpolitischer Schlag gegen den selbstständigen Mittelstand. Viele Kleinst- und Kleinbetriebe wurden, wie schon gesagt, aufgelassen und Tausende bisher arbeitsrechtlich Selbstständige wurden, statt die erwartete Mittelstandsförderung zu erhalten, auf den für sie schmerzhaft empfundenen Status der Lohnabhängigen gedrückt.

¹²⁴ Niederschrift vom 17. März 1938, Rk 30 (1700), AVA.

Ein ähnliches als schmerzhaft empfundenen Los ereilte auch die etwa 25.000 „kommissarischen“ Leiter der den Juden geraubten Geschäfte und Unternehmungen, da Bürckel nur einem Bruchteil der ehemals jüdischen Betriebe, und zwar nur dem leistungsfähigsten Teil, die Bewilligung zur Weiterführung erteilte, den größten Teil jedoch liquidieren ließ. Zwar waren es gerade diese sozialen Schichten, die auch von der „negativen Sozialpolitik“ am stärksten profitierten. Aber die mittelständischen „Ariseure“ – überwiegend „alte Kämpfer“, „Illegale“ oder eifrige Mitläufer – fühlten sich von den strukturpolitischen Maßnahmen des Regimes besonders schwer benachteiligt. Denn als die eifrigsten Vorkämpfer des Nationalsozialismus stellten sie auch die größten Ansprüche. Wenigstens auf Kosten der Juden erwarteten sie eine Kompensation jener Benachteiligungen und Verfolgungen, die sie nicht selten im Kampf gegen das „ständestaatliche“ Österreich erfahren hatten. Oder sie rechneten überhaupt auf jenen wirtschaftlich-sozialen Aufstieg, dessen Erwartung sie als von der langfristigen und krisenhaften Wirtschaftsentwicklung Verunsicherte erst dem Nationalsozialismus in die Arme getrieben hatte. Ab Herbst 1938 entstand daher auch im Kern der NS-Bewegung ein Unzufriedenheitspotenzial, das in seiner Stoßrichtung gegen die „Reichsdeutschen“ mit dem Unmut einer anderen sozialen Gruppe zusammenfloss: der österreichisch-staatlichen und der Wiener Bürokratie.

Die Beamtenschaft vor allem Ostösterreichs war trotz mancher einkommens- und prestigemäßigen Privilegierung im Dritten Reich durch die staatsrechtliche Form, in der Österreichs Integration schließlich erfolgte, zum Teil in ihrer dienstlichen Stellung, jedenfalls aber in ihrem Selbstbewusstsein schwer getroffen. Die etappenweise Verschärfung des „Anschluss“-Modells bis zur vollständigen Auflösung Österreichs bekamen viele Beamte der ehemaligen österreichischen Bundesverwaltung schon 1938, besonders aber ab 1939 zu spüren. Direkte Unterstellung unter die Berliner Zentralbehörden, „reichsdeutsche“ Vorgesetzte, die die neu eingeführten Reglements und Gesetze meist schon vom „Altreich“ her kannten, Auflösung vieler ihrer Dienststellen sowie Versetzungen, Funktionsverluste und direkte Eingriffe von Parteistellen erregten Missmut in der Wiener Beamtenschaft, was die Stimmungslage in Wien deutlich von jener in der „Provinz“ unterschied.

In fast jeder der hier aufgezählten gesellschaftlichen Gruppen kam es im Lauf der Jahre 1938/39 zu einer Wellenbewegung hinsichtlich der Einschätzung ihrer sozial-wirtschaftlichen und politischen Lage. Daraus ergibt sich, dass die optimistische Lagebeurteilung durch die Wiener nach einem steilen Anstieg ab Mitte März 1938 ihr Maximum schon im Mai erreicht haben muss. Ab Frühsommer 1938 scheint sie einen allmählich immer deutlicher werdenden, von Gegenbewegungen unterbrochenen Rückgang genommen zu haben. Mit der NS-Machtübernahme verbesserte sich zwar auch die soziale Lage vieler Wiener und vor allem ihre subjektive Zukunftseinschätzung; aber je öfter sich die außenpolitischen Krisen ab Herbst 1938 wiederholten, umso pessimistischer wurde auch die Einschätzung der eigenen Zukunftsaussichten.

Erst in diesem Zusammenhang kollektiver Ernüchterung und partieller Unzufriedenheit wurde auch oppositionelles Verhalten in etwas breiterem Umfang möglich. Nicht zufällig sind daher erst ab September 1938 wirklich nennenswerte katholisch-konservative und linke politische Widerstandshandlungen aktenmäßig belegt. Zugleich fiel in diese Periode ein innenpolitischer Systemwandel, der etwas

verzögert vom „Altreich“ nach Österreich übergriff: die außen- und innenpolitische Radikalisierung des NS-Herrschaftssystems. Damit verschob sich die Gewichtung im NS-Herrschaftssystem, das man mit Götz Aly als eine „Zustimmungsdiktatur“ charakterisieren könnte¹²⁵, von der bisher dominierenden Integration der Bevölkerung vor allem durch partielle Belohnung und Scheinpartizipation, durch Propaganda und bloßen Meinungsdruck auf die Mobilisierungseffekte durch Krieg und ausgeübte und erfahrene Gewalt, aber auch durch neue Chancen in den eroberten Gebieten; die allmählich zunehmenden Widerspenstigen und „Wehrkraftzersetzer“ bekamen den verstärkten Terror und die zunehmenden Elemente der Zwangsintegration zu spüren. Hitler konnte daher am 20. Mai 1942 in der „Wolfsschanze“ befriedigt feststellen:

Durch die militärische Vorbereitung auf den Krieg in den Jahren 1938/1939 seien die bei den Wienern und so weiter [nach der Niederlage im Ersten Weltkrieg (sinngemäße Ergänzung; G.B.)] aufgetretenen Überheblichkeits-, beziehungsweise Minderwertigkeitskomplexe kuriert worden (ähnlich wie bei den Bayern in den 4 Jahren 1866-1870). Und der Krieg selbst erweise sich nun als bester Erzieher im großdeutschen Sinne und als bester Tiegel für den Einschmelzungsprozeß.¹²⁶

Tatsächlich gelang es dem Nationalsozialismus (und dem Charisma Hitlers) bis weit in den Krieg hinein, das „Volk“ weitgehend beim „Arbeitseinsatz“ und an der Kriegsfrent zu halten. Vom Entstehen eines nationalsozialistischen „Volksstaates“ zu sprechen, der sich auch von der Ausbeutung fremder Länder erhalten konnte¹²⁷, erscheint mir wegen des bestehenden Zwangscharakters des NS-Systems allerdings nicht adäquat. Auch blieben die Erwartungen auf immense, jedem „Volksgenossen“ auch an der „Heimatfront“ zugute kommende Vorteile eines „großgermanischen Reiches“ motivierend, solange die Wehrmacht siegreich war und das Dritte Reich praktisch ganz Kontinentaleuropa kontrollierte. Erst mit der „Wende von Stalingrad“ trat ein Stimmungsumschwung ein, eine beginnende Kriegs- und „Reichsmüdigkeit“ kündigte sich an; aber nunmehr trat die Idee einer Verteidigung der „Bastion Europa“ in den Vordergrund und eine neues, „defensives“ Motiv dürfte wirksam geworden sein: die Abwehr der voraussehbaren Folgen der Niederlage und der Bestrafung durch die Sieger; dies konnte – neben dem „Führer-Glauben – dazu motivieren, den Krieg trotz riesiger eigener Verluste noch bis zum Frühjahr 1945 durchzuhalten, auf Seiten vieler Wiener nicht viel schlechter als auch bei anderen Angehörigen des „Großdeutschen Reiches“.

Von der „Volksgemeinschaft“ zur „Verfolgungsgemeinschaft“

In dem Maß, in welchem die Machtübernahme des Nationalsozialismus gelungen war, die Gesellschaft gleichgeschaltet wurde und die NS-Herrschaft gesichert schien, weiteten sich die Umgestaltungsvorstellungen und -politikprozesse, die bisher hauptsächlich beschrieben wurden, auf die Schaffung einer neuen Ge-

¹²⁵ Götz Aly: Rasse und Klasse. Nachforschungen zum deutschen Wesen, Frankfurt / Main 2003, S. 76.

¹²⁶ Picker, Tischgespräche, S. 319.

¹²⁷ Aly, Volksstaat, S.93ff

sellschaft aus. Dem sozialutopischen Ideal entsprechend, das in vielen Äußerungen Hitlers und seiner Unterführer in der einen oder anderen Form beschworen wurde, sollte eine Gemeinschaft von „arischen“, „rassereinen“ und „leistungsstarken“ Deutschen verwirklicht werden. Schon vom Biologischen her, aber auch durch die (gewaltsame und antidemokratische) Überwindung der Klassen-, Land-Stadt- und politischen wie konfessionellen Gegensätze und Ungleichheiten sollte das deutsche Volk – so das weithin und insbesondere von der Jugend geglaubte Versprechen – von den Übeln der modernen Gesellschaft überhaupt und von jenen der Zwischenkriegszeit im Besonderen befreit werden.¹²⁸ In dieser deutschen „Volksgemeinschaft“ sollten jeder und jede in der Identifikation mit dem „Führer“ und dem „Volk“ aufgehen, die wiederum für alle „Dazu-Gehörigen“ entsprechend sorgen und Teilhabe garantieren würden; im Gegenzug wurde bedingungsloser Glaube, absolute Unterwerfung unter einen mystischen, durch Partizipationsrituale vorgestellten gemeinsamen „Volkswillen“ verlangt.

Daraus ergab sich die Doppelgesichtigkeit des Nationalsozialismus selbst für Hitler-Gläubige: Modernität und Rückwärtsgewandtheit, Leistungsgesellschaft und Belohnung der „Zugehörigen“, rücksichtslose Gewalt und national-soziale Obsorge.¹²⁹ Globocniks Freundin Ingeborg Teuffenbach hatte schon vor 1938 in einem Gedicht „Adolf Hitler“ angehimmelt und dabei Schirachs Unterstützung erhalten:

Zwei Menschen sind in dir vereint:
Einer, der kalt und hart erscheint,
der, was er will, erzielt.
Einer, der weich und gütig ist,
der auch den Ärmsten nicht vergißt,
mit dem Geringsten fühlt.
Zwei Ströme danken dir die Kraft.
Von jeder Wurzel bist, du Saft
Und Same, der sie treibt
Aus dir entband sich neuer Geist,
der uns zum Volk zusammenschweißt
und ewig in uns bleibt.¹³⁰

Angst und Liebe, Vorsehung und Wille, Brutalität und Empathie, Männliches und Weibliches verschmolzen in diesem charismatischen „Führer“-Bild¹³¹, von dem eine enorme politik-erotische und säkular-religiöse Faszination ausging. So sollten auch die vielschichtigen und widersprüchlichen Interessen und Lebenslagen einer komplexen, von säkularen Wandlungsprozessen erfassten Gesellschaft wie der deutschen im zweiten Drittel des 20. Jahrhunderts mit allen ihren wissenschaftlichen, wirtschaftlichen und technischen Ressourcen unter ein Dach und Ziel ge-

¹²⁸ Vgl.: Hans-Ulrich Wehler: Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 4, München 2003, S. 686 f.

¹²⁹ Vgl: Carola Sachse u.a. (Hg.): Angst, Belohnung, Zucht und Ordnung. Herrschaftsmechanismen im Nationalsozialismus, Opladen 1982; auch: Michael Burleigh: Die Zeit des Nationalsozialismus, Frankfurt a. M. 2000, S. 257 ff.

¹³⁰ Bekenntnisse, ohne S. (S. 7); und: Teuffenbach, Saat, S. 66.

¹³¹ Vgl: Ute Gerhardt: Charismatische Herrschaft und Massenmord im Nationalsozialismus, in: Geschichte und Gesellschaft, 24 {1998}, S. 503-538.

bracht werden. Daraus resultierte die „kumulative Radikalisierung“¹³² und die bis dahin unvorstellbare, bis fast zuletzt anhaltende Mobilisierungskraft des NS-Regimes im Krieg, der trotz der erwarteten großen eigenen Opfer das Dritte Reich als Führungsmacht in Europa (und darüber hinaus) „tausendjährig“ etablieren sollte.

Diesem rational-irrationalen sozialtechnischen Monsterprojekt war dreierlei immanent:

- zunächst die Ausschaltung all jener, die ihm politisch entgegenstanden und als politische Gegner verfolgt, unterdrückt oder – wenn „rassisch“ „besserungsfähig“ – überzeugt und bekehrt werden konnten: mit den kombinierten Mitteln von Terror, Kontrolle, Propaganda und Belohnung, wie es in der Phase der Machtübernahme und -sicherung geschah;
- die ständige Neu- und Umformulierung dieses Gesellschaftsmodells auf dem Weg zu seiner Realisierung, bei der Hitler einerseits die Richtung vorgab, andererseits sich zu-arbeiten¹³³ ließ und sich sozialdarwinistisch oft nur auf die Seite jener Lösungsvorschläge zu stellen brauchte, die sich im Neben- und Gegeneinander (in) der „Partei“, der Verwaltung, der Gesellschaft und Wissenschaft durchzusetzen im Begriff waren; dies bedingte, dass große und einflussreiche Teile der deutschen Gesellschaft, die taten, was sie sonst auch zu tun glaubten, auf allen Ebenen an der Entwicklung und praktischen Umsetzung dieser Sozialutopie beteiligt waren;
- und nicht zuletzt die scharfe ideologische und soziale Abgrenzung von den jeweils „Anderen“, die nicht zu den „Eigenen“ dieser homogenen „Volksgemeinschaft“ gehörten und nicht integriert werden konnten oder sollten, was in eine immer radikalere Ausgrenzung, Vertreibung und letztlich massenhafte physische Vernichtung der „Unerziehbaren“, „Unheilbaren“ „Gemeinschaftsfremden“ und „Rassefeinde“ mündete.¹³⁴

Im Zentrum dieser „totalitären“ Zustimmungsdiktatur¹³⁵ stand die Vorstellung, die „rassisch Höherwertigen“ hätten geradezu die Pflicht, ihr eigenes Wohl und Überleben auch in einer Gefahr, die sie selbst heraufgeschworen hatten, und ohne Rücksicht auf Menschen, denen die volle Menschlichkeit abgesprochen wurde, ihre eigenen Ziele zu verfolgen: Das begann damit, sich selbst und die „Gemeinschaft“ an jenen zu bereichern, sie nach eigenen Bedürfnissen umzusiedeln und zu vertreiben, an ihnen, ohne jede humane Rücksicht, medizinische Experimente zum Wohl der Kriegsführung und der Gesundheit des eigenen Volkes durchzuführen, die Arbeitskraft von KZ-Häftlingen, Strafgefangenen, Kriegsgefangenen, „Fremdarbeitern“, selbst eigenen Arbeitern unter abgestuften Zwangsmaßnahmen bis zum Letzten auszubeuten, und endete damit, die zur Vernichtung vorgesehenen „schädlichen“ Menschenkategorien sofort zu ermorden oder die noch Arbeitsfähigen bis

¹³² Hans Mommsen: Die Realisierung des Utopischen: Die „Endlösung der Judenfrage“ im „Dritten Reich“, in: Wolfgang Wippermann (Hg.): Kontroversen um Hitler, Frankfurt a. M. 1986, S. 219-248, hier S. 252.

¹³³ Gemeint ist hier das etwas irreführende „Dem Führer entgegen arbeiten“ bei: Kershaw, Hitler, Bd. 1, S. 665.

¹³⁴ Detlev Peukert: Volksgenossen und Gemeinschaftsfremde. Anpassung, Ausmerze und Aufbegehren unter dem Nationalsozialismus, Köln 1982.

¹³⁵ Im Gegensatz zu: Hanisch, Schatten, S. 348 ff.; und: Aly, Volksstaat, S. 35 ff.

zu ihrem Tod auszunutzen und sie dadurch vorzeitig zu Tode zu bringen. Deshalb expandierte auch mit Kriegsbeginn und dessen Steigung zum „totalen Krieg“ angesichts der heraufziehenden Niederlage der Zwangscharakter die NS-Systems, was dazu führte, dass das „Tausendjährige Reich“ zu einem Territorium vieler Arten von Lager wurde – eine Epochenerscheinung der Mitte der 20. Jahrhunderts, die sich allerdings nicht nur auf das „Großdeutsche Reich“ beschränkte.¹³⁶

Gewissermaßen war es die expanierende Säuberungs- und Verfolgungspolitik, die erst die „Volksgemeinschaft“ konstruierte und zu einer „Verfolgungs- und Volksgemeinschaft“ machte. Daher ergab sich der sonst schwer verständliche Zusammenhang von NS-Gesundheits-, Sozial-, Erziehungs-, Wirtschaftspolitik und Vernichtung. Von hier führte auch ein Weg in die „Endlösung der Judenfrage“.¹³⁷ Diese Doppelgesichtigkeit des „nationalen Sozialismus“ zeigte sich auch in Wien in vielen Politikbereichen, etwa in der Jugenderziehung und Jugendfürsorge, in der Jugendliche, die sich nicht dem NS-Ideal entsprechend umformen ließen und „normabweichendes Verhalten“ zeigten, rasch als „Asoziale“ stigmatisiert werden, in so genannten „Jugenderziehungslagern“ landen und ermordet werden konnten¹³⁸, „Zigeuner“, bei deren Einordnung die NS-„Rassentheorie“ schwankte, wurden in der Verfolgungspraxis eher wegen ihrer – als erblich festgelegt vorgestellten – Lebensform von der Kriminalpolizei als „Asoziale“ „behandelt“, bevor sie wie Juden in Mauthausen und Auschwitz systematisch ermordet wurden.¹³⁹ Die Ehe-, Kinder- und Erbgesundheitspolitik teilte an diejenigen, die den rassenbiologischen Kriterien entsprachen, Förderungen aus, von denen die anderen nicht nur ausgeschlossen waren, sondern in umfassenden Karteien erfasst wurden¹⁴⁰ sowie Zwangssterilisation und „Euthanasie“ über sich ergehen lassen mussten¹⁴¹. Besonders krass lässt sich das bei der Pflege von Behinderten und Geisteskranken sehen, die organisatorisch und in ihrer medizinischen Praxis nahtlos in die Ermordung in

¹³⁶ Joel Kotek und Pierre Rigoulot; Das Jahrhundert der Lager. Gefangenschaft, Zwangsarbeit, Vernichtung, Berlin 2001, S. 269 ff., 670 ff.

¹³⁷ Henry Friedlander: Der Weg zum NS-Genozid. Von der Euthanasie zur Endlösung, Berlin 1997.

¹³⁸ Vgl.: Ernst Beiger (Hg.) und Else Rieger (Red.); Verfolgte Kindheit. Kinder und Jugendliche als Opfer der NS-Sozialverwaltung, Wien 2007; Regina Fritz: Die nationalsozialistischen „Jugendschutzlager“ Uckermark und Moringen. Disziplinierung, Internierung und Beseitigung normabweichender Jugendlicher im Dritten Reich (ungedr. Dipl. Arb., Univ. Wien 2004).

¹³⁹ Michael Zimmermann: Rassenutopie und Genozid. Die nationalsozialistische „Lösung der Zigeunerfrage“, Hamburg 1996; Florian Freund: Zigeunerpolitik in Österreich im 20. Jahrhundert, 2 Bde. (ungedr. Habil. Schr., Univ. Wien 2003); Florian Freund, Gerhard Baumgartner und Harald Greifeneder: Vermögenszug, Restitution und Entschädigung der Roma und Sinti, Wien 2002; vgl. auch; Erika Thurner; Nationalsozialismus und Zigeuner in Österreich, Wien 1983.

¹⁴⁰ Herwig Czech: Erfassung, Selektion und „Ausmerze“. Das Wiener Gesundheitsamt und die Umsetzung der nationalsozialistischen „Erbgesundheitspolitik“ 1938 bis 1945, Wien 2003.

¹⁴¹ Eberhard Gabriel und Wolfgang Neugebauer (Hg.); NS-Euthanasie in Wien, Wien 2000; vgl. allg.: Gisela Bock: Zwangssterilisation im Nationalsozialismus. Studien zur Rassenpolitik und Frauenpolitik, Opladen 1986; Claudia Andrea Spring: Verdrängte Überlebende. NS-Zwangssterilisationen und die legitime, medizinische und gesellschaftliche Ausgrenzung von zwangssterilisierten Menschen in der Zweiten Republik (ungedr. Dipl. Arb., Univ. Wien 1999).

den so genannten „Euthanasie“-Aktionen übergang, wogegen sich kaum Protest erhob.¹⁴² Daher konnte der deutsche Historiker H. G. Hockerts beim Münchner Historikertag – allerdings nicht unbedingt nur mit Blick auf den Nationalsozialismus – resümieren: „Beklemmend deutlich geworden sind die spezifischen Wert- und Unwertkategorien, denen zufolge Teile der Bevölkerung mit expansiver Sozialpolitik zu fördern, andere Teile nicht nur zu vernachlässigen, sondern auszusondern und in letzter Konsequenz ‚auszumerzen‘ waren.“ Und er stellte sich die Frage, ob im nationalsozialistischen „Sozial- und Wohlfahrtsstaat“ die „Rassenpolitik Vorrang hatte vor der Sozialpolitik, der Massenmord vor der Wohlfahrt“ oder umgekehrt.¹⁴³ Aus Wien in den Jahren 1938/39 und besonders in den darauf folgenden Kriegsjahren kann man jedenfalls den Eindruck gewinnen, dass in der selbst geschaffenen innen- und außenpolitischen Krisensituation des NS-Regimes zwischen beiden Polen eines „gesellschaftspolitischen“ Kontinuums nicht immer und unbedingt ein Gegensatz bestehen musste. In der „Verfolgungs- und Volksgemeinschaft“ des Nationalsozialismus waren Verfolgungs- und Vernichtungspolitik, die eine Tendenz zur Perpetuierung hatten, ein Ersatz für Sozialpolitik, sie waren „negative Sozialpolitik“.¹⁴⁴

7.3 Sonderfall Wien

Hitler und Wien: Ressentiment und „Machiavellismus“

Der österreichische Geistesgeschichtler und Publizist Friedrich Heer hat in seinem Buch über Adolf Hitler psychohistorisch dessen „Hassliebe“ zu Wien herausgearbeitet.¹⁴⁵ Er erklärt sie mit Hitlers Herkunft aus dem oberösterreichischen „Provinz“-Milieu, in dem man nicht nur zur Zeit von Hitlers Jugend oft voll Angst und Unverständnis, aber dennoch fasziniert auf die glanzvolle Metropole blickte; auf dieser lag – noch lange nach 1918 – ein Abglanz des Kaiserreichs. Dessen Hauptstadt erschien vielen der „Provinz“-Bewohner als die Verkörperung der Ambivalenz der Moderne: Großstädtisches, Urbanität, Dynamik, prunkvolle Repräsentation und architektonische Machtentfaltung, Industrien, Banken und symbolträchtige Bauten, Großbürgertum und Reichtum, aber auch Proletariat, Sozialismus, Armut, lockere Sitten, Prostitution, Krankheiten, „Völkermischung“, Juden, wenn man aus Distanz der „Provinz“ überhaupt wusste, wie sie aussahen, etc.

Hitlers „Mein Kampf“ und seine Reden sind voll von diesen Eindrücken. Wenn Hitler auch später sagte, „die härteste, aber gründlichste Schule“ seines Lebens sei Wien gewesen¹⁴⁶, wo er seinen rassistischen Antisemitismus und seinen Slawenhass gelernt habe – aus Linz brachte er seine Aversion gegen Wien mit, die kurzfristig in

¹⁴² Siehe vor allem: Ernst Klee: „Euthanasie“ im NS-Staat. Die „Vernichtung lebensunwerten Lebens“, Frankfurt a. M. 1995, S. 278 ff.

¹⁴³ Hans Günter Hockerts: Einführung, in: ders. (Hg.): Drei Wege deutscher Sozialstaatlichkeit, München 1998, S. 16 f.

¹⁴⁴ Erstmals siehe: Botz, „Anschluß“, S. 479.

¹⁴⁵ Friedrich Heer: Der Glaube des Adolf Hitler. Anatomie einer politischen Religiosität, München 1968, S. 53 und passim.

¹⁴⁶ Ivar Oxaal: Die Juden im Wien des jungen Hitler: Historische und soziologische Aspekte, in: Botz u.a., Kultur, S. 50 f.

maßlose Bewunderung, dann wieder in Angst und Abneigung umschlug. Immer blieb er jedoch – auch im Weltkrieg – vom Wiener Lebensstil, von der Ringstraße, der Oper, den Wienerinnen, aber auch von „seinen Hoch- und Deutschmeistern“ im Krieg sowie von der Vertrautheit der österreichischen Offiziere und Politiker mit den slawischen Völkerschaften, die man richtig behandeln müsse¹⁴⁷, fasziniert und stellte Wiens Qualitäten manchen weniger geschätzten Eigenschaften Berlins und selbst Münchens gegenüber. So schwadronierte er Anfang September 1942, als gerade die letzte Welle der Deportation der Wiener Juden in die Vernichtungslager lief, naiv-nostalgisch und drohend in seinem Hauptquartier:

In Wien gab es vor dem Weltkrieg unermesslichen Reichtum, aber es hat alles das gefehlt, was in Berlin das Protzentum war! Das Essen war sehr schmackhaft. Zum Frühstück hat man nichts gegessen. Ich glaube, daß in Wien 1909/10 alle Mädels im Kaffeehaus Mittag gegessen haben, eine Tasse Kaffee und zwei Semmeln! [...] Die Oper war vor dem Weltkrieg etwas Wunderbares! Auch da war eine Kultur drin, unerhört! Die Frauen mit ihren Diademen, eine einzige Pracht! Nun saß da an der gleichen Stelle ein Judenpöbel! Die Jüdinnen haben ihre Hände herabhängen lassen, damit man ihren Schmuck sieht; es war furchtbar! [...] Jetzt bin ich wieder in Wien gewesen, das Dreckszeug ist weg, aber es ist eine arme Stadt geworden!¹⁴⁸

Er „verdenke es keinem Wiener, wenn er Wien jetzt nachtrauert“. Schirach sei nun seit zwei Jahren in Wien und „vollständig von der Wiener Atmosphäre eingefangen“. Er selbst sei jedoch „dem Zauber von Wien nicht erlegen, weil ich sehr hart war in meiner deutschen Gesinnung!“¹⁴⁹

Die Wiener Historikerin Brigitte Hamann hat das Wien Hitlers, in dem er politisch sozialisiert wurde, im Detail nachgezeichnet.¹⁵⁰ Und Hitlers Ambivalenz hielt ab dem Jahr 1913, als er nach München und später nach Berlin ging, bis zu seinem Selbstmord an und seinen deutschen Zuhörern erzählte der „Führer“ immer wieder als glühender Deutschnationaler Schönerianischer Prägung von den Schattenseiten und Gefahren, aber auch von den Vorzügen Wiens und der Wiener. Das Nachwort von Karl R. Stadler wird auf Hitlers ambivalente Haltung und Politik gegenüber Wien noch ausführlich eingehen.

Das von Hitlers ganz persönlichen Erfahrungen und Vorurteilen geprägte Wien-Bild schlug sich in praktisch allen seinen Willensäußerungen, Beurteilungen und Entscheidungen über Wien nieder. Hier muss es genügen, aus einem äußerst ausführlichen Dokument zu zitieren. Am 25. Juni 1943 hielt er eines seiner üblichen Tischgespräche im „Führerhauptquartier“ in der „Wolfsschanze“ bei Rastenburg bei Gierłoż (Görlitz), Ostpreußen. Selbst nach Stalingrad und bis in seine letzten Tage entwickelte er hier meist vor einem kleinen Kreis von Besuchern nächstens seine Visionen und Pläne.¹⁵¹ Da daraus oft seine konkrete Politik hervorging, sind derartige Äußerungen, die natürlich mit gebührender Vorsicht zu lesen sind, auch für unser Thema relevant. Bormann ließ durch einen seiner Referenten von diesen Führerworten „eingehende Aufzeichnungen“ anfertigen und korrigierte sie

¹⁴⁷ Vgl.: Picker, Tischgespräche, S. 31.9.

¹⁴⁸ Picker, Hitlers Tischgespräche, S. 379 f.

¹⁴⁹ Ebenda.

¹⁵⁰ Hamann, Wien, S. 87 ff., 125 ff.

¹⁵¹ Vgl. allg. dazu: Picker, Hitlers Tischgespräche, S. 9 ff. und 37 ff.

meist eigenhändig. Hitler monologisierte an diesem Tag ausführlich über die Stellung Wiens, dessen Verhältnis zu Linz und Berlin und seine eigenen kultur- und bevölkerungspolitischen Pläne. (Manches Mal scheint man in Hitlers frei überlieferten Worten vorsichtige Einwände seiner Gesprächspartner zu hören.)¹⁵²

Ich bin durchaus nicht gegen Wien eingestellt, das ist völlig falsch. Auch in Berlin kritisiere ich alles, was mir nicht gefällt. Aber meine Aufgabe ist eine viel größere, sie heißt nicht Wien oder Berlin. Meine historische Erkenntnis sagt mir, daß die augenblicklichen Verhältnisse sich einmal ändern können, und ich muß auch heute schon daran denken, was wird, wenn ich einmal nicht mehr da bin. Es ist eine Gefahr, wenn in dem ostmärkischen Kulturraum einmal Wien allein bestimmend bleiben sollte. Daher trete ich jetzt schon gegen eine solche Entwicklung auf, und ich schaffe andere Kulturzentren, um dieser Gefahr rechtzeitig zu begegnen. Wien hat sonst eine zu große kulturelle Anziehungskraft. Das würde zu einer Steigerung der politischen Anziehungskraft führen, und das darf eben nicht sein. Das habe ich aus der Geschichte gelernt. In München besteht diese Gefahr nicht, denn der kulturelle Einfluß Münchens geht über die weißblauen Grenzpfähle nicht hinaus. Ich fühle mich dafür verantwortlich, daß sich hier keine Entwicklung vorbereitet, die später zum Unheil führen kann. Man kann sehr wohl eine musische Liebe zu der Stadt Wien haben. Aber wenn man in diesem Raum politische Maßnahmen treffen will, muß man die Dinge ganz kalt und nüchtern beurteilen. Deshalb muß alles, was Wien aus den Provinzen herausgenommen hat, wieder in die Gaue zurück.

Damit sprach Hitler bereits sein Leitthema an: Wiens dominante Stellung und Anziehungskraft auf die österreichischen Kron- bzw. Bundesländer zu brechen; dem kamen die Wünsche der dortigen bildungs- und kleinbürgerlichen Schichten entgegen, die die eifrigsten Nazis und seine Verbündeten bei der politisch-administrativen Zerschlagung Österreichs waren. Immer auch, wie hier und im weiteren Verlauf seiner Ausführungen, befürchtete er, dass von Wien aus wieder föderalistische bzw. separatistische Tendenzen ausgehen könnten, die den von ihm angestrebten NSDAP-kontrollierten großdeutschen Einheitsstaat auflösen würden. Daher war er strikt gegen jede Politik, die Wien als ein zweites kulturelles oder gar politisches Zentrum neben der Reichshauptstadt und der „Hauptstadt der Bewegung“ halten wollte. Die „Führerstadt Linz“ sollte bevorzugt werden, was das für politische Metropolen übliche Überheblichkeitsgefühl mancher Wiener NS-Führer, denen gegenüber Hitler durchaus Klartext sprach, schwer getroffen haben muss. Er kleidete hier sein Ressentiment: in rationale Politikplanungen, als er fortsetzte:

Ich kann auch keine Konkurrenz zwischen Wien und Berlin zulassen. Berlin ist nun einmal die Reichshauptstadt und wird es bleiben. Ich hatte früher einmal die Absicht, die Hauptstadt, des Reiches ganz woanders hinzuhauen, an der Müntz.¹⁵³ Aber Speer hat mir davon abgeraten; dort war der Boden zum Bauen genauso schlecht wie der Berliner Baugrund. Ich werde aber auch dafür sorgen, daß Berlin sich als die Hauptstadt des Reiches einmal in allem ausprägt.

¹⁵² Zit. nach: Werner Jochmann (Hg.): Adolf Hitler. Monologe im Führerhauptquartier 1941-1944, München 2000, S. 403-406.

¹⁵³ Müritz, ein See in Mecklenburg; vgl.: Albert Speer: Erinnerungen, Frankfurt a. M. 1969, S. 89, zit. nach: Jochmann, Hitler, S. 474.

Das alles hat mit einer Vorliebe für irgendeine Stadt gar nichts zu tun. Ich kann doch nicht sagen, ich liebe die Wiener mehr oder die Berliner. Ich fühle mich im ganzen Reich zu Hause und habe für die Menschen aller Gaue die gleiche Liebe, solange sich niemand gegen die Reichsinteressen, die ich zu wahren habe, wendet. Ich handle hier ganz genauso wie in meiner eigenen Familie; da gibt es gar keinen Unterschied bei mir. Wenn ich aber merke, daß man mich irgendwo in einer Stadt oder in einem Gau mehr für sich in Anspruch nehmen will, dann nehme ich dagegen Stellung; da bin ich ganz eiskalt. Reden Sie mir nicht davon, Wien hätte so schwere Opfer gebracht im Krieg und seine Söhne seien so brav gefallen. Das sind nicht nur die Wiener, sondern alle deutschen Söhne. Hier gibt es keine Sentimentalitäten, nur ein ganz kaltes Erkennen der Pflicht. Ich wäre wahrhaftig ein schlechter Sohn meiner Heimat, wenn ich sie nicht auch in dieser Beziehung ganz in das Reich hineinstellen würde!

Kein Gauleiter kann von mir erwarten, daß ich ihn finanziell oder sonstwie mehr unterstütze, als dies im Reichsinteresse vertretbar ist. Wenn ich einem Gau oder einer Stadt einen Bau schenke, dann gebe ja nicht ich – ich bin persönlich ein armer Teufel –, sondern hier zahlt das ganze deutsche Volk. Sehen Sie, da liegt meine Verantwortung!

Wer sagt denn, daß ich Wien nicht schätze? Ich habe zum Beispiel Wien den Mann gegeben, den ich für geeignet halte, gerade diesen Gau zu führen. Aber schon die Tatsache, daß ich in Linz baue, ärgert die Wiener. Das läßt mich aber ganz kalt. Ich stehe allen Gauen gleich gegenüber. Aber gerade bei Wien sehe ich politisch eine Gefahr für später, die aus einer Bevorzugung dieser Stadt entstehen würde.

Daraus geht klar hervor, dass Hitler den Ausspruch, den er am Vortag der „Volksabstimmung“ bei seinem Besuch im Rathaus öffentlich getan hatte, nur doppeldeutig gemeint haben konnte: „Diese Stadt ist in meinen Augen eine Perle! Ich werde sie in jene Fassung bringen, die dieser Perle würdig ist.“ Eine ähnliche Zweideutigkeit, Wien Komplimente zu machen, Spielraum durch Kulturbetrieb, Operette und Lokalkolorit zu geben und gleichzeitig die Stadt und die Wiener politischen Führer und Nazis an die Kandare zu nehmen, war auch, wie es scheint, Hitlers Linie, als er Schirach als Reichsstatthalter-Gauleiter nach Wien entsandte. Dies war ein auch anderswo im Dritten Reich beobachtbares Herrschaftsprinzip: den Ländern, Gauen und Städten ein mehr oder weniger begrenztes Maß an regionalem „Sonderbewusstsein“ und eigener Politik für die lokalen NS-Eliten zu geben, um sie umso fester an den Gesamtstaat zu binden. Hitler bremste jedoch Schirach sofort mit zunehmender Härte, als dieser 1941 seiner Meinung nach ein Zuviel an Wien-Patriotismus und an wohnungs- wie stadtplanerischer Aktivität entfaltetete. In der folgenden Passage sprach wieder der charismatische Führer:

Natürlich ist es richtig, daß ich damals in Wien jubelnd empfangen worden bin, aber so war es auch in Linz und in Klagenfurt, in Hamburg und in Köln usw. Man darf doch nicht erwarten, daß ich wegen selbstverständlicher Dinge – und wenn ich schon einmal der Führer der Nation bin, dann ist das selbstverständlich – einen Gau oder eine Stadt bevorzuge. Natürlich hat mich die Haltung der Wiener gefreut. Trotzdem muß ich meine Pflicht erfüllen, so wie ich sie im Interesse der ganzen Nation sehe. – Was heißt hier Herz? Damit allein kann man die Dinge nicht schaffen. Da gehört eben ein eiskalter Verstand dazu!

Zu Eigruber habe ich gesagt: Linz verdankt alles, was es hat und was es noch bekommt, dem Reich. Deshalb muß diese Stadt Trägerin des Reichsgedankens werden. Auf jedem Bau in Linz müßte stehen ‚Geschenk des Deutschen Reiches‘. Und in Linz hat man dies erkannt.

Solche üblen Folgen früherer Eigenstaatlichkeit sind noch lange nicht ganz überwunden. So etwas kann auch nach diesem Krieg noch zu einer Gefahr werden. Man muß deshalb jetzt schon die Grundlagen dafür beseitigen. Vielleicht ist es eine Fügung, daß ich so lange staatenlos war; damals habe ich den Wert des Einheitsstaates erst richtig erkannt. Treitschke¹⁵⁴ hat einmal gesagt, Deutschland hat Städte, aber keine Hauptstadt. Aber es wird und muß jetzt eine bekommen. Ich werde dafür sorgen, daß an die Hauptstadt des Reiches keine andere deutsche Stadt herankommt. Ich habe Pläne von Wien gesehen; dazu wären Reichsmittel notwendig, die ich einer Stadt, die nicht die Reichshauptstadt ist, niemals gebe. Das wäre doch unverantwortlich, wenn ich anders handeln würde. Natürlich muß die Stadt baulich saniert werden, die verkommenen Viertel müssen beseitigt werden. Das wird noch alles geschehen. Die Juden habe ich aus Wien schon heraus, ich möchte auch noch die Tschechen hinaustun. Aber wenn man in Wien schon baut, dann soll man die Prachtbauten der Kaiserstadt nicht noch übertreffen wollen, das wäre falsch.

Die begrenzten Wien-Pläne Hitlers sind schon angesprochen worden. Ebenso habe ich auf die Konsequenzen der wahnhaften antijüdischen und antitschechischen Vorstellungen Hitlers für die künftige, nur durch die Niederlage im Krieg verhinderte Wien-Politik schon in Buchkapitel IV hingewiesen; die Ausweitung der Deportationspolitik auf das auch von anderen NS-Führern maßlos überschätzte „fremdvölkische Element“ in Wien war durchaus eine mögliche Radikalisierungsstufe von Hitlers Vernichtungspolitik. Zum Abschluss seines Monologs gab er Schirach – ob dieser anwesend war, wissen wir nicht – einen Rat, worin schon sein nibelungisches Untergangspathos anklang:

Schirach, Sie haben die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß Wien kulturell nicht absinkt. Meine Aufgabe ist es, die Reichsinteressen zu wahren. Ich erwarte von jedem Gauleiter, daß er das respektiert! Man muß, um Großes vollbringen zu können, manche Brücke hinter sich abbrechen, besonders auf dem Gebiete des Gemütes. Da spricht der Verstand und die kalte Überlegung das letzte Wort.

Durch viele von Hitlers Aussagen in dieser Zeit zieht sich sein tiefes und dennoch von Ambivalenz gezeichnetes Ressentiment gegen Wien und zugleich ein aus seiner Sicht rationaler, sozusagen machiavellistischer Zug, die Gewichte der Macht nach herrschaftstechnischen Prinzipien zu verteilen und einander ausbalancieren zu lassen. So entsprach es auch seiner Rolle auf der obersten Ebene des polykratischen politischen System. Sozialdarwinistisch inspiriert war er der Meinung:

Je größer eine Stadt sei, desto stärker sei ihr Bestreben, Metropole in völliger Totalität zu werden und alles an sich zu ziehen. So habe Wien jahrhundertlang alle

¹⁵⁴ Heinrich Gotthardt von Treitschke (1834–1896), preußischer Historiker, deutschliberaler, antisemitischer Reichstagsabgeordneter, besonders geschätzt von den Österreichischen „Alldeutschen“.

Kunstschatze in seine Mauern geholt und auf diese Weise die ganzen Alpen- und Donau-Gaue auf dem Gebiet der Kunst ausbluten lassen.¹⁵⁵

Daher war es im Sinn einer Herrschaftstechnik des „divide et impera“ und der Schaffung eines Einheitsstaates der „Volksgemeinschaft“ nicht inkonsequent, wenn er Wiens politische und kulturelle Stellung zu beschneiden suchte; selbst für die Reichshauptstadt habe er, sagte er, „Vorsorge getroffen, daß nicht eine Stadt wie Berlin versuche, aufgrund der Kriegsverhältnisse und der durch sie bei anderen Städten bedingten Bau- und sonstigen Schwierigkeiten alles an sich zu reißen“. Sogar im Fall Linz müsse man „vorbeugen, daß beim Ausbau seiner Heimatstadt nicht etwas Ähnliches geschehe und ein starker Mann etwa versuche, die Kunststätten in Linz auf Kosten Münchens zu füllen“.¹⁵⁶ (Daher ließ er für Linz bestimmte Kunstwerke „auf dem freien Markt beschaffen“, das heißt: im Sinn des „Arisierungsvorganges“ oder als Raubgut in den besetzten Ländern zusammentragen.)

Rückwirkungen von Wien auf das gesamte „Reich“

Es erscheint als eine Ironie der Geschichte, dass die Zerschlagung Österreichs und die Unterordnung Wiens unter den deutschen Reichswillen einige beachtliche Rückwirkungen der halb zur „Provinzstadt“ degradierten Peripherie auf das Zentrum hatte. Diese Rückwirkungen hingen mit der schon mehrfach erwähnten Tendenz zusammen, dass im Dritten Reich die Radikalisierung der Politik oft von den Rändern der Macht ausging; sie hängen aber auch mit spezifischen Wiener (und gesamtösterreichischen) Umständen zusammen.

Hier ist zunächst zu nennen, dass die Art der NS-Machtübernahme in Österreich wesentlich stärker eine machtpolitische „tabula rasa“ machte als 1933 in Deutschland. Dort bestanden die Machtpositionen der traditionellen Eliten im Militär, in der preußischen Junkerklasse und in den Reichs- und Länderbürokratien noch lange fort, da sich der Nationalsozialismus nur im Bündnis mit ihnen etablieren konnte. Daher war auch dessen Politik im „Altreich“ zunächst viel stärker „ordnungsstaatlich“ gebremst als in Österreich, wo alle die Rahmenbedingungen der deutschen Machtübernahme viel weniger zutrafen; hier gab es zwar vergleichbare traditionale soziale und politische Faktoren, aber sie waren zu einem Teil und gerade in ihren höchsten Rängen entweder habsburgisch- oder „ständestaatlich“-österreichisch „diskreditiert“ oder (obwohl nicht gerade demokratisch) überhaupt unwillig, mit dem „preußischen“ Staatsapparat und dem „plebejisch-revolutionären“ Nationalsozialismus zu kooperieren. Sie konnten daher umso rascher und rücksichtsloser aus ihren Positionen entfernt werden. Dies war einer der Gründe dafür, dass die Machtübernahme in der „Ostmark“ und der „Anschluss“ an das „Altreich“, das natürlich schon als etablierte NS-Bastion im Hintergrund stand, desto radikaler ablaufen konnte. Dies prägte auch das in Österreich 1938/39 wesentlich schärfere antikatholische Vorgehen, das nicht nur das Vorhandensein eines nach NS-staatsrechtlicher Auffassung konkordatsfreien Raumes, sondern auch von den hier geringeren bünd-

¹⁵⁵ 3.5.1942 in der Wolfsschanze: Picker, Tischgespräche, S. 259.

¹⁵⁶ Ebenda, S. 259, vgl. auch S. 245 f.

nispolitischen Rücksichtnahmen auf die katholische Kirche bestimmt war, wie Bürckel ja Innitzer nach der „Volksabstimmung“ direkt ins Gesicht sagte.

Auch die verwaltungsmäßige Auflösung Österreich hätte sich hier noch viel radikaler vollziehen können als ohnehin geschehen, hätte es nicht eine höchst widersprüchliche Interessenlage gegeben. Denn hier gab es mindestens drei Tendenzen: Zunächst die streng staatlich-zentralistischen Überlegungen vor allem des Reichsinnenministers, der einen straff auf Berlin ausgerichteten Einheitsstaat mit völlig neu zu bildenden Provinzen (nach preußischem Vorbild oder französischem Departement-Muster) anstrebte und erwartete, dieses Modell in dem in der „Ostmark“ gewissermaßen bestehenden Machtvakuum leichter durchsetzen und dann auf das „Altreich“ übertragen zu können; es wäre auf eine totale Um- und Neugliederung der Verwaltungseinheiten auf der Ebene der ehemaligen Bundesländer hinausgelaufen. Dagegen opponierten vor allem die geschwächten ehemaligen Bundesverwaltungen Wiens und die österreichisch-katholischen oder „gesamtdeutsch“ gefärbten „gemäßigten“ Nationalsozialisten um Seyss-Inquart sowie natürlich auch die Nationalsozialisten in der Wiener Stadtverwaltung. Sie wollten Wien als zweites fast gleichrangiges Zentrum mit einer besonderen politisch-wirtschaftlichen „Südost-Mission“ ausstatten und „Habsburgs Sendung“ im Donauraum erneuern. Ihre Position war jedoch praktisch aussichtslos, da sie einen Großteil der Nationalsozialisten und Länderbürokratien in den ehemaligen Bundesländern im Westen und Süden, aber auch die auf Deutschland ausgerichtete Wirtschaft gegen sich hatten. Den traditionellen Wien-feindlichen Landespatritismus hatten nicht nur die „Kärntner“-Gruppe, sondern praktisch alle Bundesländer-Nazis schon in der RS-Bewegung der 1930er Jahre kultiviert; ab 1938 intrigierten diese Regionalisten in Berlin nach Kräften und betrieben Lobbying, um „los von Wien“ zu kommen. Sie waren daher die schärfsten Kontrahenten Wiens in dem im Frühling 1938 ablaufenden Ringen um die politische Machtverteilung in der „Ostmark“ und setzten sich selbst gegen eine andere Richtung radikal parteimäßiger Reichsreform-Bestrebungen um Heß und Bormann durch; sie konnten, abgesehen von dem westlichsten und östlichsten Bundesland, ihre Reviere – im Wesentlichen identisch mit den bisherigen Landesgrenzen – verteidigen, weil auch Hitler, die „Provinz“-Mentalitäten kennend und achtend, für jene Form, die schließlich ins „Ostmark-Gesetz“ gegossen wurde, sein Gewicht in die Waagschale legte. Dennoch verstummten in den folgenden Jahren nie Stimmen, die diese für das österreichische Gebiet angedachten Reformen im gesamten „Reich“ verwirklichen wollten. Groß-Wien hätte dabei als Muster eines neuen, mit einem breiten Umfeld ausgestatteten Stadtgaues fungieren sollen.

Eine andere Eigenart des (möglichen) nationalsozialistischen Staatsmodells wurde erstmals in Wien und in den anderen „Reichsgauen der Ostmark“ verwirklicht: die weitgehende Verschränkung (wenn nicht Verschmelzung) von „Partei“ und „Staat“ in einem Ausmaß, wie es bis dahin noch nirgendwo im „Altreich“ erreicht worden war. Dieses Prinzip wurde leicht variiert im Osten wie im Westen in anderen „neuen Reichsgebieten“ und angegliederten Territorien nicht nur in „Reichsgauen“, sondern auch in den neu entstehenden „Reichskommissariaten“ umgesetzt. Es entsprach der Radikalisierung der gesamten NS-Politik, die auf die terroristische Besatzungs- und Vernichtungspolitik während des Krieges hinauslief.

Eine solche wohnte, wie es schon E. Fraenkel und F. Neumann beschrieben, der zunehmenden Verschmelzung von „Ordnungs-“ und „Maßnahmenstaat“ inne.

In dieser radikalisierten NS-Besatzungspolitik spielten Wiener und andere Österreicher eine führende Rolle; Simon Wiesenthal zufolge stellten sie dabei einen überdurchschnittlich hohen Anteil am leitenden Personal der Vernichtungspolitik. Auch auf den niedrigeren Rängen sollen sie bevorzugt nach Polen und in andere ost- und südosteuropäische Gebiete, die früher zur österreichisch-ungarischen Monarchie gehört hatten, geschickt worden sein: „Österreicher und besonders Wiener schienen die Gewähr dafür zu bieten, daß die Zusammenarbeit mit der Bevölkerung der besetzten Länder gut funktioniert, daß sogar ein Vertrauensverhältnis entsteht.“ (Diese Meinung entsprach auch dem, was Hitler immer wieder über die Österreicher sagte.) Dazu sei, nach Wiesenthal, die hohe Qualifikation der österreichischen Verwaltungsbeamten und Polizisten gekommen, die man in diesen neuen Gebieten gebraucht habe. Wenngleich dieses Argument im Licht der neueren „Täter-Forschung“¹⁵⁷ nicht (voll) bestätigt wurde, trifft jedoch zu: „Die Trennlinie zwischen Verwaltungs- und Kontrollaufgaben und der planmäßigen Vernichtung ‚unerwünschten‘ Menschenlebens verschwand rasch. Als dann das große Morden begann, befanden sich auf dem Gebiet des Generalgouvernements tausende Österreicher in den verschiedensten Positionen innerhalb der SS, der Polizei und der Verwaltung. Ihnen wurden bei der Durchführung der Vernichtungspläne wichtige Aufgaben übertragen.“¹⁵⁸ Dagegen verwies vor Kurzem der Wiener Historiker Oliver Rathkolb hinsichtlich der Österreicher bei den Einsatzkommandos und den SS-Offizieren darauf, dass „eine überproportionale Beteiligung an den Massenvernichtungen derzeit empirisch nicht nachweisbar und analytisch fragwürdig ist“.¹⁵⁹ Sein Wiener Kollege Bertrand Perz vertiefte jüngst diesen Befund, bestätigte jedoch die bisherigen Forschungen, etwa Hans Safrians, wonach „Österreicher prominent und zahlreich an NS-Verbrechen beteiligt waren“¹⁶⁰; auch hält er eine quantitative Auswertung des britischen Faschismusforschers Michael Mann für nicht unzutreffend, wonach von den rund 1.500 Biografien von NS-Verbrechern unterschiedlicher Tatkomplexe, die er untersuchte, immerhin 11,6 Prozent auf eine österreichische Herkunft hindeuteten¹⁶¹, woraus sich bei einem Anteil der österreichischen Bevölkerung von 8,5 Prozent am Großdeutschen Reich eine Überrepräsentation von etwa einem Drittel ergibt.

Auffällig ist jedenfalls, dass viele der beim „Anschluss“ in Wien auftauchenden Namen von Österreichern in diesen Zusammenhängen wieder aufscheinen; nicht

¹⁵⁷ Vgl.: Christopher R. Browning: *Ganz normale Männer*, Reinbek bei Hamburg 1993.

¹⁵⁸ Memorandum beim Brief von Simon Wiesenthal vom 12.10.1966 an Bundeskanzler Josef Klaus, Dokumentationszentrum des Bundes jüdischer Verfolgter des Nazismus, Wien (darauf machte mich Simon Wiesenthal 1985 dankenswerterweise aufmerksam), S. 5, abgedruckt in: *Der Ausweg* 4.5 (1966). S. 18.

¹⁵⁹ Oliver Rathkolb: *Die paradoxe Republik. Österreich 1945 bis 2005*, Wien 2005, S. 279 f.

¹⁶⁰ Bertrand Perz: *Der österreichische Anteil an den NS-Verbrechen. Anmerkungen zur Debatte*: <http://www.erinnern.at/bundeslaender/oesterreich/e_bibliothek/seminarbibliotheken-zentrale-seminare/miscellen/Perz%20osterr_Beteiligung%20an%20NS-Verbrechen.pdf> (19.11.2007), S. 223. Ebenda, S. 231 f.

¹⁶¹ Ebenda, S. 231 f.

unbedingt alle davon waren geborene Wiener, sie hatten allerdings hier 1938 ihre einschlägige Karriere begonnen:

Ernst Kaltenbrunner, immerhin ab 1943 „zweiter Mann“ nach Himmler im SS-Polizei-Apparat (geborener Oberösterreicher, Rechtsanwalt in Linz); *Adolf Eichmann* (geborener Deutscher, in seinen formativen Jahren in Linz aufgewachsen), der von seiner Wiener Zentralstelle eine ganze Reihe von aus Österreich stammenden Mitarbeitern in die europaweite Organisation der „Endlösung“ mitnahm; *Odilo Globocnik* („Kärntner“ und Gauleiter in Wien), der die „Aktion Reinhardt“ (rund 1,8 Millionen jüdischer Opfer) mit einem Stab durchführte, dem 25 Österreicher angehörten; *Arthur Seyss-Inquart*, „gemäßigter“ „Katholisch-Nationaler“, der ab 1940 als Reichskommissar für die besetzten niederländischen Gebiete mit seinem Stab, dem so genannten „Donauklub“, die holländischen Juden deportieren ließ; sowie weitere Leiter von Reichskommissariaten und besetzten Gebieten wie der schon erwähnte Glaise-Horstenau (Kroatien), der ehemalige Wiener Gauleiter Alfred E. Frauenfeld (Ukraine und Krim), Bürgermeister Neubacher (Rumänien, Griechenland etc.), der Wiener Rechtsanwalt und 1934er-Putschist Otto Wächter (Distrikt Galizien) und sein Mitverschwörer am 25. Juli 1934, Otto Begus (Vize der Sicherheitspolizei Athen), sowie der in den 1930er Jahren aus Österreich geflüchtete Wiener NS-Terrorist Amon Goeth (Krakau und Plaszów).

Drei Erklärungsmodelle für diesen Tatbestand bieten sich an: Erstens der Umstand, dass viele NS-Aktivisten der Illegalitätsperiode, die nach 1933 ins „Reich“ fliehen mussten und dort meist in der „Österreichischen Legion“ zusammengefasst wurden, entweder von dort aus in der SS eine Karriere beginnen konnten oder bei ihrer Rückkehr 1938 in der „Ostmark“ zunächst bei der Postenjagd zu kurz kamen und so für weitere Aufgaben zur Verfügung standen. (Dies trifft in einem mindestens ebenso hohen Ausmaß auch auf die Bundesländer außerhalb Wiens zu.) Viele von ihnen wurden von Eichmann und Globocnik zur Erfüllung ihrer Aufgaben herangezogen und als bewährter Kreis von Freunden und Mitarbeitern – etwa als „Eichmann-Männer“ (H. Safrian) – in weitere Tätigkeitsgebiete der Verfolgung und Vernichtung mitgenommen.¹⁶² Vor allem Globocnik stützte sich auf seine Clique aus Südösterreich; ebenso konnte sich Seyss-Inquart bei seinen höchsten Mitarbeitern in den Niederlanden auf seinen Kreis verlassen. An diese „Cliquen-These“ schließt eine weitere, zweite Erklärungsmöglichkeit an und ergänzt sie.

Dies ist die Erklärung durch die Schaffung von „Ersatzkarrieren“.¹⁶³ Wie in Buchkapitel III beschrieben, hatten die staatspolizeilichen Verhaftungsaktionen des „Ständestaates“ oder die Flucht nach Deutschland mehrere Schichten von illegalen NS-Führern entstehen lassen, die durch Abberufungen durch Hitler und interne Kämpfe zwischen SA und SS noch vermehrt wurden. Nach dem „Anschluss“ gab es zu viele Anwärter auf zu wenige Führungspositionen und eine Schicht von Nationalsozialisten, die sich im Umkreis Seyss-Inquarts verdient gemacht hatten oder in dessen Regierung vertreten waren, dann jedoch infolge der verwaltungsmäßigen und politischen Einverleibung der „Ostmark“ ins Deutsche Reich bzw. infolge der erfolgreichen Abwicklung ihrer zunächst übernommenen Aufgaben, etwa bei den

¹⁶² Ich verdanke diesen Hinweis meinem Wiener Kollegen Bertrand Perz, der über das Personal der „Aktion Reinhardt“ eine Studie vorbereitet, siehe auch ebenda.

¹⁶³ Botz, Österreich (1987), S. 148.

„Arisierungen“, funktionslos wurden; oder sie fielen internen Intrigen (wie Neubaucher) oder ihrer eigenen technokratischen Unfähigkeit (wie Globocnik) zum Opfer. Alle diese Personen wurden von Hitler oder Himmler mit neuen Führungsaufgaben in den ab 1939 eroberten Territorien entschädigt.

Die dritte „ideologische“, schwieriger zu erhärtende Erklärungsmöglichkeit ist diejenige, wonach die österreichischen und besonders die Wiener Nationalsozialisten außerordentlich rabiat antisemitisch und radikalnationalsozialistisch eingestellt gewesen und deshalb von den ärgsten Vernichtungsmaßnahmen angezogen worden seien. Diese Erklärung dürfte zwar auf viele der zurückkehrenden „österreichischen Legionäre“ zutreffen und eine mögliche Ursache in dem starken Wiener Antisemitismus und in dem Bedürfnis nach Entschädigung für die während der Jahre 1934 bis 1937 durchgemachte Verfolgung haben. Eine solche These würde jedoch im Gegensatz zu der Tatsache stehen, dass weltanschauliche Motivation nicht unbedingt für alle NS-Verbrechensarten notwendig war.

Unumstritten ist, dass von zwei Wiener „Erfindungen“ auf dem Sektor der Judenverfolgung folgenschwere Rückwirkungen auf die gesamte „Judenpolitik“ des „Reiches“ ausgingen. Die eine war das Organisations- und Finanzierungsprinzip der forcierten Zwangsemigration der Juden, das in der „Zentralstelle für jüdische Auswanderung“ mit mehr oder weniger Zutun Eichmanns entwickelt wurde. An der Entwicklung dieses Modells wirkten nicht nur die örtliche Gestapo, sondern auch andere Wiener Verwaltungsstellen auf allen Ebenen mit. Das Prinzip bestand einerseits, wie gezeigt wurde, darin, dass Eichmann die bis dahin aufgesplitterten Verwaltungsabläufe und Behördenentscheidungen nach einem industriellen Fließbandprinzip rationalisierte und in einem einzigen Gebäude zusammenfasste und dass andererseits die betroffenen Juden individuell und durch ihre Interessenorganisationen, selbst im Ausland, auf allen Ebenen am Vertreibungsprozess mitwirken mussten – organisatorisch und finanziell. Nur durch den erpressten Transfer von Mitteln zur Begleichung von deutschen Zwangsabgaben und ausländischen Einwanderungsgebühren von reicheren auf ärmere Juden konnte Eichmann in kurzer Zeit so viele Juden „zur Auswanderung bringen“, dass seine Arbeitsweise von seinen SS-Vorgesetzten als derart vorbildlich angesehen wurde, dass das Modell der „Zentralstelle“ zuerst auf Prag und dann auf das ganze Reichsgebiet übertragen wurde. Die Entstehung der „Zentralstelle“ gerade in Wien war natürlich auch ein Ergebnis der von den Nationalsozialisten hier vorgefundenen sozial strukturellen und politischen Rahmenbedingungen im Jahr 1938; Erstere hingen mit dem relativ hohen Bevölkerungsanteil von Juden und der starken einkommensmäßigen Differenzierung zusammen, Letztere mit der von den Einheimischen und Hitler dringend gewünschten „Entjudung“ der Stadt.

Diese spezifischen Wiener Voraussetzungen trafen auch für die andere, vielleicht noch folgenreichere „Innovation“ zu: für das Prinzip der „Arisierungen“, das in der „Vermögensverkehrsstelle“ Rafelsbergers erstmals angewendet wurde. Es bestand darin, dass in Wien auf Grund einer „reichsweiten“ Verordnung, die schon längere Zeit in Berlin vorbereitet wurde, sozusagen ein bürokratischer Rahmen für die Enteignung jüdischen Eigentums in Form der „Vermögensverkehrsstelle“ geschaffen wurde; die Dringlichkeit, die „wilden Arisierungen“ in Österreich und besonders in Wien regeln zu müssen, hatte (von hier aus wohl durch Urgezen und landesgesetzliche Vorarbeiten unterstützt) im „Altreich“ beschleunigend gewirkt. In

Wien jedoch arbeiteten verschiedene Stellen und NS-Führer ein Verfahren aus, wie die „Arisierungen“, die im „Altreich“ auch weiterhin nur eher schleppend vor sich gingen, beschleunigt und geordnet ablaufen konnten. Das Geheimnis bestand darin, dass in der Regel nicht vollkommen willkürlich Preise für das zu transferierende jüdische Eigentum diktiert wurden, sondern dass dies durch die staatliche Stelle geschah und dass in der weiteren Folge der „Arisierungs-Erlös“ zwischen „Reich“, „Ariseur“ und Enteigneten dreigeteilt wurde. Der erste der drei Anteile diente unter anderem dazu, den (oft mittellosen) neuen „arischen“ (Klein-) Unternehmern Zuschüsse und Darlehen zu gewähren. Der dem letztgenannten, jüdischen „Partner“ nach NS-Gesetz zustehende, jedoch auf ein Sperrkonto zu deponierende Anteil ging jedoch meist vollkommen in den bei der Auswanderung abgepressten Gebühren, Steuern und Abgaben auf. Die „Ariseur“ profitierten davon doppelt, der Staat bekam finanzielle Mittel und konnte auf diesem Weg auch partei-, sozial- und wirtschaftspolitische Ziele vorantreiben, zugunsten der Schaffung von mittelgroßen Betrieben, bei Verringerung der Klein- und Kleinstbetriebe. Dieses Modell war schon bis Herbst 1938 so erfolgreich, dass es die Begeisterung Görings erweckte und, beschleunigt nach dem Novemberpogrom, ins „Altreich“ übertragen wurde.

Die damit in Wien erreichte Enteignung der Juden und ihre Vertreibung stellte die größte „soziale Revolution“ dar, die sich je in Wien ereignete. Die rund 60.000 jüdischen Wohnungen spielten dabei noch insofern eine besonders politikradikalisierende Rolle, als schon 1938/39 die Wiener NS-Funktionäre und ihre Anhängerschaft, aber auch die Bürokratien des staatlichen Bereichs auf Stadt- wie „Ostmark-Ebene eigenständig Überlegungen anstellten, wie sie die (noch) nicht „ausgewanderten“ Juden rasch wegbringen könnten; die dabei ausgearbeiteten Pläne für jüdische „Arbeitslager“ in der Nähe Wiens brauchten schließlich nicht verwirklicht zu werden, weil das eroberte Polen neue Räume für die Aufnahme der zu deportierenden restlichen Wiener Juden eröffnete. Auch in dieser Hinsicht war die Wiener antijüdische Politik jener im „Altreich“ um einiges voraus. Dieser Radikalisierungsschritt ging nicht zuletzt auf das Drängen der einheimischen Nazis und ihrer antisemitischen Gefolgsleute zurück, konnte sich jedoch auch auf „Führer-Worte berufen. Jene brauchten diesem nur „entgegen zu arbeiten“. In einer ähnlichen Weise waren die politisch-sozialen Prozesse in Wien mit der Politik des „Reiches“ und mit Hitlers Intentionen verschränkt, auch als 1941/42 die letzten Phasen der Massendeportationen der Wiener Juden in die Vernichtungslager eintraten.

Eine ähnliche Radikalisierungstendenz zeigt sich auch in den lokalen und regionalen Initiativen zur Lösung der „Zigeunerplage“, vor allem jedoch in dem zu einem Großteil schon bis 1944 realisierten Monsterprojekt einer „erbbiologischen“ Bestandsaufnahme, die wohl auch zu Zwangssterilisierungen, „Euthanasie“ und „Ausmerzungen“, mindestens aber zur „Aussiedlung“ der Wiener „fremdvölkischer“ Herkunft geführt hätte; die oben beschriebenen Pläne zur räumlichen „Endlösung“ der „Tschechenfrage“, die einige Hunderttausend Wiener erfassen hätte können, passen in dieses Bild.

Eine ungebändigte verfolgungs- und gesellschaftspolitische Radikalität war in dem anvisierten Projekt der „rassereinen Volksgemeinschaft“ angelegt, die auch (oder gerade) in Wien zu einer „Verfolgungsgemeinschaft“ zu werden begann, gerade dort, wo materielle Interessen (an Eigentum, Immobilien, Posten etc.) mit paranoidem Juden- und Tschechenhass wie bei Hitler und einem populären Antise-

mitismus und Antislawismus wie in Wien zusammenspielen konnten. Wien wurde in der Tat während der NS-Herrschaft auch ein vielfaches „Laboratorium des Weltuntergangs“ für Juden, „Minderrassische“ und „Fremdvölkische“.

Dem steht die These des US-amerikanischen Historikers Radomir Luža gegenüber, der im Rahmen seiner sorgfältigen, auch sozialstatistischen Analyse des österreichischen Widerstands schrieb, dass Wien (auch) die „Hauptstadt des Widerstands“ in Österreich gewesen sei.¹⁶⁴ Dieser scheinbar paradoxe Befund kann hier (siehe Buchkapitel IV) auch für die ersten zwei Jahre der NS-Herrschaft bestätigt werden. Zunächst ist dabei zu bedenken, dass Formen der Regimedistanz und des sozialen und politischen Protestes, der „Resistenz“, die bis zu bewusstem und zielgerichtetem Widerstand gehen konnten, in jeder Region Österreichs und in jeder Phase der NS-Herrschaft relativ gering waren, verglichen mit den politisch relevanten, jedoch auch erst in der Spätphase des Dritten Reiches zu wirklicher Stärke anwachsenden Widerstands- und Partisanenbewegungen etwa Weißrusslands, Jugoslawiens, Italiens, Norwegens oder Frankreichs. Dort war allerdings ein Ende des nationalsozialistischen Terrorregimes und der deutschen Besatzung bereits abzusehen oder doch zu erhoffen. Während der NS-Herrschaft der Jahre 1938/39, ja bis 1941/42 dagegen fehlte für Wien wie das übrige Österreich eine solche Widerstand begünstigende Situation weitgehend: Der Nationalsozialismus wurde auf Grund der herrschenden „Anschluss“-Orientierung beim Großteil der Bevölkerung zunächst nicht als nationale Fremdherrschaft empfunden, ein Ende der NS-Diktatur und deren militärischer Macht war nicht abzusehen; daher entmutigten auch die inneren und äußeren Siege Hitlers immer wieder die Anfänge einer Widerstandstätigkeit in Österreich; noch dazu stürzte der Hitler-Stalin-Pakt eine der stärksten Widerstandskräfte, die Kommunisten, in eine tiefe politische Verunsicherung, wenn nicht ideologische Krise, während viele Sozialdemokraten noch an ihrer Deutschland-Orientierung und an der – angesichts der Terrors nicht unverantwortlichen – Strategie des bloßen Kontakthaltens und Überlebens in ihren weiter bestehenden linken Milieus festhielten.¹⁶⁵ Dies bedeutete auch eine mehr oder weniger weit gehende (wohl oft auch, bereitwillige oder opportunistische) Anpassung an die Regime-Ziele und Konformitätszwänge des Nationalsozialismus und schwächte damit auch den Spielraum der Revolutionären Sozialisten, die eher zu Widerstandshandlungen bereit waren. Die kommunistischen Kader dagegen, sofern und wann immer sie bis 1939 und ab 1941 Widerstand zu leisten suchten, wurden immer wieder von Verhaftungswellen der Gestapo politisch „geköpft“ und zerschlagen.

Dennoch ist es bemerkenswert, dass sich Wien von der – von Tirol abgesehen – sehr geringen österreichischen Widerständigkeit durch eine weniger geringe politische Anpassungsbereitschaft abhob. Dies kann auf zwei Momente zurückgeführt werden: Einerseits bestand in Wien ein relativ intaktes linkes Milieu, das durch politische Niederlagen und soziale Erosion in den wirtschaftlichen Krisen zwar geschwächt war, sich jedoch noch von der ausgesprochen starken sozialdemokratischen Subkultur des „roten Wien“ herleitete.¹⁶⁶ Dass eine kollektive Ge-

¹⁶⁴ Luža, *Resistance*, S. 298.

¹⁶⁵ Vgl. Mann, *Protest*, S. 347 ff.

¹⁶⁶ Detlef Lehnert: Metropolen als politische Einheiten in soziokultureller Vielfalt, in: Schmichen-Ackermann, *Anpassung*, S. 239–254, hier 341 und 245.

generinnerung daran noch vorhanden war, wussten und fürchteten die NS-Machthaber und legten, wie gezeigt, daher auch auf die „Bearbeitung“ der Arbeiterbezirke großes Augenmerk. Da die Kommunisten die Wortführer dieses Widerstands wurden, ist es nur konsequent, dass auf sie rund 45% aller aktenmäßig (von der NS-Verfolgungsmaschinerie) erfassten Widerständler (1938 bis 1945 insgesamt rund 2.700 Personen, überwiegend Männer) entfielen; dazu kamen noch knapp 5 Prozent, die den Revolutionären Sozialisten zugerechnet werden können. Insgesamt die Hälfte des Widerstands in Wien entfiel also auf das linke, überwiegend in der Arbeiterschaft verankerte politisch-soziale Milieu.

Andererseits können dem Widerstand, der aus dem traditionellen österreichischen katholisch-konservativen „Lager“ hervorging, ebenfalls beachtliche 40 Prozent der Widerständler zugeordnet werden. Davon entfielen rund 7% auf legitimistisch-monarchistische, 16% auf christlichsozial-„vaterländische“ und 17% auf sonstige „bürgerliche“ patriotische Gruppen¹⁶⁷; Letztere traten jedoch erst in den letzten Kriegsjahren verstärkt auf. Auch die politisch-gesellschaftlichen Netzwerke dieser oft unbeugsamen konservativen Österreicher blieben noch einigermaßen intakt, sie erhielten Rückendeckung durch den auf Regimedistanz schwenkenden katholischen Klerus, der daher einen beträchtlich hohen Zoll an Verfolgten und Hingerichteten zu entrichten hatte. Die Auflösung Österreichs und die Anti-Wien-Politik des NS-Regimes wurden in diesen Kreisen als besonders verletzend und widerstandsmotivierend empfunden.

Durch dieses doppelt abweichende linke und konservativ-rechte Widerstandsprofil unterschied sich Wien von den übrigen österreichischen Regionen (und vom „Altreich“). Wien zeigte vom Anfang an stärker als überall sonst „Österreich-Tendenzen“, die von Kaltenbrunner mit der hier im September 1944 herrschenden katastrophalen Stimmungslage in Verbindung gebracht wurden, während weiter gegen Westen die Pro-NS-Stimmung immer besser werde.¹⁶⁸ Wien kann man also mit einer gewissen Berechtigung als eine doppelte „Hauptstadt“ der (relativ geringen) linken und rechten Widerständigkeit bezeichnen, in der sich ansatzweise so etwas wie ein spezifisch „österreichischer Widerstand“ artikulierte.

¹⁶⁷ Luža, *Resistance*, S. 299. Die restlichen Prozente des Widerstands entfielen nach Luža auf den von Militärs (vor allem 20. Juli 1944), Zeugen Jehovas und Betriebszellen.

¹⁶⁸ Jedlicka, 20. Juli 1944, S. 95-98.